

## Sonderausgabe Was geht nach Corona?

Editorial

Von Harriet Wolff

Wann beginnt sie eigentlich, die Zeit nach Corona? „Wann sind wir endlich da?“ – diese alte Kinderfrage steht derzeit im Raum, und sie hat in diesen sich oft bizarr anfühlenden Tagen und Wochen fast schon etwas rührend Unschuldiges. Nein, wir werden so schnell nicht „da“ sein, wir werden so schnell auch nicht wieder weit wegkönnen. So schnell werden wir auch nicht wieder so frei sein, wie wir es, zumindest in demokratischen Staaten, davor gewesen sind. Und was für eine Welt wird das dann überhaupt sein, nach Corona?

Der traditionelle Tanz in den Mai, er muss dieses Mal auf Abstand begangen werden – hier in der taz lesen Sie zum Feiertag 1. Mai ein Dossier der Utopien, Visionen und schönen Zumutungen auf den vorderen 14 Seiten. „Was geht nach Corona?“: Mit dieser Sonderausgabe vermessen wir ein Spannungsfeld zwischen Utopie und Dystopie. taz-Autor\*innen und internationale Expert\*innen fragen sich: Birgt diese globale Krise nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für eine solidarischere Welt? Und wenn wir mit dieser Krise aller Voraussicht nach noch länger leben müssen: Welche Welt wollen wir dann? Und was können wir schon jetzt für diese vielleicht bessere Welt tun?

Sie lesen dazu meinungsstarke Interviews, Analysen und Hintergrundgeschichten – etwa zum heiklen Frauenbild in und nach der Krise (S. 14) oder zu den aktuellen Schwierigkeiten und Chancen in der nationalen und internationalen Gesundheitspolitik (S. 12/13). Das Dossier widmet sich auch der durch Corona beschleunigten Verkehrswende (S. 8) und es erklärt anschaulich, welche neuen Digitalstandards jetzt gesetzt werden sollten (S. 5). Und es fragt, wie Corona den Welthandel verändert (S. 5) und wie wir in Zukunft reisen werden (S. 6). Wohin mit unserer Sehnsucht nach der Ferne? Aber auch zoologische Utopien kommen nicht zu kurz. Der taz-Aushilfschausmeister und exquisite Vielschreiber Helmut Höge beleuchtet humorvoll die Megakrise: Was wäre, wenn die Menschheit ausstürbe und die Welt nur noch tierisch bevölkert werden würde (S. 10)?

taz-Autor\*innen und Gäste aus dem In- und Ausland haben für Sie ein kleines Krisen-Kompendium zusammengetragen, das zum Vorwärtsdenken anregt. In und nach der Coronakrise stellt es die Weltbürger\*innen ins Zentrum der Politik. Die famosen Illustrationen dieses Dossiers stammen, angeregt von unserer neuen taz-Fotochefin Nadine Torneri, von der Berliner Zeichnerin Johanna Walderdorff. Dank auch an Regina Ewald, die das Layout gestaltete, dank an die Korrektur und an alle, die dieses Dossier mitgestemmt haben. Und für Sie: alles Gute!

Automatic Dispenser

# Der lange Marsch durch die Infektionen

Klappt nach Corona der Neuanfang für eine bessere Welt? Mit neuen Ideen? Mit mehr Solidarität? Oder ganz ohne Menschen? Eine Sonderausgabe zu den Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Krise  
**2-14**

Illustration: Johanna Walderdorff

## VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Achtung, ein wichtiger Hinweis zur Beruhigung für die polnischen Soldaten, die zwei Warnschüsse abgefeuert haben, weil ein Deutscher ohne Erlaubnis über die geschlossene Grenze nach Polen eingedrungen war:

Morgen ist der 1. Mai, nicht der

1. September.

**Trotz allem 1. Mai**  
DGB demonstriert im Netz, Autonome mit Mundschutz  
**15**

**Meinungssache**  
Die aktuellen Problemfälle Joe Biden, Boris Palmer und Schulbetrieb  
**19**

Die taz wird ermöglicht durch

**20.300**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13  
**Aboservice:** 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 [abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)  
**Anzeigen:** 030 | 25 902 -130 / -325 [anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)  
**Kleinanzeigen:** 030 | 25 90 22 22 [kleinanz@taz.de](mailto:kleinanz@taz.de)  
**taz Shop:** 030 | 25 90 21 38  
**Redaktion:** 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)  
taz  
Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)

Ausgabe Berlin  
Nr. 12225  
€ 2,80 Ausland  
€ 2,20 Deutschland



Es ist, wie es war, und auch wieder nicht: Notizen aus einem Berliner Kiez in Zeiten der Pandemie

Von Manja Präkels

Ende April. Wieder einer dieser Seuchentage. 19 Uhr, Abendsonne wärmt, die Gesichter von Freunden im Bildschirm. Wir prostern uns zu. Plötzlich bricht Höllenlärm los unterm Balkon. Sirenen nähern sich, aufgehetztes Hundegebell und Schreie aus vielen Hälsen, laute Flüche. Sprachgewirr.

Der Blick hinunter auf die kleine Fußgängerzone, wo sonst eine Menschenschlange trägt dem Supermarkt entgegenkriecht, fällt auf Streifenwagen, ein Zivilfahrzeug, eine große Wanne, Polizisten in voller Montur. Die Hundeführer treiben ihre Tiere in eine Gruppe von Teenagern. Ich kenne diese Jugendlichen. Sie sind jede Nacht lauter geworden. Enthemmter auch. Sind mit geklauten Fahrrädern rumgefahren, prahlend und Passanten provozierend. Haben mit den angerückten Beamten Räuber und Gendarm gespielt.

Doch die plötzliche Übermacht erschreckt. Erstickt. Rasch bildet sich eine protestierende Menge. Frauen schreien die Polizisten an. Männer erheben die Fäuste. Da kommt der Notarztwagen. Die Jäger schnappen zu. Wird der Junge verhaftet? Sein Kumpel schreit die Balkone an, droht: „Wer von euch hat die Bullen gerufen, hä?“ Die anderen rennen. Wohin? Stilles Starren von den Balkonen. Der Hund nebenan, ein ewiger Kläffer, schweigt. Nachts wird er winseln.

Freitagabend in Berlin am südlichen Ende der Friedrichstraße – dem Ende, das in keinem Reiseführer Erwähnung findet. Hier, wo die

Amüsiermeile früher vom Zeitungsviertel der Stadt auf den prächtigen Belle-Alliance-Platz führte, formen nun Wohnbauten der späten sechziger Jahre den heutigen Mehringplatz. Die meisten Geschäfte standen schon vor der Pandemie leer. Monatelang war die Straße aufgegrissen, wegen Tunnelarbeiten. Gab es Lärm und Dreck für alle. In den Häusern drum herum Platz für Tausende Menschen. Eine spezielle Berliner Mischung: Die Lebenslinien der Bewohner der Stadtschlucht, die – je nach Blickrichtung – zum Halleschen Ufer oder zum Checkpoint Charlie führt, sind von Kriegen, Konflikten und Katastrophen gebrochen. Ehemalige, zumeist jüdische Bürger des zerfallenen Sowjetreichs, in den Achtzigern aus der DDR Getürmte, Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien oder Syrien, Kurden, Türken, große Familien, viele Rentner und einzelne aus ihren Altbauwohnungen weggenutzte Kreativarbeiter.

Verletzlichkeiten sind hier vielfältiger, sichtbarer als anderswo, Selbstgewissheit ist keine Währung. Man trifft sich im Theodor-Wolff-Park, auf den Bänken im Rondell um den Mehringplatz, in der Schlange bei Edeka. Der zentrale Platz ist eine Dauerbaustelle, gesperrt und unpassierbar. Hinter Gittern, nicht mal grün. Kinder haben Virentiere auf das Pflaster gemalt. Ohne Augen. Ohne Mund und Ohren.

Der Betreiber des Zeitungskiosks, bei dem sich die Trinkerszenen versorgen, verkauft deutlich mehr Zigaretten, wie er sagt. Die wurden sonst in Einkaufsgemeinschaft aus Polen rangerschaft. Bis das Virus dem ein-

Ende machte. Das letzte Monatsdrittel war immer schon zäh für die meisten. Nun ist es schlimmer. Alle Zufluchtsorte, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Seniorentreff, Kiezstube sind dicht. Wohin?

Die aufkeimende Wut ist gut zu hören. Täglich wird es lauter hinter den Wohnungstüren. Zum Glück gibt es Balkone. Unter ihnen jedoch hat sich der Tonfall verändert, bei Hunden und Menschen. Der Bettler an seinem Stammplatz ist Ziel nicht nur verbaler Ausfälle. Der geschrumpfte öffentliche Raum wird zum Gefahrenort. Die alte Nachbarin traut sich nach Sonnenuntergang nicht mehr raus. Aber am meisten fürchtet sie sich, krank zu werden. Masken trägt ja kaum einer. Woher bekommen? Der Wachsenschutz der Wohnsiedlung ist eingestellt. Sie vermisst die Männer.

Ich erlebe das alles viel intensiver als früher, weil ich mich seit Wochen freiwillig zu Hause isoliere. Die meisten Nachbarn kamen schon vor Corona kaum aus dem Viertel raus. Den Teenagern, die da unter mir durchdrehen, begegnete ich zum ersten Mal bei meinem Einzug. Ein wilder Haufen, Dreikäsehochs noch, Ball dabei und hilfsbereit. Sie schleppten meinen Schreibtisch in den Fahrstuhl. Dann die entscheidende Frage: „Haben Sie Kinder?“ Mist. Die Suche für das Fußballteam würde weitergehen müssen. Zwei Sommer später stolzierten die Jungs breitbeinig vor dem Dönerrestaurant auf und ab. Doch die Mackerpose zerbrach am Eisangebot: „Alter, die haben Schokol!“ „Ich will lieber Schlumpf.“ Im Jahr darauf machte Yildiz dicht. Von da an hin-

gen sie kiffend in einer Tordurchfahrt ab und grüßten nicht mehr.

Die, die nun auf dem Sportplatz gegen Bälle dreschen, sind wie sie damals – und auch nicht. Im Vorbeilaufen höre ich den Kleinsten warnen: „Wir Araber müssen zusammenhalten. Die Deutschen mögen uns nicht.“

Unsicherheiten im Miteinander waren schon vor der Pandemie spürbar. Doch die alte Gelassenheit fehlt. Die Grüppchen im Park blicken skeptischer aufeinander. Oder bin ich das? Ich habe begonnen, die Straße zu beobachten. Es gibt teure Autos, die anhalten und von der Schlumpfeis-Gang umlagert werden. Die Insassen bleiben sitzen, doch sie geben der Gruppe etwas mit. Nichts, was man greifen kann. Nebenan geraten die Trinker in Streit. Ein riesiger Hund jagt

durch die Menge hindurch einer Paupertüte hinterher.

Als die Polizei an jenem Freitag wieder abrückt, läuft eine besorgte Mutter den Beamten hinterher. Wie das weitergehen soll? „Dit is in der ganzen Stadt so“, erklärt einer der Männer und macht keinen Hehl aus seiner Ratlosigkeit. „Wir sind die geilste Gang!“; schreit ein Mädchen in den Kiezhimmel.

Allen pandemiebedingten Unzumutbarkeiten, den Dauerbaustellen und prekären Verhältnissen zum Trotz leben hier Nachbarinnen und Nachbarn respektvoll Tür an Tür. Das kostet manchmal viel Kraft. Wer mehr hat, muss mehr geben. Ich bin ein Teil von Etwas.

Gestern landete ein Rettungshubschrauber unten im Park. Als er in die Wolken stieg, schauten wir ihm – schweigend – lange nach.

**Manja Präkels**  
1974 in Zehdenick/Mark geboren, lebt als Autorin und Musikerin (Der Singende Tresen) in Berlin-Kreuzberg

# Schlumpfeiszeit ade

„

**Die aufkeimende Wut ist gut zu hören. Der geschrumpfte öffentliche Raum wird zum Gefahrenort**

## Mit Sicherheit systemrelevant

Der 1. Mai fällt aus – doch die Gewerkschaften, Sozial- und Umweltbewegungen lassen eine lebenswichtige organisierte Solidarität wachsen

Spannend an der gegenwärtigen Krise ist die von der Politik vorgenommene Klassifizierung von „systemrelevanten“ Arbeiten und denen, auf die die Gesellschaft zeitweilig oder dauerhaft verzichten kann. Die Unterscheidung von Unverzichtbarem und Überflüssigem erzeugt einen neuen Blick auf Wirtschaft und Gesellschaft. Die systemrelevanten „Heldinnen und Helden der Arbeit“, denen jetzt so viel Lob und Beifall bezeugt wird, wirken zu einem großen Teil in den schlechter bezahlten Sektoren des Arbeitsmarktes, während das große Geld in den Teilen verdient wird, die jetzt mehr oder weniger stillgelegt sind.

Der gesamtgesellschaftlichen Unwucht bei Inhalt und Vergütung der Arbeit sollte sich die Politik möglichst noch vor der nächsten Krise stellen. Und etwa den Gesundheitssektor so ausbauen, dass er für künftige Katastrophen besser gerüstet ist – in Deutschland wie in ganz Europa.

Natürlich: Der Neoliberalismus ist als Ideologie am Ende. Aber machtpolitisch ist er es noch lange nicht. Der Ausbau der Sozialstaatlichkeit, der Abbau von Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Lebenschancen wird auch nach der Coronakrise erkämpft werden müssen, von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürgern. Es ist eine fatale Ironie der Geschichte, dass in dieser Krisenzeit ausgerechnet der 1. Mai, der von den Gewerkschaften jedes Jahr begangene „Tag der Arbeit“, den man auch „Tag der Solidarität“ nennen könnte, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ausfallen muss.

An dieser Stelle ein Wort zur ebenfalls systemrelevanten Medienbranche. Die Bevölkerung wurde über die Entwicklung der Krankheit, Gegenmaßnahmen und Verhaltensregeln umfassend informiert. Und siehe da: Die Menschen lassen sich von den notwendigen Einschränkungen ihres Lebens und Einkommens überzeugen. Sie akzeptieren vorübergehende Eingriffe in ihre Grundrechte. Überflüssig sind nur Talkshows, in denen lediglich unterschiedliche Meinungen aufeinander losgelassen werden, ohne sachliche Fundierung oder aufklärerisches Anliegen.

Notwendig und attraktiv sind sorgfältige Recherche und gute journalistische Aufbereitung. Schon jetzt könnten Recherchepläne für die Zeit „danach“ vorbereitet werden, wenn das Pflegepersonal in den Krankenhäusern wieder für Personal- und Lohnerhöhungen streitet, wenn die Kassiererinnen etwas mehr von dem Geld für sich fordern, das sie Tag für Tag in die Kassen ihrer Supermärkte schauen. Werden die Wirtschaftsredaktionen sich nach der Krise an den Unterschied von „systemrelevanten“ und weniger wichtigen Wirtschaftssektoren erinnern? Werden die Politikredaktionen jeden noch so kleinen Versuch geißeln,

sei es in Ungarn oder in Deutschland, die in der Krise notwendigen Grundrechtseinschränkungen zum politischen Normalfall zu machen? Die Medien haben im letzten Monat auch eine erhöhte Bereitschaft zur „Solidarität“ wahrgenommen. Aber was ist heute Solidarität? Ist es der Abstand von 1,5 Metern oder die Hilfsbereitschaft beim Einkauf für die betagte Nachbarin? Das ist gut und wichtig. Aber Solidarität ist mehr. Sie ist eine Haltung und soziale Aktivität, die sich auf die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des ganzen Gemeinwesens richtet und über den Augenblick hinausgeht.

Unser sozialstaatliches System, die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung, die Mitbestimmungs- und Arbeitsschutzgesetze – all das wurde von unseren Vorfahren erkämpft. Es ist, wie Marx formulierte, „geronnene“, also institutionell verfestigte Solidarität früherer Generationen. Und heute?

Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitenden. Sozialverbände erfüllen sozialstaatliche Normen mit konkretem Leben. Umweltbewegungen und -verbände stehen für eine „Solidarität der Zukunft“, die Bewahrung der natürlichen Grundlagen zukünftigen menschlichen Lebens. Auch diese Organisationen und Aktivitäten gehören zum gesamtgesellschaftlichen „Solidaritätspotenzial“.

Von diesem Reichtum brauchen wir mehr, von der spontanen und der organisierten, der neu entstandenen und der lange aufgebauten Solidarität, die uns so zur Selbstverständlichkeit geworden ist, dass wir ihren Kern kaum noch wahrnehmen. Der Wohlstand der Gesellschaft muss nach der Krise massiv umgelenkt werden in eine mit Sicherheit „systemrelevante“ staatliche und nichtstaatliche Solidarität. Damit unsere Gesellschaft reich genug ist für zukünftige Krisen.

Martin Kempe

**Martin Kempe**  
ist freier Autor und hat vor 40 Jahren die taz mit gegründet. Bis 2007 war er Chefredakteur des ver.di-Mitgliedermagazins *ver.di Publik.*

taz reisen  
in die Zivilgesellschaft

Menschen, die Sie auf den taz-Reisen treffen können, grüßen per Video.

Reisen sind derzeit ja leider nicht möglich, aber wir wollen Kontakt halten zu den Menschen, die unsere Reisegruppen jetzt normalerweise auf taz-Reisen treffen würden. Einige Gesprächspartner\*innen unserer Reisen schicken uns Videogrüße – in der Hoffnung, dass wir sie bald wieder besuchen können. Diese werden wir in den nächsten Wochen auf unserer Website veröffentlichen. [www.taz.de/tazreisen](http://www.taz.de/tazreisen)

Seid willkommen!

wenn Reisen wieder möglich sind.

Grüße von der Malerin Fatima Mellal aus dem Dadès-Tal in Südmarokko  
[taz.de/reisegruesse](http://taz.de/reisegruesse)



Wofür ist Europa gut – wenn nicht dafür, die BürgerInnen vor einer bedeutenden grenzüberschreitenden Bedrohung wie einer Pandemie zu schützen?

Inmitten des Covid-19-Ausbruchs scheint die erstmals etwa von Frankreichs Präsident Macron vorgebrachte Vision von der Europäischen Union als einer zusammenhängenden politischen Gemeinschaft, die ihre 450 Millionen europäischen BürgerInnen schützt und verteidigt, ferner denn je. Was aber bedeutet dies für die EU? Ist das europäische Projekt an sich mangelhaft?

Nein, die Schuld für Europas suboptimale, unkoordinierte Antwort auf die Covid-19-Krise liegt woanders: Das große Hindernis für die Fähigkeit der EU, Probleme zu lösen, sind unsere nationalen politischen Systeme – und die zugehörigen politischen Klassen. Die traditionelle Parteienpolitik täuscht weiterhin vor, von Migrationspolitik bis zum Klimawandel alles auf nationalem statt europäischem Level steuern zu können. Doch wie die europäische Antwort auf Covid-19 gezeigt hat, ist das pure Fiktion.

Manche Länder wie Deutschland mögen insgesamt zufrieden damit sein, wie der Notfall innenpolitisch gehandhabt wurde. Doch

weder Deutsche noch andere EU-BürgerInnen können ignorieren, dass sie zu einer größeren Schicksalsgemeinschaft gehören. Denn was die einzelnen Mitgliedsstaaten tun oder unterlassen, um Covid-19 einzudämmen, beeinflusst die Wirksamkeit der Strategien der anderen Mitglieder.

Doch obwohl auf dem Kontinent eine beispiellose wechselseitige Abhängigkeit erreicht ist, bleiben die Staats- und Regierungschefs nur ihren BürgerInnen verantwortlich – nicht aber den EU-BürgerInnen jenseits ihrer Grenzen. Das offenbart eine unbequeme Wahrheit: Das politische System Europas hat die Auswirkungen der europäischen Integration auf den Alltag der Menschen nie verinnerlicht. Im täglichen Leben der EU-BürgerInnen dagegen sind diese längst angekommen – ob es um Lebensmittelsicherheit geht, um Datenschutz oder Luftqualität.

Die Diskrepanz zwischen dieser europäischen Realität und der nationalen Politik in der EU sind das Kernstück vieler Missverständnisse, der Skepsis und der Anfechtungen des europäischen Projekts. Das zu akzeptieren, bedeutet nicht nur, den antieuropäischen Backlash anzuheizen, der sich etwa in Italien und Spanien bildet. Es bedeutet auch, Länder wie Ungarn und Polen zu befähigen, demokratische Normen wie eine unabhängige Justiz und freie Presse anzufechten.

Auch nach 70 gemeinsamen Jahren gibt es noch keinen verständlichen, gesamteuropäischen Prozess, der die gemeinsame Antwort auf gemeinsame Herausforderungen bestimmt. Stattdessen sind es oft die innenpolitischen Querelen in den Mitgliedsstaaten – so willkürlich, so zufallsgetrieben diese auch sein mögen.

Das kann so nicht bleiben. Die EU kann nicht weiterhin die Verantwortung für das Tun oder Unterlassen schultern, über das sie keine oder kaum Kontrolle hat – wobei zugleich von ihr erwartet wird, den Schutz für eine breite Öffentlichkeit zu gewährleisten. Stattdessen müssen die Mitgliedsstaaten klarstellen, wo ihre Verantwortung beginnt und die der Union endet – und vice versa.

Um die EU zugänglicher für die Anliegen der BürgerInnen zu gestalten, und das auch ohne eine Reform ihrer Gründungsverträge, braucht Europa seinen eigenen politischen Raum. Ihn müssen die europäischen – und nicht die nationalen – PolitikerInnen besiedeln, die von einer neuen Generation transnationaler AktivistInnen zur Verantwortung gezogen würden.

Es mag einigen unrealistisch erscheinen, eine Union von demografisch und wirtschaftlich heterogenen Staaten in eine voll ausgebildete parlamentarische Demokratie umzuwandeln. Doch das ist eine der

wesentlichen Lektionen des letzten Jahrzehnts: Wer Entscheidungen mit grenzüberschreitender Bedeutung trifft, muss auch aus einem grenzüberschreitenden Wahlprozess hervorgehen.

Die Schaffung eines einzigen, EU-weiten grenzüberschreitenden Wahlkreises für die Wahlen zum Europaparlament könnte zur Entstehung eines echten europäischen Parteiensystems führen. Plötzlich würde eine Deutsche, die für die CDU stimmt, erkennen, dass ihre Stimme auch an die Mitglieder der Europäischen Politischen Partei der CDU geht – wie etwa im Fall von Viktor Orbáns Partei Fidesz. So ein Wahlsystem würde die europäischen politischen Parteien zudem dazu bringen, auf dem gesamten EU-Gebiet ein- und dasselbe Wahlprogramm vorzustellen und eine einzige Kandidatenliste – im Gegensatz zu derzeit 27.

Gäbe es wahrhaft transnationale Euro-Parteien, wäre es für WählerInnen auch einfacher zu sehen, wo im politischen Spektrum der EU sich ihre jeweiligen nationalen PolitikerInnen verorten, und mit wem sie zusammengehen – wie im Fall von CDU und Fidesz. Nur so würden die Auswirkungen ihrer WählerInnenstimme auf europäischer Ebene deutlich – und die politischen Akteure endlich für ihr Handeln verantwortlich, sowohl zu Hause im eigenen Land als auch in der EU.

Im Gegenzug wäre der Weg frei für das langsame Entstehen einer EU-Öffentlichkeit. Das Hervortreten dieses neuen politischen Raums würde außerdem neue paneuropäische Formen des Aktivismus nähren, die auf transnationaler Solidarität gründen.

Was bisher wie ein regionales Problem wirkte, wie der Zugang zum Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen oder öffentliche Verkehrsmittel, wäre europäisiert – weil deutlich wird, dass es überall auf dem Kontinent auftritt. Was bisher eher als abstraktes europäisches Problem galt, sei es Netzneutralität oder gemeinsame Datennutzung, würde auf lokaler Ebene greifbar. Die künstliche Trennung in lokal, national oder Europa – sie wäre auf einmal verwischt.

Um das zu erreichen, könnten BürgeraktivistInnen auf das gesamte Beteiligungsspektrum der EU setzen. Denn viele Möglichkeiten sind trotz ihres demokratischen Potenzials weitgehend unbekannt.

Das Entstehen eines echten europäischen politischen Raums könnte sicher nicht auf magische Weise alle Herausforderungen der Zeit beheben. Doch würde es das europäische Projekt erreichbar und handlungsfähig machen für die Anliegen der BürgerInnen, indem es verständlicher und zugänglicher würde.

Ja, Europa braucht dringend eine eigene Politik.



**Alberto Alemanno**  
45, ist Professor für Europarecht an der Hochschule École des hautes études commerciales in Paris sowie Aktivist.

# Die Magie echter europäischer Politik

Die Pandemie offenbart so manche unbequeme Wahrheit über die Europäische Union: Auch nach vielen gemeinsamen Jahrzehnten gibt es keine einstimmige Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit

Von **Alberto Alemanno**



# Himmel, Hölle, Homeoffice

Daheim arbeiten ist wie Joggen oder Schokolade: Kann toll sein. Zu viel davon, dann wird einem schlecht. Über die Tücken des neuen, akademischen Schlabberlookproletariats

Von Ingo Arzt

Das Fachmagazin *Cyberpsychology* wird 40 Jahre alt. Zu seinem Geburtstag empfiehlt es, zwei Mal täglich in einem virtuellen Garten spazieren zu gehen, um während einer Corona-Quarantäne nicht durchzudrehen. Ist ein ernster Ansatz, entwickelt in Italien.

Falls sich nach ein paar Wochen Homeoffice die Tage zäh anfühlen, wenn Sie ausgebrannt sind: ist ganz normal. Ein Bereich in unserem Hirn ist für die Wahrnehmung von Orten da. Und diese sind mit autobiografischen Informationen verknüpft: „Wir sind Arbeiter, weil wir in die Firma gehen“, schreibt *Cyberpsychology*. Falls nicht, verliert sich die Arbeiteridentität.

Das passt zu dem, was Mareike Bünning und Kolleg\*innen vom Wissenschaftszentrum Berlin nach einer Onlineumfrage mit 10.000 Beteiligten auf *Zeit Online* schrieben: Im Homeoffice wird man zufriedener mit dem Familienleben, nicht aber mit der Arbeit, da steigt der Frust. Besonders bei Frauen, weil die mehr Kinderbetreuung übernehmen als die Männer. Allerdings sagt das Ergebnis wenig über die Segnungen von gelegentlichem Homeoffice aus, organisiert und nicht erzwungen. „Die Romantik des Homeoffice ist wohl zerstört. Aber eben auch das Totschlagargument vieler Arbeitgeber, das gehe überhaupt nicht“, sagt Bünning der taz. Oder, wie es SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil kürzlich im Bundestag ausdrückte: „Dass Homeoffice nicht immer ein Zuckerschlecken ist, erleben im Moment viele.“

Heil hat jetzt seinen alten Vorschlag von Anfang 2019 ausgegraben und bis zum Herbst einen Gesetzentwurf zum „Recht auf Homeoffice“ angekündigt. Vergangenes Jahr war er damit noch am Widerspruch von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) gescheitert. Die Grünen wollten kurz vor Ausbruch der Krise auch ein Heim-arbeitsrecht, inklusive neuer Regelungen beim Datenschutz, Unfall-schutz sowie klarer Haftungsfragen: Es gilt gemeinhin als nicht präzise geregelt, wer zahlt, wenn man beim Homeoffice vom Dienstrechner aufsteht, in sein eigenes Homeklo pinkelt und sich dabei verletzt. Außerdem fordern die Grünen ein Rückkehrrecht, falls es einem daheim zu doof wird. Unternehmen sollen Heimarbeit zudem begründet ablehnen können. Was für Tätigkeiten wie Dachdecken oder Kernbrennstäbwechsellern sinnvoll erscheint.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat 2016 Erkenntnisse über das Homeoffice zusammengetragen: Wer auch daheim arbeiten darf, ist zufriedener, macht aber mehr und vor allem unbezahlte Überstunden, auch in vergleichbaren Jobs. Wer daheim arbeiten könnte, aber nicht darf, ist besonders unglücklich. In den Niederlanden arbeiteten vor Corona 30 Prozent zumindest gelegentlich von zu Hause aus, bei uns waren es nur 8,6 Prozent, derzeit ein Viertel.

Wirtschaftsverbände sind gegen jedwede Pflichten für die Firmen und deshalb auch gegen eine Pflicht, auf Wunsch Homeoffice zu erlauben und einzurichten. Auch die Gewerkschaften sehen die Sache nicht nur positiv. Claudia Dunst arbeitet für die IG Metall in Baden-Württemberg gerade mit

Betriebsräten daran, Regeln zu mobilem Arbeiten umzusetzen. Bisher sei vor allem die mittlere Führungsebene in Unternehmen schwer zu überzeugen, sie fürchtet den Verlust der Kontrolle über ihre Beschäftigten, erzählt Dunst. „Die Erfahrungen jetzt werden aber enorm was ändern“, glaubt sie. „Viele Betriebsräte sagen uns gerade, dass viel mehr in Sachen Homeoffice geht.“ Dennoch müssten bei einem Recht auf Daheimarbeiten dringend die konkreten Umstände in den Unternehmen berücksichtigt werden.

Außerdem könnte es Ungleichheiten verschärfen: Das DIW hat gezeigt, dass vor allem gut bezahlte Akademiker\*innen vom „HO“ profitieren. „Wird jemand ein Gesetz bei seinen Vorgesetzten einfordern, der auf sich allein gestellt ist und keine starke Vertretung durch Betriebsrat oder Gewerkschaft hat? Ich hab da so meine Zweifel“, sagt auch Dunst. Homeoffice dürfe auch nicht dazu führen, dass Unternehmen Kosten auf Arbeitnehmer\*innen abwälzen, sagt sie. Wenn im Schnitt 20 Prozent der Belegschaft daheim arbeiten, spare das auch Strom und Büromiete. Dunsts Fazit: Recht auf Homeoffice ja, aber die konkreten Bedingungen müssten vorher geklärt werden.

Auch, was die Technik betrifft. *Cyberpsychology* verweist auf den Mailänder Psychologen Luca Bernardelli. Er hat Cyberbrillen für sein Team angeschafft. Während der Quarantäne hält er Meetings nicht per Videochat ab, sondern auf japanischen Bergen. „Virtual Reality ist wirklich ein mächtiges Werkzeug. Das wird eine neue Art des Arbeitens daheim“, sagt Bernardelli. Man vergesse bei Meetings die Zeit – und Spaß machten sie auch noch, so als Avatar.

„

**Dass Homeoffice nicht immer Zuckerschlecken ist, erleben im Moment viele**

Hubertus Heil, SPD, Arbeitsminister

„Nicht alle brauchen absolute Ruhe“

Städte werden durch Homeoffice flexibler, sparen Flächen und verringern den Verkehr, sagt Jürgen Bruns-Berentelg von der Hamburger Hafencity

Interview **Nora Belghaus**

**taz: Herr Bruns-Berentelg, lassen sich Städte auch aus dem Homeoffice planen?**

**Jürgen Bruns-Berentelg:** Planen im Grunde genommen ja, aber es gibt Gewerke, für die es schwieriger ist, weil ihre Server-Kapazitäten im Homeoffice nicht ausreichen. Ingenieure oder Verkehrsplaner zum Beispiel.

**Sie waren in Berlin an der Planung von Sony Center und Hauptbahnhof beteiligt und steuern nun die Entwicklung der Hamburger Hafencity. Wie hat sich die Arbeitswelt in den vergangenen Jahren verändert?**

Arbeitsstrukturen werden flexibler, um unterschiedliche Bedürfnisse zu bedienen. Noch im frühen 20. Jahrhundert ist ein Teil der Literatur in Wiener Kaffeehäusern entstanden. Die Geräuschkulisse dort ist so omnipräsent, dass man durch Einzelgespräche nicht gestört wird und sich durchaus konzentrieren kann. Dass ein Mensch zum Arbeiten absolute Ruhe braucht, gilt also nicht für alle. Wir wollen öffentliche Flächen schaffen, die auch zum Arbeiten genutzt werden können. Man kann sich dort einen Kaffee bestellen, muss aber nicht.

**Homeoffice ist also nicht die einzige Alternative zum Firmenbüro ...** Nein, es gibt zum Beispiel Unter-

nehmen, die Co-Working-Büros entwerfen lassen, die flexibel genutzt werden können, auch von Dritten, die nicht im eigenen Unternehmen arbeiten. So können Mitarbeiter aus ihrem eigenen Büro in ein anderes Arbeitsumfeld wechseln. Damit werden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Rückzugs geschaffen. Auch Baugemeinschaften planen Wohngebäude, die mit gemeinschaftlichen Arbeitsräumen kombiniert werden. So können berufstätige Eltern, deren Kinder am Nachmittag aus der Schule nach Hause kommen, kurz in die eigene Wohnung gehen, um sie zu versorgen.

**Eine „Stadt der kurzen Wege“ also. Aber was, wenn ich meine Kollegen nicht auch noch als Nachbarn haben möchte?**

Wolfsburg ist dafür ein Beispiel. Diese Stadt wird von einem Großkonzern dominiert. Die Angestellten pendeln lieber, als Kollegen in der Stadt zu begegnen. Aber: Wenn ein Stadtquartier gut geplant ist und kein einzelnes Unternehmen dominiert, kann man ein Fremder bleiben.

**Welche Nachteile sehen Sie im dezentralen Arbeiten?**

Laut US-Studien werden diejenigen, die nie in der Firma sind, am sozialen Aufstieg gehindert. Frauen zum Beispiel, die schneller in die Rolle der Versorgerin für die Kinder gedrängt werden, verlieren so die Option, auf-

zusteigen. Außerdem fehlen Anerkennung und Bestätigung von Kollegen. Der soziale Austausch in einem Büro geht weit über die Kaffeepause hinaus. Im Silicon Valley hat man das erkannt, weshalb häufiger alle Mitarbeiter auch in die Firma kommen müssen.

**Und derzeit?**

In der Coronakrise habe ich Leute sagen hören, dass sie wegen des Homeoffice in Zukunft mehr Wohnfläche bräuchten. Dafür wollten sie an den Stadtrand ziehen, wo sie sich ein Haus leisten können. Das wäre eine konträre Entwicklung zu den Zielen moderner Stadtplanung, den Flächenverbrauch und den Verkehr zu reduzieren. Wir müssen auch das Wohnen in den Städten selbst anders bauen.

**Wie sehen unsere Städte in Zukunft also aus?**

Viertel, in denen nur gearbeitet oder nur gewohnt wird, wird es langfristig nicht mehr geben. Quartiere werden so geplant, dass alles an einem Ort möglich ist, mit Arbeitsplätzen zu Hause, die gut funktionieren. Das Verkehrsaufkommen wird sich in Metropolregionen verringern, aber nicht mehr als 5, vielleicht 10 Prozent auf absehbare Zeit. Denn einige Menschen werden auch in Zukunft noch an getrennten Orten leben und arbeiten – unsere falschen Strukturen sind langlebig. Mobilität ist zudem auch eine soziale Freiheit.



Foto: Bina Engel

**Jürgen Bruns-Berentelg**  
Seit 2003 Vorsitzender Geschäftsführer der Hafencity Hamburg GmbH, seit 2014 Professor für Integrierte Stadtentwicklung an der Hafencity Universität Hamburg.

taz genossenschaft

JEDES WEITERE

**MITGLIED  
SCHAFFT**

MEHR UNABHÄNGIGKEIT



Demokratische  
Gesellschaften  
brauchen eine  
unabhängige  
Presse.

Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

RM | SEHSTERN

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft



# Daseinsvorsorge im Netz

Vom Schulbesuch bis zum Arzttermin – was geht, läuft auf einmal digital. Nach dem ersten hektischen Improvisieren wäre jetzt die Chance, auf gute Anwendungen umzustellen

Von **Svenja Bergt**

Die siebenjährige Lotte hat neulich eine Aufführung des Grips Theaters gesehen. Sie musste nicht mal hinfahren. Sondern blieb einfach zu Hause. Das Grips Theater kam zu ihr. Nach Hause, auf den Monitor, per Stream.

Nicht nur Kindertheater müssen in der Pandemie neu denken. Opern, Theaterstücke und Ballette werden auf Bildschirmen geschaut, Clubs machen per Stream nächtelang die Wohnzimmerdielen zur Tanzfläche, Konferenzen werden zu Webinaren, Arbeitnehmer:innen kommunizieren mit Kolleg:innen per Messenger, die Psychotherapeutin hält die Sitzungen via Bildschirm ab und der Homöopath bittet zum Chat.

„Es gibt gerade einen riesigen Digitalisierungsschub“, sagt Bernhard Rohleder, Geschäftsführer des IT-Verbandes Bitkom. Er nennt vier Bereiche: Bildung, Verwaltung, Gesundheitswesen und Wirtschaft. „Schulen beispielsweise machen gerade einen Crashkurs in Sachen Digitalisierung durch.“ Max Mehl von der Free Software Founda-

tion Europe (FSFE) sieht es ähnlich: „Auf allen Ebenen erkennen Entscheider auf einmal die Chancen der Digitalisierung.“

In diesem unerwarteten Digitalisierungsschub werden Standards gesetzt. „Jetzt passieren die Weichenstellungen“, sagt Rena Tangens vom Verein Digitalcourage. Und nicht immer die besten. Es gibt Berichte von Lehrer:innen und Eltern, dass die digitale Betreuung über den Videokonferenzdienst Zoom stattfindet, der von Datenschutz nicht so richtig viel hält. Auch bei einem Treffen hochrangiger EU-Vertreter:innen im April nutzte mindestens ein Teilnehmer Zoom. Aber auch Dienste wie Slack oder WhatsApp, Facetime oder Google Hangouts sind, was die Privatsphäre angeht, optimierungsfähig. „Gerade wird vor allem auf schnelle Lösungen gesetzt“, sagt Mehl. Das Problem: Schnell ist dabei häufig das Gegenteil von nachhaltig, nutzerfreundlich, souverän.

Daher wäre jetzt, nach dem ersten hektischen pandemiebedingten Improvisieren, der Moment, das Provisorium durch eine gute, privatsphärefreundliche und offene Technologie zu ersetzen. „Wir haben es jetzt in

der Hand, eine gewisse digitale Souveränität in Europa zu schaffen“, sagt Tangens. Sie erinnert daran, wie schwierig es für Behörden ist, an Atemmasken und Schutzkleidung zu kommen – weil sie hierzulande kaum produziert werden.

„Digitale Souveränität“ – diesen Begriff hört auch Rohleder gerne. Er hoffe, sagt er, dass die Veränderungen des Digitalisierungsschubes bleiben, aber verbessert werden. Also: dass Vorteile wie der weitgehende Verzicht aufs Reisen beibehalten werden. Doch die Technik, die genutzt wird, sollte konform sein mit der Datenschutzgrundverordnung. Mindestens. Aktuell ist das nicht bei jedem der gehypten Anbieter so klar.

Was also muss passieren, damit alle umsteigen, die jetzt auf Anwendungen von Skype bis Facetime setzen? „Unternehmen sollten selbst darauf kommen, dass, was derzeit fast oder ganz kostenlos ist, es nicht ewig sein wird“, sagt Mehl. Und alternative Dienste wie Jitsi oder BigBlueButton – ein Videodienst und eine Webinar-Software – würden derzeit softwareseitig ordentlich verbessert. Digitalcourage bietet eine Übersicht mit konkreten Alternativen. Die

Liste ist nicht abschließend; für alle, die sich fragen, ob eine von ihnen verwendete Software frei ist, hat die FSFE eine Checkliste erstellt.

„Wir müssen darüber nachdenken, welche Infrastruktur wir als Daseinsvorsorge brauchen“, sagt Tangens. Am Ende dieser Überlegungen könnte beispielsweise stehen, dass auch eine Schulcloud dazu gehöre. Also eine Anwendung, in der Lehrer:innen und Schüler:innen sicher Daten austauschen und ablegen können. Dafür müsse dann die öffentliche Hand Gelder bereitstellen.

Das hätte nicht nur den Vorteil, dass sich damit eine Open-Source-Anwendung erstellen ließe, die jede Schule oder jede Kommune für die eigenen Bedürfnisse anpassen kann. Womöglich ließen sich auch Schüler:innen dabei einbinden. Die würden, so Tangens, dabei gleich etwas Wichtiges lernen, das ihnen auch helfen kann, wenn sie irgendwann in der Arbeitswelt mitentscheiden, ob Programm A oder B im Unternehmen, in der Verwaltung oder in der Arztpraxis eingesetzt wird: „nämlich, dass es gute Software nicht umsonst gibt“.

## Das Virus verändert die Weltwirtschaft

Die Coronakrise belastet den Welthandel massiv. Das trifft vor allem die exportlastige Wirtschaft der Deutschen. Ist das nicht eine Chance?

Von **Felix Lee**

Seit Montagmorgen laufen die Produktionsbänder wieder. Nach fast sechs Wochen Zwangspause können rund 8.000 MitarbeiterInnen im Wolfsburger Stammwerk von Volkswagen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. „Es geht jetzt wieder los“, freut sich VW-Markenchef Ralf Brandstätter.

Die Freude könnte aber nur kurz währen. Denn Probleme gibt es weiter bei vielen Zulieferern. „Alle unsere Partner haben uns signalisiert, dass sie anlaufbereit sind“, versichert Brandstätter. Doch garantieren kann er das nicht. Zu komplex und engmaschig sind die globalen Lieferketten. In Norditalien etwa, einem Zentrum der europäischen Zuliefererindustrie, sind wegen der Coronapandemie viele Betriebe auch weiterhin dicht. Hinzu kommt: Der Automarkt ist rund um die Welt um mehr als die Hälfte eingebrochen. Es wird Monate brauchen, bis sich die Branche erholt – wenn überhaupt. Experten rechnen damit, dass die Krise exportlastige Industriezweige nachhaltig verändern wird.

Kaum ein Land hat in den vergangenen drei Jahrzehnten so sehr von der Globalisierung profitiert wie Deutschland. Sie hat vor allem die Industrien beflügelt, in denen die Deutschen stark sind: Autoindustrie, Maschinen- und Anlagenbau. Die Exportquote liegt in beiden Branchen bei über 80 Prozent. Die Deutschen machen nicht einmal 1 Prozent der Weltbevölkerung aus, ihr Land ist aber die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Ohne Globalisierung wäre das nicht möglich gewesen. Umso heftiger ist nun der Einbruch. Der Seeverkehr ist im März im Vergleich zu den Vormonaten um 48 Prozent eingebrochen, der Eisenbahnverkehr sogar um 67 Prozent. Ökonomen rechnen damit, dass die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal um 7 Prozent schrumpfen wird, das dickste Minus seit dem Krieg.

Gabriel Felbermayr, Chef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, geht zwar davon aus, dass sich die hiesige Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte erholen wird. Doch an der Art des Wirtschaftens werde sich einiges ändern. „Als eine Folge der Coronakrise werden deutlich mehr Produktionsstätten direkt in Abnehmerländern entstehen“, vermutet der Ökonom. „Die Strukturen werden regionaler.“ Diese Entwicklung setzte zwar schon vor der Krise ein. Der von den USA aus-

gelöste Zollstreit hat bereits dazu geführt, dass der globale Handel zurückgeht. Die Viruskrise beschleunigt diesen Trend aber, sagt Felbermayr. „Sie zeigt, wie groß das Problem ist, wenn systemrelevante Produkte wie Atemschutzmasken oder Penicillin nur noch in China hergestellt werden, dieser Warenstrom aber plötzlich unterbrochen ist.“ Viele Länder dürften ihre Lehren daraus ziehen und Industrien zurückholen.

Ein Ende der Globalisierung muss das aber nicht bedeuten. Für die Digitalwirtschaft könnte die Krise sogar zum Trendbeschleuniger werden. Viele Unternehmen machen Erfahrungen mit Homeoffice und der Nutzung digitaler Arbeitsplattformen. Das werde sich dauerhaft auswirken, vermutet Felbermayr. „Wir kommen nicht in eine De-

„Wir könnten aus der Krise globalisierter hervorgehen“

**Gabriel Felbermayr**, Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft

globalisierung, sondern könnten aus der Krise sogar globalisierter hervorgehen.“

Für die deutsche Wirtschaft sind beide Entwicklungen schlecht. Der Standort Deutschland punktete bislang mit einer guten Infrastruktur, dem dualen Ausbildungssystem und der zentralen Lage in der Mitte Europas. Diese Vorteile spielen nun aber eine geringere Rolle. „Plötzlich haben Länder wie Indien, die in der Old Economy chancenlos waren, viel bessere Karten“, sagt Felbermayr. „Das wird Deutschland wehtun.“

Weniger Welthandel durch aus Positives abgewinnen kann Thomas Eberhardt-Köster, Handelsexperte des globalisierungskritischen Netzwerks Attac. Solange sich es um Produkte mit fairen Löhnen gehen, die nur in bestimmten Gegenden angebaut werden können, seien längere Transportstrecken in Kauf zu nehmen, sagt Eberhardt-Köster. Wenn aber gehandelt werde, weil Lohnstückkosten in anderen Ländern wegen schlechter Arbeitsbedingungen oder niedriger Umweltstandards geringer sind, habe das gesamtgesellschaftlich keinen Mehrwert. „Man muss nicht“, betont Eberhardt-Köster, „einen Joghurt um die halbe Welt transportieren.“

## Keine Flieger über Tegel

Meine Utopie: Ich will, dass es so bleibt

Spätestens mit Fridays for Future hat die bürgerlich-grüne Reiseklientel entdeckt, dass Flugreisen ein Problem sind. Erstaunlich dabei ist, dass 2019 – in dem Jahr, in dem streikende Schüler\*innen Woche für Woche gegen den Klimawandel demonstrierten – die Zahl der Auslandsflüge um vier Prozent gegenüber den Vorjahreszahlen anstieg. Es lief alles weiter wie bisher. Nur dass bewusste Menschen jetzt mehr darüber sprachen, eigentlich nicht mehr fliegen zu wollen. Aber es dann doch taten. Um noch mal Sonne zu tanken. Oder weil es mit dem Auto so lange dauert. Und Bahnfahrten nicht nur teuer ist, sondern auch unbequem. Der Hauptgrund ist sicher, dass Fliegen ein Garant für die große Freiheit ist, immer überall hinzukönnen, schnell, bequem und günstig. Reisen sind ein Konsumgut, immer zugänglich und online buchbar.

Über zwanzig Jahre lang arbeite ich schon in der Reisebranche. Seit es Billigflieger gibt, also etwa seit der Jahrtausendwende, sind „Reise“ und „Fliegen“ für viele Menschen nicht mehr hinterfragte Synonyme. Von Jahr zu Jahr fragen Kund\*innen seltener nach alternativen Anreisemöglichkeiten. Dabei sollte Reisen viel mehr sein, als schnell und billig von A nach B zu kommen. Ein besonderes Erlebnis, ein Ausgleich zum Alltag. Vielleicht sogar ein Abenteuer.

Seit Beginn der Coronakrise erlebe ich den Beginn meiner persönlichen Tourismusutopie: Es gibt kaum noch Flugverkehr. Als Touristikerin, die jetzt Reisen absagt, statt zu planen. Aber auch privat. Denn ich wohne in der Einflugschneise von Berlin Tegel. Alle ein bis zwei Minuten donnerten sonst Flugzeuge über unser Haus. Jetzt meldet Tegel einen Rückgang des Flugverkehrs um 95 Prozent. Bei uns zu Hause ist es so ruhig wie noch nie. Die eingeschränkte Reisefreiheit ist für uns ein maximaler Zugewinn an Lebensqualität. Ich möchte, dass es so bleibt.

Es ist an der Zeit, den Tourismus im Sinne des Klimaschutzes auch von staatlicher Seite neu zu denken. Dann würden nicht Fluglinien oder die TUI mit Milliardenkrediten subventioniert. Der Flugverkehr würde rasant abnehmen, die verbleibenden Flüge würden massiv teurer, hohe Klimaschutzabgaben obligatorisch. Dafür würde die Bahn endlich billiger und es gäbe ein europaweites, gut ausgebautes Nachtzugnetz. In Deutschland würde nicht nur in Schnellstrecken zwischen Ballungszentren investiert, sondern auch Urlaubs- und Erholungsregionen wären bequem per Bahn erreichbar.

In diesem Sommer können wir andere Urlaubsformen ausprobieren, weil wir dazu gezwungen werden von einem Virus.

Sicher packt uns trotzdem hin und wieder das Fernweh. Aber vielleicht merken wir auch, dass es nicht immer ans andere Ende der Welt gehen muss. Vielleicht reichen auch ein paar Zug- oder Autostunden, um Neues zu erleben. Und dann sehen wir eine Fernreise vielleicht auch wieder als ein Abenteuer. Und Abenteuer bucht man nicht dreimal jährlich günstig im Internet.

Gaby Coldewey

Wie werden wir nach Corona reisen? So selbstverständlich und unbeschwert wie bislang? Oder lüftet die Krise eine Zäsur im Tourismus ein? Ein Innehalten bei der klimaschädigenden Vielfliegerei, eine Entschleunigung bei unsrem rastlosen Surfen um die Welt? Sicher ist bislang nur: Den Sommerurlaub in diesem Jahr können wir vergessen. Zumindest den über die Landesgrenzen hinaus. Dass uneingeschränktes Reisen wieder möglich ist, damit rechnen Experten bestenfalls ab Ende März 2021 und schlimmstenfalls ab Ende April 2022.

Entzug macht unruhig. Und unbegrenzte Reisen, Mobilität gehören zu unserem Lebensstil. Wer sitzt nicht in den Startlöchern und wartet auf virusfreie Zeiten, um wieder an der Amalfiküste Wein zu kosten, auf den Kanaren zu wandern oder in der Karibik zu baden? Die Pandemie hat an den Grundfesten des Tourismus gerüttelt: dem Versprechen maximaler Sicherheit und Be-

quemlichkeit bei maximaler Weltenerfahrung. Nicht bloß die Erfüllung von Sehnsüchten nach einer schönen Fremde machte diese Industrie so erfolgreich, sondern nicht zuletzt die Eliminierung von Ungewissheit, die seit jeher zu jeder Reise gehört. Wer in früheren Zeiten auf Reisen ging oder pilgerte, machte vorher sein Testament. Die Wahrscheinlichkeit, nicht mehr zurückzukehren, war immer hoch. Der marktförmige Tourismus hat vielmehr noch jedes kleine Bedürfnis nach Ferne und Fremde als Ware verpackt und als Sehnsuchtsziel zur Buchung freigegeben. Das Virus erinnert uns daran, dass es gefährlich ist, sein Haus zu verlassen.

Zuletzt sprengte das marktförmige Reisen alle Dimensionen der Umwelt- und Sozialverträglichkeit. Im letzten Sommer wurde Overtourism zu einem vieldiskutierten Phänomen an altbekannten touristischen Highlights wie etwa Venedig, aber auch an neuen Instagram-Hits. Das Virus wird unsere überhitzte Reiseaktivität nur vorübergehend bremsen. Nicht nur unser Lebensstil

steht dem entgegen, sondern die Dynamik unserer Gesellschaft, vor allem ökonomischer Druck: Mit weltweit rund 100 Millionen Beschäftigten gilt der Tourismus als einer der bedeutendsten Arbeitgeber.

Grenzüberschreitende Reisen machen 25 bis 30 Prozent des Welthandels aus. Das internationale Bremsmanöver bringt die Wirtschaft vieler Länder ins Schlingern. Der Wissenschaftler Hartmut Rosa, der die Beschleunigung der modernen Zivilisation erforscht hat, benutzt das Bild vom Fahrrad, das umkippt, wenn man es stoppt. Man müsse weiterfahren, um in der Balance zu bleiben.

Pauschalreiseveranstalter werden ihr Geschäftsmodell, das aus immer individuelleren Bausteinen besteht, weiter ausbauen können, denn sie waren die Helfer in der Krise, die sich im Gegensatz zu anonymen Internetportalen um ihre Kunden kümmerten. Sie werden sich auch weiterhin als Garanten für Sicherheit empfehlen. Und wenn es knirscht im Getriebe, dann gibt es das vertragliche Recht auf Entschädigung bei nicht perfekter Erfüllung

zugesicherter Leistungen. Im Notfall bürgt der Staat, dank der mächtigen Lobby der Reiseindustrie.

Airlines sind durch das Virus stark getroffen. Sie sind eine systemrelevante Branche, so gesehen werden Staaten sie nicht fallen lassen, zumindest nicht die „National Carriers“. Bei den kleineren Airlines hingegen könnte es zu einer starken Konsolidierung kommen. Zudem wollen Fluggäste in der Zukunft mehr Abstand zu anderen. Die größere Beinfreiheit wird zur Kaufentscheidung, der Mittelsitz ein Relikt verstaubter Flugzeuge. Das alles könnte das Billigfliegermodell infrage stellen. Der Wunsch, mehr Abstand zu anderen zu haben, wird Business- und First-Class-Flüge zum Gewinner der Krise machen.

Reisen wird teurer werden. Und möglicherweise zum Schrittmacher eines von vielen gefürchteten Überwachungsregimes, wo neben die aufwendigen Sicherheitsvorkehrungen an Flughäfen wegen Terrorismus nun die individuelle Überwachung zur Virusbekämpfung durch Big Data tritt.

Das Virus sei ein „Terror aus der Luft“, meint der Philosoph Byung-Chul Han und beschwört autoritäre Verhältnisse. Das Smartphone könnte wichtiger als der Reisepass werden. Optimistisch gesehen wird der Mundschutz keine Pflicht, sondern er avanciert zum modischen Accessoire, so fundamental wie die Sonnenbrille. An den Flughäfen wird sich dies zeigen.

Kreuzfahrten, bislang die absolute Boomindustrie, werden um ihr Image kämpfen müssen, seit sie zum Virengefängnis wurden. Ihre katastrophale Umweltbilanz hat kaum jemanden gestört. Was jedoch in der Zukunft viele stören könnte, ist die Tatsache, dass man auf einem Kreuzfahrtschiff für viele Tage oder gar Wochen, mit teilweise Tausenden von anderen Menschen auf engem Raum lebt. Social Distancing könnte zum neuen Distinktionsmerkmal werden. Wer es sich leisten kann, wird in der Zukunft Individualität noch mehr fordern, aber trotzdem pauschal buchen. Und vielleicht wird selbst im Club wieder gesiezt.

Das Virus erinnert uns daran, dass es gefährlich ist, sein Haus zu verlassen

Und die Utopie? Die Hoffnung auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit? Der Gegenteil zum bequemem Konsumismus der meisten Touristen und der Rücksichtslosigkeit touristischer Expansion hat bereits vor Jahrzehnten einen „alternativen“ Reisesektor von kleinen Anbietern hervorgebracht, der nachhaltig wirtschaftet, nun allerdings besonders bedroht ist.

Das Virus wird nichts richten, im Gegenteil, es wird etliche kleine Projekte, neue Ansätze und Alternativen im Tourismus wirtschaftlich ruinieren. Nach dem globalen Reisetstillstand braucht es mehr denn je Eigeninitiative von Kunden, Veranstaltern und NGOs und staatliche Förderung nachhaltiger Projekte. Jenseits der Marktformigkeit und vor allem in Hinblick auf die Klimabilanz.

Die gute Nachricht: Es gibt diese Alternativen, es gibt neue Trends: Länger, intensiver, weniger empfohlen tourismuskritische Portale längst bei Fernreisen. Und wer hätte je gedacht, dass sich heute an praktisch jedem Flüsschen ein gut ausgebauter Radweg für Tourenradler findet und dass die hiesige Restnatur mit attraktiven „Toptrails“ für Wanderer brilliert? Wer geht, macht sich widerstandsfähiger – auch gegen den Trend des Höher, Schneller, Weiter. Und solange wir gezwungenermaßen unsere Entdeckerlust in der Nähe ausleben, entdecken wir vielleicht auch ein anderes, unaufgeregteres Reisen.

# Mehr Beinfreiheit

Natürlich reisen wir weiter – aber teurer, pauschaler, überwachter und vielleicht auch etwas besonnener. Alternativen gibt es längst

Von Edith Kresta und Christel Burghoff



# Chance gegen Maßlosigkeit

Der europäische Profifußball hat sich in den vergangenen Jahrzehnten unglaublich entwickelt. Alle Versuche, ihn zu regulieren, sind gescheitert. Da kommt der Lockdown zur rechten Zeit

Von Markus Völker

Frage: Was haben Ipswich Town, Steaua Bukarest, KV Mechelen, Roter Stern Belgrad, Aston Villa und IFK Göteborg gemein? Nun, sie haben noch in den 80er Jahren Europapokale gewonnen. Damals, als der Fußball in Europa seine Blüten zwischen den großen politischen Blöcken hindurchzwängte und noch nicht als Auswuchs eines beschleunigten Kapitalismus daherkam, konnten sich noch Mannschaften aus Ländern Hoffnung auf die großen Pokale des Fußballverbandes Uefa machen, Teams, die heute mehr oder weniger in Randlagen ihr Business aufziehen, Opfer der Geschichte geworden sind oder auf dem Grabbeltisch, an dem sich Geldgeber aus Fernost, den USA oder dem Persischen Golf regelmäßig bedienen, nie zuoberst lagen.

Der Fußball in Europa hat sich, beginnend in den 90er Jahren, radikal verändert: Er ist schneller, schöner, spektakulärer geworden. Einerseits. Auf der anderen Seite ist er exzessiv, maßlos und berechenbar geworden.

Letzteres ist ein Problem, denn Wettkämpfe leben nun einmal davon, dass man nicht schon am ersten Spieltag weiß, wer am Ende der Saison Meister wird – Fans in Italien oder Deutschland können ein Lied davon singen. Wir reden also von Chancengleichheit, Gerechtigkeit, von Abwechslung. In den USA sagt man *competitive balance* zu einem Mechanismus, der die unterschiedlichen Gewichte in den Sportligen auszutarieren versucht. Dort operieren sie mit einem Instrumentenkasten, der auch für Europa interessant sein könnte: Das Draftsystem, der Salary Cap oder die Luxussteuer – siehe unten stehenden Text – sind Versuche, Ausgeglichenheit und ähnliche Startbedingungen für alle zu simulieren.

Sicherlich: Die Ligabosse sind keine Altruisten, sie wollen mit der Simula-

tion von Verteilungsgerechtigkeit ihr „Produkt“ am Markt halten, sie haben zumeist auch keine Ahnung von den Traditionen in Europa, dem offenen Ligabetrieb mit Auf- und Abstieg, der großen Rolle der Fans in „eingetragenen Vereinen“, von der 50+1-Regel der deutschen Bundesliga. Und doch ist der Druck, am bestehenden europäischen System etwas zu ändern, groß.

In dem Moratorium, das uns das Coronavirus aufzwingt, ist Zeit, über Ver-

änderungen am bestehenden System nachzudenken. Wäre es nicht super, wenn der KV Mechelen international wieder etwas reißen könnte, IFK Göteborg, Ipswich Town? Brauchen wir nicht mehr Diversität auf den großen Bühnen des Fußballs? Finden wir uns damit ab, dass die Champions League am Ende immer nur von einer Handvoll Klubs aus Spanien, England, Italien und Deutschland beherrscht wird? Hat Europa nicht über 50 Nationen? Warum

nehmen es die Fußballfans hin, vor allem kritische Ultragruppierungen, dass Europas Fußball wie eine große Zentrifuge funktioniert: Wer nicht die Kraft hat, sich an den Finanztöpfen festzukrallen, wird ins Abseits befördert?

Es gibt hierzulande natürlich Versuche der Regulierung. Das in dieser Dekade von der Uefa eingeführte Financial Fairplay ist eine Maßnahme, um die Exzesse der großen Mäzenatenklubs einzudämmen, aber sie

darf trotz der aktuellen Anklage von Manchester City als gescheitert gelten, weil sich die Uefa in den vergangenen Jahren darauf versteifte, kleine Vereine wie KF Tirana, FC Irtysch oder Kardemir Karabükspor symbolisch abzustrafen. Im Grunde blieb alles beim Alten: Die Topklubs um Bayern München, Juventus Turin, Real Madrid, FC Barcelona, Paris Saint-Germain oder Liverpool FC wuchsen, die anderen kamen nicht mehr mit. Sie zementierten ihre Sonderrolle und profitierten überproportional von den Einnahmen in der Champions League, die 2008 bei 821,9 Millionen Euro lagen und 2019 schon bei 2,853 Milliarden.

Das Muster wiederholt sich im Großen wie im Kleinen. Die Champions League funktioniert wie ein Katalysator in einem Prozess, den natürlich auch die Premier League in England, die Serie A in Italien, die Primera Division in Spanien oder – mit Abstrichen – die Bundesliga bestimmt. Der Zugang zu den Fleischtöpfen ist für die meisten Klubs zu einem Nadelöhr geschrumpft. Sie haben sich, obgleich als Erstligisten firmierend, mit ihrer Zweit- und Drittklassigkeit abgefunden. Dieser Fatalismus der, nennen wir sie: Privilegiert-Prekären muss durchbrochen werden, damit der europäische Fußball wieder atmen kann – und nicht in einem System verkrustet, das halb Meritokratie, halb Oligarchie ist.

Selbst Uefa-Chef Aleksander Ceferin sieht dringenden Handlungsbedarf. „Wir müssen daran arbeiten, einen ausgeglicheneren Wettbewerb zu schaffen“, sagte er im Vorjahr in einem *Spiegel*-Interview und schob die Frage hinterher: „Aber wie machen wir das?“ Tja, wie? Wären Draftsystem, Salary Cap und Luxury Tax nicht ein Anfang? Hat uns Corona nicht gelehrt, dass so manches machbar ist, wenn Dinge getan werden *müssen*?



**Der Druck, das bestehende europäische System im Fußball zu ändern, ist groß. Die Coronakrise gibt uns die Zeit, darüber nachzudenken**

## Großes Ideal mit großen Schwächen

Im US-amerikanischen Profisport sollen komplexe Regelwerke den Klubs mehr Chancengleichheit garantieren. Klubbesitzer versprechen sich davon mehr Profite. Ob so mehr Gerechtigkeit entsteht, ist strittig

Von Thomas Winkler

Man stelle sich vor: Einmal im Jahr treffen sich die Dirigenten aller deutscher Symphonieorchester und dürfen sich reihum die Konservatoriumsabsolventen aussuchen. Je schlechter das Orchester, desto früher darf es ran. So landet die aufstrebende Starviolinistin bei der Erzbirgischen Philharmonie Aue, deren letzte Spielzeit nicht so gut lief, während die Berliner Philharmoniker in ihren Weltklassikörper den eher blasen, bis dahin nur Spezialisten bekannten Kontrafagottisten integrieren müssen. Wenn er dann doch nicht so gut in den Gesamtton passt, wird er womöglich gegen einen älteren Konzertmeister eingetauscht, der sich in Bielefeld unbeliebt gemacht hat.

Klingt absurd? Verstößt nicht nur gegen einen Sack von Gesetzen, sondern auch gegen unveräußerliche Grundrechte?

Stimmt. Ist aber im US-amerikanischen Sport gang und gäbe.

Die Mehrzahl der amerikanischen Sport-Ligen ist organisiert wie eine Fastfoodkette. Die Liga selbst organisiert die Marke, die Klubs sind Franchisenehmer. Meist bestimmen die Klubbesitzer die Strategie der Liga. Damit diese Unternehmen mit gesicherten Umsätzen planen können, gibt es keinen Auf- oder Abstieg. Klubs können von einer Stadt in eine andere umziehen, um ihre Umsatzchancen zu verbessern. Neue Franchisenehmer müssen eine Aufnahmegebühr zahlen, die den anderen zugutekommt. Eine Liga wie die NFL besitzt faktisch ein Monopol auf den nordamerikanischen Profifußball-Markt, aber obwohl sie Unternehmen mit Profitabsichten sind, haben es die meisten Profiligen erreicht, bei der Politik Ausnahmen von der Kartellgesetzgebung durchzusetzen.

Damit alle Franchises wirtschaftlich erfolgreich sein

können, sollten alle Klubs die Chance haben, einen Titel zu gewinnen. Um diese sportliche Chancengleichheit herzustellen und zu verhindern, dass sich die potentesten Klubs in den großen Märkten wie New York oder Los Angeles die besten Spieler zusammenkaufen, haben alle Ligen im Laufe der Jahrzehnte drei Instrumente in verschiedenen Formen eingeführt.

Erstens: das sogenannte Revenue Sharing. Gewisse Einnahmen werden unter allen Klubs aufgeteilt. Mal sind es die Fernsehgelder, aber vielleicht nur die überregionalen. Gelder aus dem Verkauf von Eintrittskarten werden womöglich verteilt, aber nicht die Parkgebühren oder die Einkünfte aus den VIP-Suiten. Merchandising, lokale Sponsoren und internationale Werbeverträge? Es ist kompliziert.

Noch komplizierter ist das zweite Instrument: der Salary Cap. Die Gehaltsobergrenze legt fest, wie viel Geld ein Team an

Spielergehältern zahlen darf. Es gibt harte Caps wie in der NFL, und gar kein Cap wie im Baseball, bei dem stattdessen nur die allerreichsten Klubs, deren Einnahmen eine gewisse Grenze überschreiten, eine sogenannte Luxussteuer zahlen müssen. Allen Systemen ist gemein, dass sie zu hoch komplizierten Regelwerken mit Ausnahmen, Sondervorschriften und Zusatzvereinbarungen geworden sind.

Und drittens schließlich der alljährliche Draft, bei dem die besten Nachwuchsspieler so verteilt werden sollen, dass die schlechten Teams besser und die guten eher schlechter werden. Auch hier gibt es viele Wege: In der NFL bekommt das schlechteste Team den ersten Zugriff – in der NBA wird unter den miesen Klubs gelost, um absichtliches Verlieren nicht zu stark zu belohnen. Aber auch der Draft ist kein Königsweg zum Erfolg: Die Philadelphia 76ers spielten jahrelang absichtlich schlecht, um sich die Rechte an den drei Riesentalenten Joel Embiid, Ben Simmons und Markelle Fultz zu sichern. Der Erfolg der „The Process“ genannten Strategie ist immer noch nicht durchschlagend zu nennen.

Ob diese Methoden tatsächlich zu mehr Chancengleichheit führen, wurde schon öfter untersucht. Die meisten Studien stellten keine messbaren Ef-

ekte fest. Manche kamen gar zu dem Schluss, dass sie eher zu mehr Ungleichheit führen. Denn Gewinnverteilung oder Luxussteuer können Besitzer von Klubs in kleinen Märkten dazu veranlassen, lieber auf eine schlagkräftige Mannschaft zu verzichten und geringere Ticketumsätze in Kauf zu nehmen, um dank geteilter Fernsehgelder und Ausgleichszahlungen erfolgreicherer Klubs doch noch satte Gewinne einzustreichen.

Allerdings ist schon die Grundannahme des Modells, sportliche Ausgeglichenheit führe zu größerem Interesse an einer Liga, strittig. Als die Boston Celtics mit dem legendären Bill Russell in den 60er Jahren zehn Titel in Folge gewannen, stand die NBA kurz vor der Pleite. Als Michael Jordans Chicago Bulls in den 90er Jahren sechsmal Champions wurden, ging die NBA global durch die Decke. Es ist eben kompliziert.

Anzeige

## 1. Mai 2020: Soziale Grundrechte stärken

**Freiheitsrechte schützen, Arbeitnehmerrechte stärken!**  
Mitbestimmung stärken, Arbeitnehmerschutzgesetze verteidigen.

**Schutzschirm für Beschäftigte, statt allein für Unternehmen**  
Arbeitgeber an Refinanzierung beteiligen, Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent, keine Massenentlassungen nach Kurzarbeit.

**Von der Krise lernen: Öffentlichen Daseinsvorsorge stärken, Privatisierung verbieten**  
Einen starken Sozialstaat – keine Rendite mit Altersvorsorge, Gesundheit und Pflege.

Weitere Infos:  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## Impuls aus Bogotá

Die Pandemie zeigt in vielen Städten: Wo ein Wille ist, ist auch schnell ein Radweg

Von Anja Krüger

Am Halleschen Ufer in Berlin-Kreuzberg ist ein Teil der Straße mit gelben Streifen abgetrennt, darauf stehen rot-weiße Barken. Der grüne Bundestagsabgeordnete Stefan Gelbhaar radelt entspannt die breite Spur entlang, die es erst seit Kurzem gibt. Überholende RadlerInnen können den Corona-Sicherheitsabstand von 1,5 Metern gut einhalten. Die Straße ist stark befahren. Ohne die neue Spur wäre es für RadlerInnen hier unangenehm – oder sie müssten auf den Fußweg ausweichen. „Es wird spannend, ob das Erreichte bestehen bleibt“, sagt Radverkehrsexperte Gelbhaar.

Ob Berlin, Bogotá oder Budapest – in vielen Städten werden derzeit vorübergehende Radspuren eingerichtet, sogenannte Pop-up-Bike-Lanes. Denn im Moment fahren viel mehr Leute mit dem Rad. Die Coronakrise zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch schnell ein Radweg.

Der Begriff „Pop-up-Bike-Lanes“ kommt aus Nordamerika. Dort experimentieren Städte wie New York schon seit Jahren mit temporären Radstreifen, weiß Burkhard Stork, Geschäftsführer des Fahrradverbands ADFC. „Es hat sich gezeigt, dass es das Sicherheitsempfinden steigert, wenn etwas zwischen Radstreifen und Autostraße steht“, sagt er.

Im kanadischen Vancouver wurde die Innenstadt während der Olympischen Spiele für den Autoverkehr gesperrt. Dann entstand ein gutes Radnetz. Vancouver könnte ein Vorbild sein, wie die Coronakrise die Radinfrastruktur verändert, sagt Stork. „Man sieht daran: Ein Ereignis und temporäre Maßnahmen bringen auf Dauer etwas.“

„Es wird spannend, ob das Erreichte bestehen bleibt“

Stefan Gelbhaar, Radverkehrsexperte der Bundestagsfraktion der Grünen

Der Impuls für die jetzige weltweite Radwegewelle kam aus der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá. Dort waren die Straßen schon vorher sonntags gesperrt. In der Coronakrise hat Bogota das Sonntagsprogramm ausgedehnt und etliche temporäre Radstraßen ausgewiesen. „Das war die Initialzündung für viele Städte“, sagt Stork. In Budapest oder Mailand etwa entstehen neue Radwege. In Mexiko-Stadt, Minneapolis oder Calgary wurden Straßen für Autos gesperrt und für FußgängerInnen und RadfahrerInnen geöffnet.

In Deutschland gibt es neue Radspuren bislang vor allem in Berlin, wo die Verwaltung fahrradfreundlich ist. „Aus anderen deutschen Städten sind uns bisher keine Initiativen bekannt, die von der Verwaltung angestoßen wurden“, sagt Jürgen Resch von der Deutschen Umwelthilfe. „Vielmehr werden Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv, wie in Stuttgart, Frankfurt oder Freiburg.“

In Stuttgart etwa haben BürgerInnen auf eigene Faust Pop-up-Radwege für einige Stunden aufgebaut. Die DUH hat Anträge an 204 Stadtverwaltungen geschickt und sie aufgefordert, Verkehrsflächen für Fahrräder umzuwidmen. Zum Beispiel in Köln, Frankfurt am Main oder Dresden würden sich die Behörden jetzt damit beschäftigen, weitere Kommunen haben angekündigt, das zu tun.

Nicht alle freuen sich über diese Entwicklung. „Aus unserer Sicht wäre dem Radverkehr mehr geholfen, wenn die Radverkehrsinfrastruktur nachhaltig verbessert und entlang der üblichen Planungsprozesse gestaltet würde“, sagt ein Sprecher des ADAC. Übereilte Maßnahmen könnten zu neuen Gefahren führen, weil sich RadlerInnen etwa vor abbiegenden Bussen in Acht nehmen müssen.

Der ADAC findet, temporäre Radspuren sollten mit der Coronakrise verschwinden. Der Abgeordnete Gelbhaar hofft das Gegenteil. In der Coronakrise sei die Wertschätzung fürs Rad gestiegen. „Das Fahrrad gilt als systemrelevant. Das ist neu“, sagt Gelbhaar. Diese Wertschätzung fällt auf fruchtbaren Boden, glaubt er. Denn immer mehr Menschen engagieren sich für eine bessere Radinfrastruktur. Sie bekommen jetzt Rückenwind.

Die Kanzlerin war am Dienstag nachmittag einige Minuten lang sprachlos und unscharf. Dann funktionierte die Videoleitung aus dem Kanzleramt wieder. Gerade rechtzeitig, damit Angela Merkel ihre wichtigste Botschaft beim „Petersberger Klimadialog“ loswerden konnte: Die Bundesregierung steht nun auch offiziell zum Ziel, die EU-Emissionen von CO<sub>2</sub> bis 2030 um „50 bis 55 Prozent“ zu senken. Und: Deutschland wird beim EU-Ratsvorsitz in der zweiten Jahreshälfte den „Green Deal“ der EU unterstützen und bei seinen eigenen Konjunkturprogrammen „immer auch den Klimaschutz ganz fest im Blick haben“.

Die Wirtschaft nach der Coronakrise „besser wieder aufzubauen“, wie UN-Generalsekretär Antonio Guterres formulierte, war die zentrale Forderung des diesjährigen Treffens von etwa 30 UmweltministerInnen und VertreterInnen von Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden. Die Stimmung heißt: Jetzt oder nie. Wenn Billionen für die Rettung der Wirtschaft fließen, ist das Chance und Risiko zugleich. Geht das Geld an die richtigen, kann es einen Sprung in eine nachhaltige Zukunft geben. Geht es an die Falschen, lösen sich Klimaziele und grüne Investitionen für die nächsten Jahrzehnte in nichts auf.

Die Klimaszene treibt eine Angst um: Gerade 2020, wo die UN-Staaten sich zu neuen Klimaplänen verpflichten sollten, könnte das Klima unter die Corona-Räder geraten. Denn durch die aktuelle Rezession sinken zwar die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen um etwa 5 bis 9 Prozent, aber das ist nicht von Dauer. Die Pandemie überlagert alle anderen Themen. Und durch Lobbyarbeit der fossilen Industrien könnten die Konjunkturpakete der Umwelt mehr schaden als nützen. So wie 2009, als die Hilfsprogramme nach der Finanzkrise nicht nur die Schuldenkrise lostraten, sondern auch die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen auf neue Rekordhöhen katapultierten.

Das soll nun um jeden Preis verhindert werden, beschworen die Teilnehmer des virtuellen Treffens in Berlin. Sowohl aus Deutschland, Großbritannien, der UNO, Ruanda, Japan und erst recht aus Verbänden und Teilen der Wissenschaft war der Tenor: Investiert in die grüne Zukunft, nicht in die „braune Industrie der Vergangenheit“, wie der britische Starökonom Sir Nicholas Stern zusammenfasste.

Genau auf diesem Weg sind aber die Staaten inzwischen. Das zeigt der „Green Stimulus Index“, den die Strategieberatung Vivid Economics und die NGO Finance4Biodiversity vorgestellt haben: Von den weltweit insgesamt etwa 7,3 Billionen US-Dollar Sofortmaßnahmen floss

der Löwenanteil an private Haushalte und in den Konsum. 11 Prozent, immerhin 840 Milliarden, kamen aber Branchen zugute, die die Umwelt schädigen: Energie, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft. Dazu gehören Steuervorteile und Subventionen für Ölgesellschaften, der Neubau von Kohlekraftwerken oder die Rettung von Fluggesellschaften (allein in Europa fordern diese mehr als 12 Milliarden Euro) – und alles ohne irgendeine Öko-Bedingung.

Den deutlichsten umweltschädlichen Fußabdruck dabei hinterlassen dabei die USA, aber auch Japan, Südkorea, Kanada und Australien. Deutschland steht mit seinen Plänen in Europa bisher am schlechtesten da.

Dabei könnte frisches Geld in den richtigen Kanälen viel bewirken. Eine Berechnung der Analysefirma Climate Action

effizienz in der Industrie, verstärkte Gebäudesanierung und Rettung von Wäldern und Naturflächen. Auf keinen Fall, warnt die Studie, sollten die Regierungen in der Krise dagegen bestehende Umweltregeln lockern oder Staatshilfen ohne jede ökologische Bedingung austeilen. Beides geschieht gerade: In den USA etwa streicht die Trump-Regierung viele Öko-Auflagen, China baut neue Kohlekraftwerke und auch der Bundesverband der deutschen Industrie, der BDI, möchte die EU-Klimaziele für 2030 „dringend auf den Prüfstand stellen“. Bei den aktuellen Gesprächen zur Rettung der Lufthansa ist Klimaschutz kein Thema.

Die EU will den grünen Umbau der Wirtschaft zwar weiterhin „als unser Wachstumsmodell“ definieren. Im Frühjahr 2020 präsentierte Kommissi-

päischen Investitionsbank und durch Umschichten existierender Fonds. Neues Geld war kaum eingeplant. Jetzt aber „wird der Markt mit Cash geflutet, das kann bis zu 3.000 Milliarden gehen“, sagt Markus Trilling, Finanzexperte des Netzwerks CAN Europe. „Die Mitgliedsstaaten können sich so hoch verschulden wie sie wollen, die Regeln für staatliche Beihilfen wurden gelockert“ – allerdings fehlten klare Umweltvorgaben. Die EU-Kommission, sagen auch andere Beobachter, dränge die Mitgliedstaaten bisher zu wenig darauf, die nationalen Töpfe mit der Stoßrichtung „Green Deal“ auszustatten. „Die Kommission muss da eine sehr deutliche Ansage machen“, heißt es.

Für Deutschland hat der Thinktank Agora Energiewende einen konkreten Vorschlag gemacht: Mit 100 Milliarden Euro Staatsgeld solle die Kaufkraft gesteigert und grünes Investieren erleichtert werden. 22 Milliarden Euro an Hilfen könnten den Strompreis für Haushalte um 20 und für die Industrie um 25 Prozent senken, die EEG-Umlage solle 5 Cent pro Kilowattstunde weniger betragen. 15 Milliarden sollten in grüne Industrieanlagen wie CO<sub>2</sub>-arme Hochöfen und grünen Wasserstoff fließen. Mit 20 Milliarden könnten Ölheizungen gegen elektrische Wärmepumpen ausgetauscht werden und Gebäudesanierung im großen Maßstab möglich machen. Für moderne Busse, bessere Mobilität auf dem Land und die Umrüstung von Pkw-Flotten auf E-Mobile müssten 15 Milliarden ausgegeben werden.

Für den Ökonomen und Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Ottmar Edenhofer, ist ein „europäischer Investmentfonds“ nötig, der langfristige verbilligte Kredite vergibt oder sich mit einer geringeren Renditeforderung am Eigenkapital von Firmen beteiligt, die sich zu Klima-Auflagen verpflichten. Dies wäre zugleich ein europäisches Solidarprojekt, erklärt er. Mit viel Geld könne ein solcher Fonds etwa die Elektromobilität oder die Entwicklung von grünem Wasserstoff ankurbeln und in ganz Europa, aber auch gezielt in Ländern wie etwa Bangladesch, die Kapitalkosten für grüne Investments senken.

„Einfach die bisherigen Förderprogramme in XXL-Format aufzublasen wird nicht funktionieren“, sagt Edenhofer. Gebraucht werde auch ein höherer CO<sub>2</sub>-Preis, der bislang in den Konjunkturprogrammen aber fehle. Daher solle dieser zumindest indirekt durch günstigere Kredite für nachhaltige Investitionen berücksichtigt werden. „Der CO<sub>2</sub>-Preis sollte das zentrale Steuerungselement sein. Das ist wie im Auto: Da kann man mit einem Konjunkturprogramm gewissermaßen den Motor hochjagen, wie man will, ohne ein Lenkrad fährt man aber vor die Wand.“

## Jetzt oder nie

Um die Wirtschaft zu retten, fließen nun auf der ganzen Welt Billionen von Euro in Konjunkturprogramme. Werden diese richtig umgesetzt, können sie die Klima- und Naturkrise bremsen. Wenn nicht, dann wird es brenzlig

Von Bernhard Pötter

Tracker für die Petersberg-Konferenz zeigt, dass grüne Konjunkturprogramme dazu beitragen könnten, die Investitionen in Öko-Techniken zu steigern und dreckige Geldanlagen zu bremsen. So könnten die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 nahe an einen klimaverträglichen Pfad kommen. Aber die Experten warnen auch: Wenn die Regierungen es falsch machen, könnten die Emissionen noch mehr steigen als befürchtet.

Konkret raten die Climate Action Tracker zu Hilfen für erneuerbare Energien, weniger Subventionen für Fossile, Geld für Busse und Bahnen und Ladesäulen für E-Mobile, mehr Energie-

onschefin Ursula von der Leyen Details und Finanzierung des „Green Deal“, mit dem Europa bis 2050 klimaneutral werden soll. Die Liste klingt wie die von Carbon Trackers: mehr Öko-Energien, gedämmte Gebäude, grüne Stahl-Herstellung, eine ökofreundliche Landwirtschaft, ein neues Klimagesetz und verschärfter Emissionshandel. Unter dem Druck der Krise hat die Kommission aber bereits einige Vorhaben verschoben.

Eins der Probleme beim „Green Deal“ war das gewaltige Preisschild: 1.000 Milliarden Euro in sieben Jahren sollte die grüne Zukunft kosten – aus dem EU-Haushalt, von der euro-



Von global 7,3 Billionen Dollar Staatshilfen fließen 840 Milliarden ohne Öko-Auflagen in Branchen mit Umweltproblemen wie Energie, Verkehr, Industrie und Agrar

# Das Strahlende und das Schreckliche

Alexander Kluge, Ferdinand von Schirach und Frank Castorf – Nachdenken über eine Pandemie und einen Poltergeist

Von Andreas Fanizadeh

Das Grundgesetz schützt das Leben nicht um jeden Preis," sagt Ferdinand von Schirach im Gespräch mit Alexander Kluge. Die beiden – Schirach, Jurist und Schriftsteller, Kluge Filmmacher, Autor, Anwalt und Philosoph – verabredeten sich Ende März über einen Instant-Messaging-Dienst zu zwei Gesprächen über die Coronapandemie und deren Folgen. Ihr Dialog liegt ab jetzt als E-Book vor, mit dem 11. Mai auch gedruckt, Titel „Trotzdem“ (Luchterhand Verlag). Ihre Unterhaltung kreist um die Pandemien in der Geschichte, kulturelle Verarbeitungen sowie staatstheoretische Überlegungen. Als Kluge und von Schirach miteinander sprachen, Ende März, stand die deutsche Gesellschaft noch weitgehend unter Schock, dystopisch anmutende Bilder wie aus Norditalien wollte man so hier in Deutschland nicht produzieren.

Der britische Premier Boris Johnson war damals das Sinnbild für chauvinistischen Leichtsinns, partikularen Egoismus und laute Phrasen. Er landete auf der Intensivstation. Danach folgte auch Großbritannien den Geboten der Vernunft. Das Bild des schwer kranken Premiers vertrieb jenes der falschen Utopie einer von Globalisierung und Pandemie angeblich unbeeindruckten Insel. Utopien als festgezurrte dogmatische Vorstellungen sind zumeist trügerisch. Sie markieren zugespitzte Hoffnungen, sind jedoch oft widerspruchsfrei und wenig alltagstauglich.

Nun können wir aber nicht ohne Vorstellungen und Wünsche über das schnöde Dasein hinaus befriedigend leben und existieren. Aber bei falscher Abwägung landet man auf der Intensivstation, wie Boris Johnson. Doch so leicht ist es nicht. Jede Person kann die Pandemie ereilen, die die Ratschläge von Politik und Wissenschaft befolgt. Das macht die Sache so unübersichtlich und wirft rasch Fragen nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel auf. Denn, „das Grundgesetz schützt das Leben nicht um jeden Preis“. Sonst gäbe es nicht einmal den Autoverkehr.

Der Berliner Virologe Christian Drost stellte zu Beginn der Corona-Debatte in Deutschland fest, dass, sollten die strikten staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie erfolgreich sein, es viele kaum danken würden. Was der Mensch nicht unmittelbar erlebt, das existiert für ihn oft nicht. Bei Erfolg – niedrigen Pandemie-Zahlen – beginnen viele über die Einschränkungen zu murren. Theoretiker wie Agamben, Sloterdijk oder Žižek bedienen bürgerliche Unzufriedene. Die Bilder der für den Abtransport der Leichen in Nord-

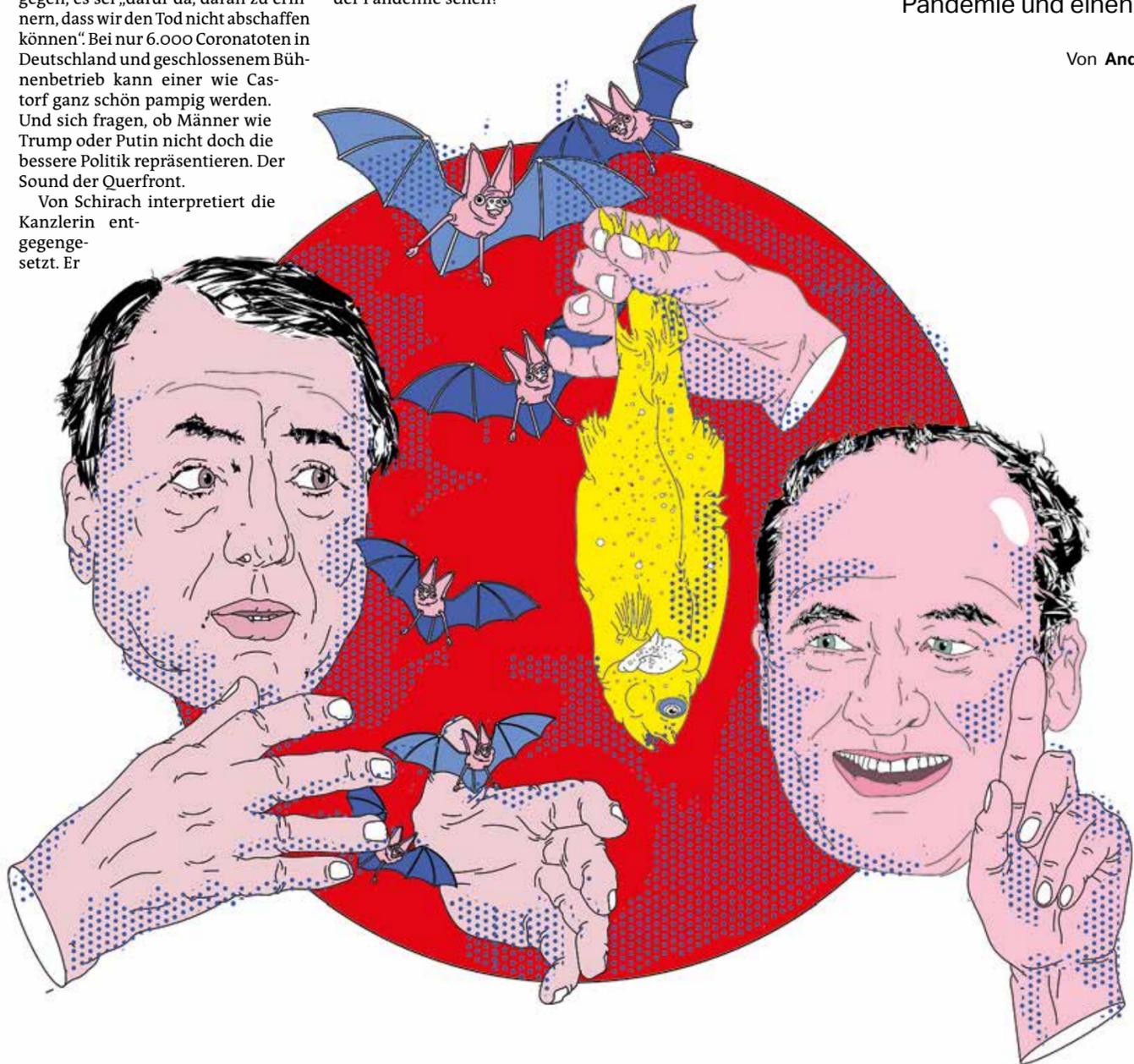
italien bereit gestellten Militärlastwagen beginnen hinter dem frischen Fühlingsgrün zu verschwinden. Statt aufgereihter weißer Kühlaster für die Toten in New York will man wieder sich öffnende Eisdiele sehen.

„Meine Erfahrung aus der DDR sagt mir, dass mir niemand vorschreibt, wie ich mich benehmen muss“, sagt der ehemalige Volksbühnen-Chef Frank Castorf im Gespräch mit Spiegel+. Er will nicht Abstand an der Fleischtheke halten und sich auch nicht die Hände waschen müssen. Von der Kanzlerin mit dem „weinerlichen Gesicht“ will er gleich gar nichts wissen. An der Spitze des heutigen Deutschlands stünden ohnehin nur Politiker, „deren Inkompetenz allen klar ist“. Das Theater hingegen, es sei „dafür da, daran zu erinnern, dass wir den Tod nicht abschaffen können“. Bei nur 6.000 Coronatoten in Deutschland und geschlossenem Bühnenbetrieb kann einer wie Castorf ganz schön pampig werden. Und sich fragen, ob Männer wie Trump oder Putin nicht doch die bessere Politik repräsentieren. Der Sound der Querfront.

Von Schirach interpretiert die Kanzlerin entgegengesetzt. Er

schätzt an ihr, dass „sie als ehemalige Bürgerin der DDR weiß, was diese staatlichen Beschränkungen bedeuten“. Und er sieht „ihr Ringen um das richtige Maß“, hebt ihre Appelle an die Freiwilligkeit der BürgerInnen hervor.

„Aus der Katastrophe erwächst etwas Neues“, könnte man mit Kluge Wutbürgern wie Castorf entgegenen. Und auf den Zusammenhang von Dystopie und Utopie verweisen, um hier mit Dante nach Kluge zu enden: „In der ‚Göttlichen Komödie‘ von Dante Alighieri, heißt es am Schluss, wenn Vergil und Dante die Hölle wieder verlassen: ‚Und wir entstieg aus der engen Mündung / Und traten vor zum Wiedersehen der Sterne.‘“ Und mit Kluge fragen: „Welche Sterne werden wir nach der Pandemie sehen?“



## Artikel 1: Bedürfnisse

Die in London lebende Schweizer Künstlerin Franziska Lantz macht Kunst und elektronische Musik, die den Klimawandel mitdenkt und Grundsätzliches in der Krise thematisiert

Von Julian Weber

Die Erde mag ja der schönste Platz im All sein, ein Wattebausch ist sie nicht, eher ein unwirtlicher Ort, an dem sich zuletzt die Katastrophen häuften: Klimaerwärmung *is real*. Die in London lebende bildende Künstlerin Franziska Lantz beschäftigt dieses Thema mehr als viele andere. Sie realisiert dazu Installationen und produziert tumultuöse elektronische Tanzmusik, die klingt wie ein Furunkel, der vor lauter Anspannung rumort. In Titeln wie „Expanding Arid Zones“ und „Forming Tropical Cyclone“ ruft Lantz’ Sound in Erinnerung, dass die Ruhe der Gegenwart trügerisch ist. „Ich drücke mich durch Klimakapriolen aus, das ist für mich interessanter, als plakative Botschaften zu machen, es gibt mir außerdem mehr kreativen Spielraum.“ Faszinierend an Lantz’ Werk ist, dass ihr Ansatz dokumentarischen Charakter hat. Es wirkt so elementar, dass man den fiktionalen Anteil fast übersieht. Was auch daran liegt, dass die Schweizerin in ihren Vorstellungswelten Alarmis-

mus nicht zur leeren Provo-Geste ästhetisiert.

„Wetter ist Inspiration für meine Musik, für die Kunst, für Materialien und Sounds. Ich achte auf die Umwelt. Mehr als andere hänge ich ab vom Klima. Das ist immer verbunden mit emotionalen Zuständen. Ich nenne es: auf die Welt hören. Vielleicht schaffe ich es so auch, andere zum Nachdenken zu bewegen.“

Lantz’ Kunstwerke bestehen aus Found-Art, Gegenständen, die die 45-Jährige bei Streifzügen entlang der Themse sammelt. Damit denkt sie sich postapokalyptische Höhlenszenen aus, wie in der Ausstellung „Heatwaves, Droughts and Heavy Rainfall“: In einem kahlen weißen Raum baumeln Knochen an einem Garderobengestell. Einst als Metzgereiabfall in den Fluss gekippt, kamen die Knochen bei Ebbe zum Vorschein. Am Boden stehen blau-gelbe Plastikkanister, umfunktioniert zu simplen Trommeln; ein Accessoire bleibt unangetastet: In der Ecke steht ein Plattenspieler. Musik spielte immer eine Rolle

bei Franziska Lantz. Als Teenagerin trommelte sie am Schlagzeug, hatte aber Bühnenangst, konnte nicht in Bands spielen. Durch den Umweg bildende Kunst hat sie dies überwunden. Heute geht Lantz virtuos mit Drummaschinen und Synthesizern um, jammt auch live. Sie jagt ihre Hardware durch Effektgeräte, verfremdet, zerstört die gerade entstehenden Sounds wieder. „Ich gebe der Klangskulptur damit eine andere Richtung. Wie bei den Gegenständen, die ich für meine Installationen einsetze, sind auch meine Töne keine ungehörten futuristischen Klänge, sondern Material, das lange am Grund des Klangzeans lag, das ich nun geborgen habe.“

Viele ElektronikproduzentInnen pushen momentan Entschleunigung, Zurückhaltung. Das ist Lantz’ Sache nicht. Ihre Musik klingt brachial, ist körperlich erfahrbar. Ihren Frontalansatz nennt die Londoneerin „Survival Techno“. Drei Alben hat sie bisher auf ihrem eigenen Label Global Warming veröffentlicht. Sehr gelungene Zeugnisse gegen Lethargie, hohle Affirmation und

blinden Konsumismus. Die Sound-Rohheit ist Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit der Umwelt. Zwischen ihrer wohlbehüteten Sozialisation auf dem Land bei Basel und ihrem Alltag in London, wohin sie 1998 zum Studieren kam und seither lebt, liegt ein himmelweiter Unterschied. „In der Schweiz war ich ständig im Freien, meine Kindheit in Beschaulichkeit war wohlbehütet. Wir waren oft im Wald. In London habe ich die Schönheit anderswo entdeckt, im Hässlichen und im Krassen. Das Toughere habe ich als Szenenwechsel gebraucht.“ Verwirrt sehen möchte Franziska Lantz in naher Zukunft gerne Artikel 1 der Erklärung der Menschenrechte. Alle Menschen sind frei und haben die gleichen Rechte. „Hier in London erlebe ich täglich, wie Menschen ihre Andersheit hervorheben, anstatt anzuerkennen, dass alle die gleichen Bedürfnisse haben.“ Egozentrik gibt es reichlich, Franziska Lantz entdeckt in ihrer Kunst etwas Größeres als nur sich selbst und appelliert unaufdringlich an das Grundsätzliche.



**Franziska Lantz** spielt beim Londoner Radio Resonance FM wöchentlich eine Session: <http://driftshift.blogspot.com>. Musik veröffentlicht Lantz auf ihrem eigenen Label: <https://globalwarmingrecords.bandcamp.com>

Nehmen wir an, die Menschheit wäre an einem tödlichen Virus zugrunde gegangen, ausgestorben. Im Misanthropozän träumt man schon mal von so was. Was würde passieren? Beobachten kann man so etwas seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: Ein menschenleeres Gebiet erweist sich für die Pflanzen- und Tierwelt als „wahres Paradies“, wie Biologen diese „Todeszone“ nennen. Was in den Nationalparks bewaffnete Wächter tun, die Störungen in der natürlichen Entwicklung der Arten verhindern, das besorgt in Tschernobyl die radioaktive Strahlung.

Unter den Insekten verursachte sie anfangs Missbildungen. Aber die unbenutzten Flächen mit Wasser, Wäldern, Wiesen wirkten wie ein Magnet auf die Pflanzen und Tiere.

Vögel und Fledermäuse hatten als Erste die 3.500 Quadratkilometer große „Sperrzone“ rekonstruiert. Aber wie wir aus den imperialistischen Kriegen wissen: Die Lufthoheit allein tut es nicht, man braucht Bodentruppen. Und die kamen auch: Rehe, Hirsche, Elche, Mäuse, Wölfe, Füchse, Biber, Fischotter, seit Kurzem auch Wisente. Und diese Tiere zogen wieder andere Tiere und Pflanzen nach sich, nicht zuletzt Insekten. Bald waren alle Nischen besetzt und die Nutzpflanzen verschwunden. In einem solchen „Schutzgebiet“ kann es nur eine „Ökologie ohne Natur“ geben, denn „die Natur“ – oder was man so nennt – wäre mit den Menschen verschwunden.

Die Idee stammt vom Philosophen Timothy Morton. In seinem gleichnamigen Buch versteht er darunter eine Menschheit, die sich mit der sie umgebenden Restnatur so innig identisch macht, dass sich der Naturbegriff auflöst. Die Entwicklung geht heute noch in die entgegengesetzte Richtung einer Auflösung der Biologie – in Physik und Chemie.

Es gibt viele von Menschen verlassene Riesenflächen. Der Philosoph Fahim Amir spricht in seinem Buch „Schwein und Zeit“ (2018) statt von einem „Pa-

radies“ von einem „ironischen Artenschutz“ – dank ABC-Waffenproduktion: Allein in den USA gibt es 3.000 damit „verseuchte Gebiete“. Ihre Entgiftung ist unfinanzierbar. Als Biologen entdeckten, dass sich dort viele Tiere und Pflanzen ansiedelten, machten sie daraus die „ironischsten Naturparks der Nation“, wo Ranger und Wissenschaftler Jobs fanden. Den Begriff prägten die im „Denver Rocky Mountain Arsenal“ der U.S. Army (dem giftigsten Ort Amerikas), auf einem Areal von 69 Quadratkilometern arbeitenden Naturschützer für das sich dort seit 1984 entwickelnde „Wildlife“.

Ein solches kann sich auch ohne Gifte und gefährliche Strahlen entwickeln, wenn die Menschen sich zurückziehen: Allein in Sibirien betrifft das weit über 15.000 Dörfer, die man teils nicht mehr sieht, weil Pflanzen sie überwucherten und Wind und Wetter sie flachlegten. Es gibt dazu eine „Schwache Dörfer – starke Wölfe“-Theorie. Überall werden Siedlungen aufgegeben. Der Stern berichtete 2019 über „Geisterdörfer, -hotels und -industrieanlagen“ – in Thüringen. An all diesen Orten entwickelt sich sofort ein reges Fauna- und Flora-Leben.

Die Elbe trennt Klimaräume: Westdeutschland ist atlantisch geprägt und Ostdeutschland kontinental. Im Grunde reicht im Osten die boreale Zone, Tundra und Steppe bis in die Mongolei. Dementsprechend waren einst auch ihre Tiere und Pflanzen verbreitet. Als das ZDF einen Film über die Wolga drehte, verpflichteten sie Wladimir Kaminer, etwas mehr Russisches in den Film zu bekommen, denn: „Die Landschaft ist zwar wunderschön, aber exotische Tiere kann die mittlrussische Ebene nicht bieten. Die Fauna an der Wolga ist den Deutschen gut vertraut, Wildschweine und Elche, Biber und Schildkröten, Adler, Mäuse und viele Mücken. Das einzige Tier, das es nur an der Wolga gibt, ist der Desman: ein Wassermaulwurf.“ Er wurde wegen seines Fells stark verfolgt, nun aber, ohne Menschen, wird er sich langsam bis an die Elbe verbreiten – und darüber hinaus. Es gibt noch eine Wassermaulwurf-Art in den Pyrenäen,

# Wo sich Luchs und Wisent Guten Tag sagen

Wenn das Zeitalter der Menschen zu Ende ist, beginnt ein neues. Und das wird gar nicht so apokalyptisch, wie man es sich vorstellen mag. Zumindest aus Sicht der Tiere

Von Helmut Höge

sie waren einst wohl über ganz Europa verbreitet.

An der Eismeerküste und auf den arktischen Inseln hatten die Sowjets Moschusochsen aus Alaska angesiedelt, kürzlich auch noch eine kleine Bisonherde. Diese würden sich langsam – wie die Rentiere – nach Westen ausbreiten. Ebenso die Braunbären, die es sich im Winter in verlassenen Häusern gemütlich machen.

Andere Tiere, wie Rehe, Hirsche, Wildschweine und Wisente, hat der Mensch in den Wald und zu einer nächtlichen Lebensweise gezwungen. Sie würden auf den Agrarflächen und Parkanlagen wieder ans Tageslicht kommen, denn hier können sie ihre Fressfeinde – Wölfe, Luchse, Vielfraße und Bären – schon von Weitem wahrnehmen.

Wegen der Pandemie hungern derzeit die Stadttiere, denn es fallen nicht mehr so viele Lebensmittelreste ab. Die Dohlen ernähren sich in Berlin schon in normalen Zeiten schlecht: Zwar finden sie genug Kohlehydrate (Brot), aber sie brauchen für die Aufzucht Eiweiß (Insekten, Würmer). Die Sterberate der in der Stadt geborenen Jungen liegt bei 70 bis 100 Prozent, auf dem Land nur bei 25 Prozent. Bei den Krähen in New York ist es anders, sie fressen zu viel Eiweiß und Fett (Hamburgerreste), weswegen sie einen zu hohen Cholesterinspiegel haben.

Wenn die Städte ausgestorben sind, wird sich das ändern, die verwilderten Haustaube werden höchstwahrscheinlich verschwinden, aber die Dohlen werden in den Häusern mit zerbrochenen Fenstern und in den geborstenen Kirchtürmen sicherlich genug Nistplätze finden – und, da die Insekten wieder mehr werden, auch auf alle Fälle genug Nahrung für ihre Jungen. Siebenschläfer, Marder, Waschbären, Marderhunde, Ratten, Fledermäuse und Mauereidechsen ziehen an und in die fast unverwüsthlichen Plattenbauten. Ähnliches gilt für Schwalben. Zürcher Stadttierforscher erklären sich das derzeitige Verdrängen der Schwalben durch die Mauersegler damit, dass diese „moderner“ als die Schwalben sind. In zerfal-

lenden Städten könnte es aber wieder umgekehrt kommen.

Zoologen gehen derzeit davon aus, dass von allen Raubkatzen nur die Hauskatzen überleben werden. Ohne Menschen würde jedoch das Gegenteil eintreten: Die kleinen Katzen werden von größeren Raubkatzen und von großen Raubvögeln gefressen. Die Haushunde schließen sich dagegen zu Rudeln zusammen und beanspruchen ganze Straßenzüge. So etwas ist in Moskau schon jetzt der Fall. In Italien hat man festgestellt: Ihre Reviere sind um Müllhalden zentriert, etwa 57 Quadratkilometer groß, die Reviere der Wölfe umfassen rund 285 Quadratkilometer. Dafür verlagern sich die Reviere der Hunde, wenn sich eine neue Nahrungsquelle auftut, und gelegentlich unternehmen sie Streifzüge über die Grenzen ihres Reviers hinaus.

In Berlin wird es also wahrscheinlich die „SO36-Boys“ und die „Wedding-Gang“ weiterhin geben. Die Biber werden derweil ganze Kieze wiedervernässen, und Holzbockkäfer zusammenscharen mit Birken die Dächer der Bürgerhäuser zum Einsturz bringen.

Sind die Städte ausgestorben, werden die Dohlen in den geborstenen Kirchtürmen ihre Nistplätze finden

Die menschengemachte Klimaerwärmung wird sich erledigt haben, aber man muss wohl damit rechnen, dass die afrikanischen Großtiere irgendwann erneut nach Europa vordringen. Gewiss ist, dass einige noch laufende Atomkraftwerke – ohne Menschen – explodieren und beim Zerfall von Fabriken jede Menge Gifte frei werden, wobei etliche Ausbreitungsversuche von Pflanzen und Tieren Rückschläge erleiden.

Aber das macht nichts, denn es verhindert auch die erneute Ansiedlung menschenähnlicher Arslöcher – von anderen Planeten.



Von Erica Zingher

**M**anchmal braucht es eine Krise, um zu verstehen, was zählt. Wer krank wird, weiß gute Versorgung mehr zu schätzen. Wer keine Freund\*innen treffen darf, entdeckt den Wert von Umarmungen. Leere Supermarktregale zeigen, wie wichtig die sind, die sie auffüllen. Ärzt\*innen, Pflege- und Supermarktpersonal, sie alle sind nun „systemrelevant“. Waren sie natürlich schon vorher. Aber wer hätte das schon so genannt?

Und Journalist\*innen? Auf ihre Art ebenfalls relevant – da, wo sie recherchierten, aufdeckten, kommentierten, und zwar nicht nur an den großen Medienstandorten, sondern überall im Land. Aber oft wurden sie nicht als unabdingbar wahrgenommen fürs Funktionieren der Demokratie. Beachtet wurden stattdessen: Abos und Anzeigen.

Nun erleben wir ein Paradox. Die Nachfrage nach seriösem Journalismus, der informiert und einordnet, steigt. Aber die Anzeigenerlöse, die ihn mitfinanzieren, sinken oder bleiben ganz aus. Vor allem im Lokalen. Die großen überregionalen Titel werden klarkommen. Aber was ist mit der Vielfalt in der Breite?

Erkundigt man sich in diesen Tagen in den Redaktionen über ihre Situation, hört man einerseits Jubel in Häusern wie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die von Wachstum „um 80 Prozent“ bei digitalen Zugriffen spricht, andererseits große Besorgnis bei Lokalblättern. Die kleinen sind besonders betroffen, wie die *Neue Rottweiler Zeitung*, ein unabhängiges Gratisblatt, von einem Verein getragen. Ende März wurde die Printausgabe eingestellt. Andere Lokalblätter haben ihre Seitenzahlen minimiert oder die Redaktionen in Kurzarbeit geschickt.

Ende März veröffentlichte der Chefredakteur der *Main-Post*, Michael Reinhard,

einen Text in seinem Blatt, einer Regionalzeitung mit Sitz in Würzburg, Auflage 115.000. „Wir über uns“, so der Titel, und: „Nie war es wichtiger, die Menschen seriös zu informieren.“ Kein\* Chefredakteur\*in hatte in der Krise bis dahin so transparent aufgeschrieben, was die Lokalzeitungsbranche umtreibt: Reinhard sprach über Werbeverluste in Höhe von 80 Prozent. Als eine der ersten Zeitungen schickte die *Main-Post* ihre Redaktion im April in Kurzarbeit. Zwischen 50 und 70 Prozent werde in manchen Ressorts nur noch gearbeitet, sagt Reinhard der taz. Mit dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben verschwand auch der klassische Terminjournalismus: Empfang beim Bürgermeister. Die neue Rathausglocke wird eingeweiht. Ein Verein feiert sein 100-jähriges Bestehen. Derlei Termine füllen normalerweise verlässlich die Lokalzeitungsseiten.

Die Krise offenbart Widersprüche des derzeitigen Systems Zeitung: Während der Bedarf nach gutem Journalismus steigt, schicken Verlage ihre Redaktionen nach Hause. Dabei könnte es ganz anders sein. Die Lokalzeitungen könnten die großen Profiteure der Krise sein. Das sieht jedenfalls Hannah Suppa so, Chefredakteurin für Digitale Transformation der Madsack-Mediengruppe. Suppa kümmert sich bei dem Medienkonzern um die Entwicklung einer digitalen Strategie für die Regionaltitel, entwickelt Strukturen und Arbeitsabläufe für Lokalzeitungsredaktionen, um sie stärker ins Digitale zu rücken. Die Coronakrise spiele vor allem direkt vor Ort, sagt sie. „Es ist eine Hoch-Zeit für den Regionaljournalismus – weil viele Leser wiederentdecken, welchen Mehrwert unsere Arbeit für ihr Leben hat.“

In einer Krise wie dieser interessiert das Unmittelbare besonders: Wie viele Infizierte gibt es in meiner Stadt, in meinem Landkreis? Was ist erlaubt? Welche Anlaufstellen gibt es in meiner Umge-

bung? „Das sind die dringenden Fragen, die die Menschen gerade haben – und die wir als Regionalmedien beantworten“, sagt Suppa. Und: Was heute bundespolitisch debattiert wird, wird morgen regional und lokal umgesetzt – oft sehr unterschiedlich. Das Informationsbedürfnis sei deshalb sehr groß, sagt Suppa. Genau da müssten Lokalmedien ansetzen. „Wir leben in der Region, genauso wie die Menschen, für die wir da sind“, sagt Suppa. Lokalmedien wissen, was die Menschen betrifft. Wissen sie das zu nutzen, können sie wieder zur lokalen Plattform für eine Region werden.

Die Madsack-Mediengruppe besitzt zahlreiche Lokaltitel wie die *Hannover-*

schon lange für das Unternehmen gearbeitet habe: eine digitale Transformation. Ist es so einfach?

Sicher ist: der Regional- und Lokaljournalismus ist nicht erst neuerdings in der Krise. Seit Jahrzehnten diskutiert die Branche Strategien und Ideen, um relevant und finanziert zu bleiben.

*Main-Post*-Chefredakteur Reinhard sagt: „Was wir in der Coronakrise lernen, wollen und müssen wir auf jeden Fall beibehalten.“ Für die Zeitung heiße das: weniger Terminjournalismus, mehr eigene Recherchen und politische Themen. Die Coronakrise hat klassische Ressortstrukturen aufgeweicht, Reporter\*innen arbeiteten deshalb vermehrt themen-

# Blatt ohne Papier, Zeitung mit Zeit

Solange es uns Menschen aber noch gibt, brauchen wir unabhängigen Journalismus. Und zwar in der Breite. Glück im Unglück: die Krise zwingt Verlage schon jetzt zum Umdenken

*sche Allgemeine Zeitung, Ostsee-Zeitung und Leipziger Volkszeitung.* Die seien von der Coronakrise betroffen wie viele andere in der Branche, sagt Suppa. Dennoch gibt sich Suppa in ihrem Bereich optimistisch. „Es zeigt sich, dass die Anstrengungen, die wir in den letzten Jahren in der digitalen Transformation unserer journalistischen Marken unternommen haben, sich in dieser Krise auszahlen“, sagt Suppa. Dank eines digitalen Abomodells, das Madsack vergangenes Jahr eingeführt hat, könnten Inhalte jetzt viel einfacher monetarisiert werden. Die Coronakrise habe beschleunigt, woran Suppa

orientiert. „Wir planen Themen, und daraus wird auch eine Zeitung gemacht, aber wir planen nicht mehr von der Zeitung aus.“ Die Zukunft des Lokaljournalismus liege nicht in der Papierzeitung. Vielmehr müsse man sich „als regionale Inhalte-Ersteller für relevante Themen“ verstehen – egal ob diese dann im Print, im Netz oder im Podcast landen.

Einen Masterplan haben beide nicht. Aber vielleicht ist die Utopie des Lokaljournalismus ganz simpel: einer, bei dem kritische und investigative Geschichten im Zentrum stehen – und nicht das Medium, das sie transportiert.

## Allianz der Leseratten

Der Bedarf an unabhängigem Journalismus ist groß genug. Bloß das System muss sich daran anpassen

Ein Missverständnis hält sich hartnäckig. Das lautet: Wer eine Zeitung erwirbt, bezahlt für das, was darin geschrieben steht. Das ist – zumindest in diesem absoluten Tauschverhältnis – nicht richtig. Denn zum einen bezahlt die Zeitungsläserin ja noch Papier, Herstellung, Druck und Vertrieb – Nebenkosten, die gerade tendenziell steigen. Und zum anderen ist dieser „gute Journalismus“, für den die Läserin ihren Abo- oder Stückpreis hergibt, nicht eins zu eins das, was in Textform vorliegt. Die Läserin zahlt Recherchen mit, die

ins Leere laufen. Sie zahlt die Stunden, die jemand im Archiv verbracht hat, um einen Satz zu factchecken, der dann gestrichen wird. Recherchen, die Wochen dauern, obwohl man die Seite ebenso in einem Tag mit ungefährem Halbwissen füllen könnte.

Sprich: Güte und Qualität von Journalismus haben rein gar nichts mit Anzahl der Seiten und Menge der Zeilen zu tun. Heißt: Wer Journalismus verlegt, investiert einen Haufen Kohle in Arbeit, die sich nie in konsumierbares Gut übersetzt.

Heißt leider auch: Wer eine Zeitung kauft, bezahlt dafür in der Regel zu wenig.

Deshalb gibt es ja seit jeher Geschäftsmodelle, um die Einnahmen hereinzuholen, die man nicht den Leser\*innen aufbürden möchte. Im Journalismusmodell des 20. Jahrhunderts sind das die Anzeigen. Meistens. Bisweilen zahlten auch die reichen Verleger\*innen drauf, um ihrer politischen Stimme Gewicht zu verleihen oder sich philanthropisch hervorzutun. Staatliche Presseförderung gibt es eben-

falls in einigen Ländern schon seit Langem.

Wenn jetzt in der Pandemie die Anzeigenerlöse wegbrechen, dann ist das die radikale Beschleunigung eines Trends, der vor Jahrzehnten begann. Katastrophe im Schnellvorlauf. Anzeigenpreise sinken, andere Medien sind längst attraktiver für Werbenende als die Tageszeitung. Das kann und muss beunruhigen, denn ohne diverse Presse in Stadt und Land keine funktionierende Demokratie. Wo nicht zumindest zwei unabhängige Nachrichtenunterneh-

men konkurrieren, ist Nährboden für Korruption und Apathie.

Doch muss man sich vor Augen führen, wer alles Interesse an einem unabhängigen Journalismus hat: nicht nur Leser\*innen und werbende Unternehmen. Auch die Zivilgesellschaft – NGOs, Verbände, Initiativen, die auf öffentliche Informationsflüsse angewiesen sind. Internetkonzerne, wegen der Fakenews. Und auch der Staat, der den politischen Willensbildungsprozess ermöglichen soll.

Natürlich müsste die Finanzierung der Presse durch solche

Akteur\*innen transparent und demokratisch organisiert werden, damit Einflussnahme ausgeschlossen ist. Das gilt für den Staat als Geldgeber ebenso wie für den Umweltverband oder die Mäzenin. Aber zumindest ist klar: Es gibt genug „Abnehmerinnen“ für das „Produkt“ unabhängiger Journalismus. Die Zeitung ist nicht in der Krise. Sondern ihr Finanzierungsmodell, das sich an Lesende und Werbenende krallt. Die vorgespulte Katastrophe könnte den Schub geben, das System neu zu denken.

Peter Weissenburger



# Gesundheit global ist machbar. Vier Vorschläge zur **Genesung** der Welt

International koordinierte Versorgung für alle statt Nothilfe. Medizinische Güter als Gemeinwohl statt Patentschutz. Demokratisierung statt Marktlogik. Nord-Süd-Kooperation statt Braindrain und Ausbeutung. Das wären die Eckpunkte einer neuen globalen Gesundheitsordnung

Von **Tine Hanrieder**

Die globale Gesundheit ist nicht erst seit der Covid-19-Pandemie in der Krise. Dies lässt sich an Statistiken zu weltweitem Hunger, zur Kindersterblichkeit und Lebenserwartung in Subsahara-Afrika oder auch am akuten Mangel vieler Länder an Gesundheitsfachkräften ablesen. Auch die Ungleichheiten innerhalb von Ländern sind eklatant, zum Beispiel zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in den USA oder zwischen Gruppen mit verschiedenem sozioökonomischem Status in Europa. Nun, da die Pandemie diese Zustände dramatisch verschärft, stellt sich wieder die Frage, welche Gesundheitspolitik eigentlich wünschenswert wäre.

So viel vorweg: Dabei sollte nicht zu eng gedacht werden. Ohne grundlegende Änderungen der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse weltweit wird es nicht gehen. Dazu zählen beispielsweise die universelle soziale Grundsicherung, die Gewährleistung des Rechts auf Wasser und auf Nahrung, die Stärkung von Minderheiten- und Frauenrechten oder ein fairer Welthandel. Dies sind einige der wesentlichen sozialen und politischen Determinanten von Gesundheit.

Doch nicht zuletzt unterstreicht die Krise, was ebenfalls längst bekannt war: Die Ordnung der globalen Gesundheit ist gelinde gesagt reparaturbedürftig. Sie ist von einer ungunstigen Mischung aus nationalen Egoismen, bestürzenden Akten der Selbstentmachtung von Staaten gegenüber privatwirtschaftlichen Partikularinteressen und von häufig neokolonialen Verhältnissen in der Nord-Süd-Kooperation geprägt.

Eine Wunschliste für eine faire und lebenswerte Weltgesundheitspolitik müsste also noch viel länger ausfallen, als es hier möglich ist. Doch vier wichtige Bereiche seien im Folgenden skizziert.

Erstens gehört dazu der Aufbau starker Gesundheitssysteme, die für alle gleichermaßen zugänglich sind. Sogar viele wohlhabende Staaten machen hier ihre Hausaufgaben nicht oder nur zum Teil – denken wir nur an die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten, auch in Deutschland. Doch noch schlimmer trifft es Länder mit niedrigem Einkommen, die auf internationale Zuwendungen angewiesen sind. Diese kommen insgesamt zu wenig und zu unregelmäßig, und überdies haben sie meist die Form krankheits-spezifischer Sonderprojekte – ein Labor für dies, eine Impfkampagne gegen jene.

Viele Projekte, die den Einsatz neuer Technologien zum Hauptrezept machen, schreiben von vornherein die Aussicht auf stärkere Gesundheitssysteme ab und stellen sich geradezu zynisch auf chronische Notversorgung ein. Noch dazu sind die Empfänger in der Pflicht, internationale Zuschüsse mit eigenen, nationalen Mitteln „nachhaltig“ zu machen und damit ihre Gesund-

heitspolitik den Prioritäten der unzähligen Geber anzupassen.

Ist es zu verwegen, sich zu wünschen, dass diese Geber sich bindend verpflichten, ihre Investitionen verlässlich zu gestalten und in den Dienst nationaler Gesamtkonzepte zu stellen? Und sich dabei einer verbindlichen Koordinationsinstanz unterzuordnen? Sodass beispielsweise Technologien, Personal und Ausbildungswege so gestaltet werden, dass sie neben der internationalen Pandemieabwehr für die vielen anderen drängenden Probleme der Empfängerländer zumindest einen Nebenutzen haben? Und wie

ger wirken. Es scheitert ebenso in Bezug auf fairen Zugang zu Arzneimitteln, wenn lebenswichtige Wirkstoffe immer wieder hinter Patentmauern verschwinden.

Freiwillige Patentpools und Arzneispenden, wie sie in der aktuellen Krise debattiert werden, sind bestenfalls die karitative Notlösung. Die kommt bestenfalls da zum Einsatz, wo der öffentliche Druck besonders hoch ist. Dabei haben Forschende und zivilgesellschaftliche Netzwerke längst eine Reihe von Modellen entwickelt, mit denen sich die Forschung und Entwicklung vom Patentsystem entkoppeln lässt, im

Community-Health-Arbeiterin in Pretoria über die Hygienekraft in Madrid bis hin zur Ärztin in Paris, stärker mitbestimmen zu lassen. Diese Menschen werden heute gefeiert. Damit sie morgen nicht wieder vergessen werden, brauchen sie Einfluss. In einer Welt, in der siebzig Prozent aller Gesundheitsarbeiterinnen Frauen sind, wäre dies auch ein Schritt hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Schließlich, viertens, eine Entkolonialisierung der globalen Gesundheit. Die vielen Forschungsinitiativen und internationalen Partnerschaften, mit denen reiche und arme

„

**Gelinde gesagt ist die Ordnung der globalen Gesundheit reparaturbedürftig. Geprägt ist sie von einer ungunstigen Mischung aus nationalen Egoismen, bestürzenden Akten der Selbstentmachtung von Staaten gegenüber privatwirtschaftlichen Partikularinteressen und von häufig neokolonialen Verhältnissen in der Nord-Süd-Kooperation**

ist das zu schaffen, ohne wieder bei Absichtserklärungen zu verbleiben oder einfach eine weitere Organisation dem bestehenden Institutionenwarrir hinzuzufügen? Bei aller Kritik an mancher Entscheidung oder Strukturschwäche: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Anlaufstelle der Gesundheitsministerien aller Länder sollte hierbei eine zentrale Rolle spielen.

Zweitens steht auf dieser Liste eine Entkoppelung der Produktion öffentlicher Güter – wie Medikamente, Tests, medizinische Hilfsmittel – vom Patentsystem. Dass das globale Regime für intellektuelles Eigentum mit seinem starkem Monopolschutz nicht funktioniert, ist keine Neuigkeit. Dieses System scheitert erstens bei der Gesundheitsvorsorge, etwa wenn keine neuen Antibiotika produziert werden, obwohl die alten immer weni-

Sinne des Gemeinwohls. Die Zeit ist überreif, diese Modelle in der Praxis zu erproben.

Drittens gehört die Demokratisierung der Gesundheitswirtschaft auf die Liste. In vielen Ländern versuchen Regierungen bereits, privatisierte Gesundheitseinrichtungen wieder in die öffentliche Pflicht zu nehmen, etwa in Spanien oder Irland. Gerade wird vielerorts das Ausmaß sichtbar, in dem private Ausgliederungen und Rentabilitätsmodelle den Gesundheitssektor ausgehöhlt haben. Wird uns die Krise dauerhaft an die öffentliche Verantwortung für Gesundheit gemahnen – national wie international?

Demokratisierung hieße dabei nicht nur, auf Marktversagen mit öffentlicher Gesundheitspolitik, von der nationalen bis zur Gemeindeebene, zu reagieren. Sie hieße auch, Gesundheitsarbeiterinnen, von der

Länder gemeinsam Gesundheit verbessern wollen, haben zwar oft den Anspruch, lokale Kapazitäten aufzubauen. Die globale Hilfsmaschinerie verstetigt aber immer noch Wissensmonopole in den reichen Ländern, abgesichert durch Elite-Institute, Patente, und Produktionskapazitäten. Hinzu kommt eine unzureichend gesteuerte Fachkräfteabwanderung in der Forschung und in der Primärversorgung etwa mit Krankenschwestern und Pflegekräften.

Dass die Kompensationen für diesen Braindrain von Süd nach Nord nicht ausreichen, können wir jetzt live beobachten. In einer besseren globalen Gesundheitswirtschaft hätten die vielen Menschen in aller Welt, die etwas für die Gesundheit bewegen wollen, auch die Möglichkeit, das zu guten Bedingungen dort zu tun, wo sie am meisten gebraucht werden.



**Tine Hanrieder** leitet die Forschungsgruppe „Globale humanitäre Medizin“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Utopie?  
Ihr spinnt!

Für die Ärmsten gibt es kein „nach Corona“

Aus Kigali  
**Simone Schindwein**

Kurz bevor die Müllabfuhr anrückt, wühlen sich Kinder durch den Abfall. Sie suchen nach Lebensmittelresten. Ein barfüßiger Junge findet etwas und läuft davon, da wird er von den anderen gefasst und verprügelt.

In vielen afrikanischen Gesellschaften wie hier in Ruanda zeigt sich derzeit: Die Zivilisation ist nur drei Mahlzeiten von der Anarchie entfernt. Und die städtische arme Bevölkerung, die von einem Tag auf den anderen lebt und durch die Ausgangssperre von heute auf morgen ihren Tageslohn verloren hat, kämpft nun nach acht Wochen Coronakrise ums nackte Überleben.

In Deutschland machen sich derzeit viele Gedanken, wie sie die Coronakrise als Chance für eine bessere Welt betrachten können. Die Deutschen fordern Lockerungen, sie wollen ihren Sommerurlaub planen. Doch das ist reines Luxusdenken, ermöglicht durch Soforthilfen, Kurzarbeitergeld und Ersparnisse. Nur wer sich nicht fragen muss, wie er den Tag übersteht, kann sich über die Zukunft Gedanken machen.

Europa sieht Licht am Ende des Coronatunnels. Afrika steht derweil angeblich noch ganz am Anfang. In düsteren Prognosen ist von zehn Millionen Toten und Leichenbergen auf den Straßen die Rede. Das hat Angst gemacht. Und es führte dazu, dass die meisten Afrikaner in Anbetracht ihrer maroden Gesundheitssysteme sämtliche radikalen Maßnahmen ihrer Regierungen akzeptiert haben.

Tatsächlich sind die Corona-Todeszahlen in Afrika im Vergleich zu Europa oder den USA sehr niedrig. In Ruanda, Uganda und Kenia starben mehr Menschen durch Polizeigewalt im Rahmen der Ausgangssperre als durch das Virus. Doch jetzt kommt die Phase, in welcher viele nicht an Covid-19, sondern an Hunger und Mangelerscheinungen zugrundegehen.

Was als Krise der reichen Elite begann, die das Virus aus dem Ausland einschleppte, wird nun zur Krise der Armen – und damit der Mehrheit. Milliarden von Menschen auf der Welt haben keine finanziellen Reserven, um überhaupt Reis und Bohnen zu hamstern, geschweige denn Klopapier. Mütter müssen jede Erbse zählen, die sie ihren Kindern vorsetzen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden die Ärmsten noch weiter in die Armut stürzen. Die Schere zwischen Arm und Reich wird noch weiter auseinanderklaffen, in allen Bereichen. Schulunterricht via Internet kommt nur für Kinder der betuchten Oberklasse in Frage, die teure Privatschulen besuchen. Kinder armer Eltern, in deren öffentlichen Schulen es nicht einmal Glühbirnen gibt, müssen sich durch den Müll wühlen – ihnen fehlt jetzt die einzige warme Mahlzeit des Tages, die ihnen sonst die Schule hinstellt. Das ist die Realität.

Es ist überraschend: Da wird über Lohnhöhen, Sozialbeiträge, Verbraucherpreise immer wieder erbittert politisch gestritten. Und dann reicht ein unsichtbares Virus, und schon sind Millionen von Menschen bereit, eine Weile auf Klamottenkäufe, Urlaubsreisen und Restaurantbesuche zu verzichten. Alles ist anders, wenn das eigene Leben oder das der Liebsten bedroht sein könnte. Das kann auch eine gute Nachricht für die Sozialpolitik sein.

Denn die Coronakrise hat gezeigt: Nichts geht mehr, wenn es nicht genug Pflegepersonal gibt. Das betrifft auch die Altenpflege. Es existiert in Deutschland kein Rechtsanspruch auf einen sofortigen Pflegeplatz im Heim und auch nicht auf schnelle Hilfeleistung durch nahe ambulante Dienste. Heime führen Wartelisten, ambulante Dienste auf dem Land lehnen wegen Personalnot Aufträge ab. Pflegende Angehörige sind an ihrer Belastungsgrenze angelangt, wie sich erst recht mit den Corona-Beschränkungen zeigte.

Pflegende benötigen mehr als Applaus auf dem Balkon. Um den Beruf attraktiv zu machen, brauche es „nachhaltige Entlastung bei den Arbeitsbedingungen“, erklärte Christel Bienstein, Präsidentin des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK).

Ansonsten könnte sich der Mangel an professionellen Pflegekräften dramatisch verstärken und die Altenbetreuung wieder vor allem an überlasteten Angehörigen hängen oder alleinstehende Gebrechliche sogar unterversorgt bleiben. Es ist eine Illusion zu

Wer den Urlaub billiger gestaltet und dadurch gut 200 Euro spart im Jahr, hat als DurchschnittsverdienerIn die Abgabe quasi schon in einem Rutsch finanziert.

17 Euro, das ist ein halbes Prozent von einem Bruttolohn von 3.379 Euro. 3.379 Euro brutto: das ist laut Statistik der Rentenversicherung das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitsentgelt. Wenn man von den Bruttoentgelten in Deutschland ein Prozent mehr abgeben würde in die Pflegeversicherung, wovon der Arbeitgeber die Hälfte übernehmen müsste, dann käme man auf einen erfreulichen Betrag an Mehreinnahmen. 0,1 Prozent vom Bruttoentgelt mehr machen 1,6 Milliarden Euro, hat das Bundesgesundheitsministerium vorgerechnet. Ein ganzer Prozentpunkt mehr wären also 16 Milliarden Euro mehr im Jahr für die Pflege. Das ist viel.

Würde man die Summe teilen, könnte man von der einen Hälfte 167.000 PflegehelferInnen mit einjähriger Ausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung bezahlen. Mit der an-

deren Hälfte könnte man 150.000 examinierte Altenpflegefachkräfte finanzieren. Bei dieser zugegeben etwas schematischen Rechnung handelt es sich nicht um Billiglöhne, es wurde das Arbeitgeberbrutto aus dem aktuellen Tarif der Caritas in Bayern und Baden-Württemberg zu Grunde gelegt. Eine Pflegehelferin mit mehrjähriger Berufserfahrung verdient danach 2.800 Euro brutto im Monat, eine examinierte Pflegerin erhält 3.000 Euro.

317.000 Pflegekräfte mehr, in Vollzeit gerechnet, würden die Branche wie von Zauberhand verwandeln. Die Altenpflege beschäftigt derzeit im stationären und ambulanten Bereich etwas über eine Million Menschen, davon nur ein gutes Viertel in Vollzeit. Mit einem so deutlichen Aufwuchs an Personal gäbe es mehr Pflegeplätze, bessere Personalschlüssel, mehr Zeit für jede PatientIn – der Beruf wäre schlagartig attraktiver, vorzeitige Berufsausstiege gebannt, man könnte hoffen, dass mehr junge Leute den Beruf ergreifen.

Insgesamt 141 Minuten pro BewohnerIn und Tag müssten eigentlich im Schnitt an Pflegezeit zur Verfügung stehen, hat ein Bericht der Universität Bremen zur Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege kürzlich ergeben. Tatsächlich aber stehen nur 99 Minuten an Pflegezeit zur Verfügung, wovon 27 Minuten für Organisations- und Vorbereitungszeit draufgehen. „Die Einrichtungen arbeiten wahnsinnig gehetzt“, stellte Studienleiter Heinz Rothgang fest.

Mit mehr Zeit könnten die PflegerInnen die BewohnerInnen schon beim Waschen „basal stimulieren“, also umsichtig berühren und massieren. Sie könnten rascher die Vorlagen wechseln oder sie zum Toilettengang führen, wenn die SeniorInnen klingeln. Sie könnten ihnen beim Essen und Trinken mehr helfen, sie könnten länger mit ihnen reden. Sie könnten sie ins Grüne schieben, wenn das Wetter schön ist. Die Pflegetätigkeit wäre angenehmer und nicht so auf das „Ausscheidungs-

management“ fixiert.

Ein Prozent mehr an Beitrag für die Pflegeversicherung würde eine Beitragserhöhung von heute 3,05 Prozent (Kinderlose: 3,30 Prozent) auf dann 4,05, beziehungsweise 4,30 Prozent vom Bruttoentgelt bedeuten, die Hälfte davon finanzieren die Arbeitgeber. Auch Leute in der privaten Pflegepflichtversicherung müssten mehr zahlen. Nur mal zum Vergleich: Im Jahre 1995, zu Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, stieg der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung für einige Jahre auf 6,5 Prozent.

Ein halbes Prozent weniger Nettolohn im Monat, vielleicht wäre das doch ein geringes Opfer angesichts des Risikos, das wir haben: Fast jeder vierte der 80- bis 85-Jährigen, fast die Hälfte der 85- bis 90-Jährigen wird zum Pflegefall, sagt die Pflegestatistik. Viele von uns erleben die größte Herausforderung nicht am Anfang oder in der Mitte, sondern erst am Ende ihres Lebens.

## Eine Billigklamotte weniger statt Applaus vom Balkon

Der Solidarität für die Pflege während Corona ist eine Chance: Mit etwas weniger Nettogehalt für alle könnten wir die Care-Branche grundlegend verbessern

Von Barbara Dribbusch

Für eine bessere Pflege reicht der Verzicht auf 17 Euro im Monat. Das ist ein halbes Prozent vom Durchschnittslohn

glauben, dass genügend ausländische Arbeitskräfte das „Ausscheidungsmanagement“, wie der Umgang mit Fäkalien im Wissenschaftsdeutsch heißt, für die alternden Wohlstandsnationen schon irgendwie übernehmen werden. Der Spracherwerb ist eine Hürde, die Zugänge aus dem Ausland in die hiesige Altenpflege sind begrenzt.

„Es wäre schön, wenn die Kranken- und Altenpflege gesellschaftlich aufgewertet wird, so wie es jetzt auch durch die Coronakrise der Fall ist. Das würde auch die Attraktivität des Berufes steigern“, sagt Anja Sakwe Nakonji, Geschäftsführerin des Consultingunternehmens Terranus, das Pflegeeinrichtungen berät. Doch wie kann die Aufwertung erfolgen?

Die Lösung liegt vor unserer Nase. Es reicht, sagen wir, der Verzicht auf zum Beispiel 17 Euro im Monat. Das ist eine Bluse weniger, irgendeins dieser Stücke mit viel Polyester, die man zwar kauft, aber kaum trägt. 17 Euro, das kann dann im nächsten Monat der Verzicht auf ein Schnitzel samt Bier im Restaurant sein.



## Solidarität ist kein Pfeiler, sondern Luxus

Unser Autor ist Pfleger – und erschöpft. Er macht sich keine Hoffnung, dass die Wertschätzung für soziale Arbeit lange andauern wird

Müde bin ich, so müde. Und noch müder werde ich, wenn ich an die Zukunft denke. Was ich neben dem Schreiben außerdem bin: Pfleger in einer Wohneinrichtung und angehender Sozialarbeiter.

Ich erwarte täglich einen Krankheitsausbruch in meiner Einrichtung. Ich erwarte nicht, dass es weniger grauenhaft wird als in anderen Einrichtungen. Ich erwarte, Tote und Sterbende zu erleben. Ich hoffe, selbst ausreichend für Schutz gesorgt zu haben und – Glück zu haben.

Ich erwarte eine baldige Rezession und damit auch eine Beschneidung finanzieller Mittel im Sozialen. Damit einhergehend erwarte ich eine Verschärfung der Professionalisierungsdebatte.

Soziale Arbeit soll effektiver und messbarer werden, das heißt mehr Bürokratie, mehr Hierarchie. Das wird zulasten der Menschen gehen, die Hilfe brauchen. Und diese Menschengruppe wird größer werden. Von den Sozialarbeiter:innen wird nur wenig Widerspruch kommen: An den Hochschu-

len wird das Professionalisierungsdogma schon seit Jahren gelehrt. Einige wenige im Sozialen werden sich politisieren und dann mangels Strukturen in der großen Normalisierungsmühle, die das Sozialwesen ist, aufgeraucht werden.

Ich erwarte schon für die nahe Zukunft einen Exodus der Mitarbeiter:innen, die in den Krisenzeiten am engagiertesten waren.

Insgesamt erwarte ich eine noch stärkere sozialdarwinistische Ausrichtung des Diskurses. Es wird sehr viel mehr über die

Rettung des Wirtschaftssystems gesprochen als über die Rettung von Menschenleben. Die Infektionsrate auf unter 1 zu senken geschieht mit dem Ziel, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten, über eine Ausrottung des Virus wie in Neuseeland wird nicht einmal nachgedacht. Eine Gesellschaft zu entwickeln, die die Menschen vor Ansteckung schützt, wird, wenn überhaupt, nur am Rande diskutiert. Dass auch bei einer Infektionsrate von 1 viele Menschen an dem Virus sterben werden, wird einfach hingegenommen: wer stirbt,

war ohnehin nicht zu retten, wird es heißen.

Ich erwarte, dass der bereits tief verankerte Fatalismus im Sozialen weiter um sich greift. Und ich erwarte, dass sich noch mehr Pflegende diesem Fatalismus entziehen, indem sie sich in eine unpolitische, obskurantistische Traumwelt von Verschwörungstheorien, Esoterik und rechtslastiger Propaganda flüchten.

Ich glaube nicht, dass es eine Covid-19-Krise gibt. Das, was wir jetzt erleben, zeigt die viel tiefer liegende Krise: nämlich

dass Solidarität in dieser Gesellschaft kein Pfeiler ist. Sondern ein Luxus. Ich denke, wir werden überhaupt nicht mehr rauskommen aus dieser Krise, und ich erwarte, dass mir viele Menschen sagen werden: Kein Wunder, dass du so müde bist, bei so viel Pessimismus. Dabei wäre es sehr einfach: Je mehr Menschen sich Sorgen machen würden, desto weniger müsste ich mich sorgen.

Draußen scheint die Sonne, die Menschen wollen Lockerungen, und ich bin müde, sehr müde. Frédéric Valin

# „Wir müssen an die Bruchstellen ran – jetzt“

Frauen trifft gerade weltweit eine „Schattenpandemie“, sagt von den Vereinten Nationen Karin Nordmeyer: Sie sind innerhalb der Coronakrise dramatisch benachteiligt

Interview Patricia Hecht

**taz:** Frau Nordmeyer, das Jahr 2020 hätte Geschlechtergerechtigkeit global nach vorn bringen sollen. Internationale Gleichstellungskonferenzen waren geplant, viele Länder hatten wie Deutschland und Frankreich angekündigt, das Thema pushen zu wollen. Kann das trotz der Coronapandemie jetzt noch etwas werden?

**Karin Nordmeyer:** Zunächst müssen wir sehen, dass Mädchen und Frauen in der Pandemie dramatisch benachteiligt sind. Global gesehen sind 70 Prozent der Arbeitenden im Gesundheitswesen Frauen. Sie haben eine deutlich höhere Arbeitsbelastung als Männer und sind einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. In Italien sind derzeit 66 Prozent der Infizierten im Gesundheitsbereich Frauen, in Spanien 72 Prozent. Damit aber nicht genug: Auch im häuslichen Sektor haben Frauen die größere Last zu tragen. Schon vor Corona haben Frauen weltweit täglich mehr als vier Stunden unbezahlter Sorgearbeit geleistet. Zu Hause sind sie von Infektionen bedroht, weil sie die Alten und Kran-

zum Beispiel in Deutschland, Frankreich, Kanada oder Finnland an jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner umgebracht. Seit dem Lockdown Mitte März sind die Fälle häuslicher Gewalt in Frankreich um 30 Prozent gestiegen. In Singapur, Zypern und Argentinien haben die Hotlines mehr als 30 Prozent mehr Anrufe verzeichnet, in Deutschland sind aktuell mehr als 17 Prozent beim Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ eingegangen.

**Wie kommt es, dass die Krise wie ein Brandbeschleuniger für Ungleichheit wirkt?**

Wir haben die Rollen, die Frauen in unserer globalen Welt einnehmen, noch immer nicht angemessen wahrgenommen und bewertet. Jetzt zeigt sich das deutlich. Es ist doch zynisch, dass die „systemrelevanten“ Arbeiterinnen weniger verdienen als Arbeiter in der Metallindustrie. Jetzt fällt ins Auge, dass unsere Gesellschaft die Produktion von Gütern höher bewertet als die Sorge um Menschen. Und letztlich greifen nun die alten Strukturen, auch wenn wir dachten und hofften,

lenstreichungen gab es durch Corona zuhause in der Gastronomie, dem Tourismusgewerbe, der Hotellerie und in Serviceberufen, also weiblichen Branchen. Jetzt verstärken Schulschließungen den Druck, weil Frauen noch immer weitgehend für die Kinderbetreuung zuständig sind. Alleinerziehende, deren Netzwerke brachliegen, können gar nicht arbeiten.

**Wo sind Frauen momentan am meisten gefährdet?**

Besonders gefährdet sind Frauen indigener Völker, zum Beispiel in Argentinien oder Kolumbien, weil dort oft der Zugang zu Gesundheits- und Wirtschaftsmaßnahmen fehlt. Auch Aufklärung darüber, wie man sich schützen kann, findet nicht überall statt, denken wir an Brasilien oder auch an die USA. In konfliktbetroffenen Gebieten ist die Situation besonders grausam. Auf den Fluchtrouten oder in Lagern wie Moria sind die Verhältnisse nicht nur hygienisch unmenschlich.

**Gibt es denn schon Ansätze, wie Frauen unter Corona konkret geholfen werden kann?**

Costa Rica hat die Zinssätze für Kredite gesenkt, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu adressieren, also auch Indigene und Frauen. Der südafrikanische Präsident hat einen Fonds angekündigt, der auch die Arbeitnehmerinnen schützen soll.

**Reicht das?**

Das wichtigste ist: Frauen müssen an Geld kommen. Die Staaten müssen Bargeld direkt in ihre Hände bringen. Dass es dort wirksamer ist als in den Händen von Männern, weil Frauen nachhaltiger wirtschaften, wissen wir. Auch Kleinkredite an Frauen helfen. Deren Bedingungen dürfen nicht an Vermögen gekoppelt werden, weil Frauen sonst kaum Chancen haben, sie zu bekommen. Bisher werden unter Corona vor allem große Unternehmen adressiert, weil im Globalen Norden Schlüsselindustrien von Männern dominiert sind. Wir müssen aber das kleine Business in den Blick nehmen. Und wir müssen Daten sammeln, wie sich Covid-19 auf Frauen auswirkt, um valide Argumentationsgrundlagen zu haben.

**Was lernen wir dabei aus vergangenen Krisen?**

Nach Ebola hat sich beispielsweise gezeigt, dass Männer schnell ihr Einkommensniveau von vor der Krise erreichen konnten, Frauen nicht. Wir müssen die Geschlechter also unterschiedlich adressieren. Männer verdienen ihr Einkommen global viel eher in organisierten Verhältnissen. 740 Millionen Frauen weltweit arbeiten im informellen Sektor. Das müssen wir berücksichtigen. Auch Krankenversicherungen und Mutterschutz müssen in diesen Sektor reichen.

**Was muss passieren, damit die Krise als Chance genutzt werden kann?**

Wir müssen an die Bruchstellen ran – jetzt. Und wir müssen vor allem dranbleiben, wenn die Krise wieder vorbei ist. Wir können nicht mehr weitermachen wie bisher. Zum Glück merken wir gerade, dass ein gleichstellungspolitischer Rückschritt in alte Rollenmuster nicht mehr so einfach möglich ist – er fällt zumindest auf. Niemand kann mehr unbemerkt das Rad zurückdrehen.

**Könnte eine gleichberechtigtere Welt der Krise besser standhalten?**

Gegenwärtig verbrauchen wir uns im Kampf. Wir werden Krisen nie ganz verhindern können, sie aber besser bewältigen, wenn alle ihr Potenzial einbringen. Gesellschaften profitieren von unterschiedlichen Perspektiven, sie sind dann stabiler. Wenn Risiken auf mehr Schultern verteilt werden, bricht außerdem niemand mehr unter der zu großen Last zusammen. Wären weibliche Pflegekräfte vor der Krise gehört worden, wäre das Gesundheitssystem nun resilienter. Das Ziel der Vereinten Nationen ist es, Geschlechtergerechtigkeit bis 2030 massiv voranzubringen. Dieses Ziel bleibt auch unter Covid-19.

**Ist das nicht völlig utopisch?**

Natürlich brauchen manche Veränderungen Generationen. Aber vielleicht braucht es auch radikale Maßnahmen. Wenn alle Frauen nur eine Viertelstunde ihre Arbeit niederlegen würden, wäre klar, dass ohne sie nichts geht. In der jetzigen Situation ist ein solcher Generalstreik nicht möglich. Aber ich möchte das als Aufruf an die junge Generation verstehen: Zeigt, welche Relevanz Frauen in der Gesellschaft haben.



**Karin Nordmeyer,** Jahrgang 1941, ist Vorsitzende des UN Women Nationales Komitee Deutschland für die Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rechte der Frau. Sie ist Trägerin des Verdienstordens am Bande der Bundesrepublik Deutschland.



**Natürlich brauchen manche Veränderungen Generationen. Aber vielleicht braucht es auch radikale Maßnahmen**

ken pflegen. Diese Arbeitszeit hat sich unter Corona weiter massiv verschlechtert.

**Wie kommt das?**

Wenn mehr Ressourcen in der bezahlten und unbezahlten Pflege gebraucht werden, werden diejenigen belastet, die schon da sind. In vielen anderen Branchen werden Frauen noch immer als „Zuverdienerinnen“ gesehen. Viele haben deshalb ihre Teil- oder auch Vollzeitstellen verloren. Und weil sie in der Pflege und zu Hause gebraucht werden, sind Mädchen vor allem im Globalen Süden in Gefahr, auch nach dem Ende der Schulschließungen nicht mehr weiter zur Schule gehen zu dürfen.

**Die Vereinten Nationen sprechen von einer „Schattenpandemie“ in Bezug auf Frauen und Mädchen. Was ist damit gemeint?**

Im Schatten von Corona entwickelt sich eine weitere Pandemie: Auch Gewalt gegen Frauen steigt exponentiell. Die Aggressionstoleranz von Männern ist noch geringer als ohnehin schon, die Wut kann meist nicht mehr draußen abregiert werden, beim Sport zum Beispiel. Schon vor Corona wurde

schon weiter zu sein: Die einen haben Körperkraft, Macht und Geld, die anderen machen die meiste Arbeit. Zeit, darauf hinzuweisen, haben sie deshalb leider auch selten.

**Ist die Lage von Frauen und Mädchen je nach Kontinent und Land überhaupt vergleichbar? Eine Alleinerziehende in Indien und eine in Deutschland stehen vor sehr unterschiedlichen Situationen.**

Natürlich sind Erwerbsleben und Arbeitslosigkeit in afrikanischen Staaten oder Indien anders strukturiert als in Europa. Aber die Grundlinie ist vergleichbar, weil es um die Frage geht, was Mädchen und Frauen wert sind.

**Was sind sie wert?**

Die Gleichwertigkeit der Geschlechter ist in keinem Land der Welt erreicht, auch in Deutschland nicht. Ökonomisch gesehen ist unbezahlte Care-Arbeit direkt verknüpft mit schlechterem Einkommen. Die Art und Weise, wie Familien und die Wirtschaft funktionieren, basiert auf dieser unbezahlten Arbeit. Global gesehen verdienen Frauen weniger, können weniger sparen, sind in Teilzeit oder im informellen Sektor beschäftigt. Stel-

Es gibt zum Beispiel in Bezug auf den Schutz gegen häusliche und sexualisierte Gewalt eine ganze Reihe positiver Beispiele rund um die Welt. Kanada stellt 50 Millionen kanadische Dollar bereit, um Schutzräume für Betroffene zu unterstützen, Mexiko gibt 405 Millionen Pesos an das nationale Netz der Frauenhäuser. In Spanien gibt es einen Messaging Service, der in einem Chatroom sofort psychologische Hilfe anbietet. In Argentinien können Opfer von Gewalt Schutz in Apotheken suchen. Frankreich stellt 20.000 Nächte in Hotelzimmern für Frauen zur Verfügung.

**Und Deutschland?**

Auch hier mieten manche Länderregierungen Hotels an, um Schutzräume zu erweitern. Aber schon vor Corona haben hier 14.000 Frauenhausplätze gefehlt. Da müssen wir langfristig nachsteuern. Technisch wäre es zudem längst möglich, auf digitalen Sprachassistenten Programme zu installieren, damit Frauen heimlich Gefahr signalisieren können, auch wenn die Männer zu Hause sind. So etwas müssen wir jetzt pushen.

**Welche geschlechtsspezifischen ökonomischen Maßnahmen gibt es schon?**

taz am wochenende

## Eine Vergangenheit, die nicht vergeht

75 Jahre ist das Ende des Zweiten Weltkriegs her. Die Schriftstellerin Manja Präkels beschreibt in einer persönlichen Geschichte, wie sie in der DDR auf den Krieg blickte – und wie dies das Heute prägt

Morgen am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten.

taz.de/we



FOTO: BERND FRIEDEL/IMAGO

ß just die linke, freche, alter-  
oder wie auch immer schub-  
erte taz eine deutsche Aus-  
von *Le Monde diplomatique*  
sgeben wird, mag erstaunen.

Fundierte Hintergrundtexte soll-  
ten dem Feindbild des bedrohli-  
chen Fremden entgegenarbeiten  
und eine Neudefinition der eigen-  
en Einflußmöglichkeiten vor-

dern in ihren Hintergründen und  
Perspektiven beleuchtet. 1973  
übernahm Claude Julien die Chef-  
redaktion, seit 1991 wird sie von Ig-  
nacio Ramonet geleitet.

*Le Monde diplomatique* geht  
davon aus, daß ihre Leser von der  
gleichen Gier beseelt sind wie ihre  
Autoren: zu verstehen, innezuhal-  
ten. Zweifeln Raum zu geben.

in der Tradition des französi-  
Universalismus. *Le Monde*  
*matique* ist keine Zeitung für  
ka-, Kultur- oder Lappland-E-  
ten, sondern sie will welt

# FÜR 25 EURO um die Welt

25 Jahre  
deutsche  
Ausgabe



## Die Internationale

Seit 25 Jahren bietet *Le Monde diplomatique* Analysen, Alternativen und  
Geschichten, die Sie anderswo nicht finden: Einmal im Monat lesen Sie,  
was auf der Welt passiert – und was dabei auf dem Spiel steht.

Zeitung, App und Audio für 25 Euro im ersten Jahr\*

[monde-diplomatique.de/abo25](http://monde-diplomatique.de/abo25)

\* Unser Jubiläumsangebot ist gültig bis zum 8. Juni 2020.

Jubiläumsbeilage im Mai –  
25 Texte aus 25 Jahren

LE MONDE *diplomatique*  
25 Jahre  
deutsche Ausgabe

Linke aufgebaut werden  
Das kann uns nur recht sein,  
wir sind parteipolitisch nicht  
den. Für uns gilt es, gewisse  
zu verteidigen. Wir beob-

wjetunion zu den Fünfjahresplä-  
nen geführt. Man hat eine Art Dik-  
tatur erzwungen im Namen ökonomischer Projekte, die sich als ab-  
surd erwiesen haben. Heute leben

angesichts der Krise der nationa-  
len Souveränität?

Es gibt praktisch keine intern  
tionale Organisation, die dem  
kratisch ist. Jedermann weiß,

1. mai

## „Auf die Straße! Jetzt erst recht!“

Marco Lorenz, Radikale Linke Berlin, wünscht sich ein kollektives Zeichen nicht nur am Laptop

Unsere Gruppe wird am 1. Mai natürlich auf die Straße gehen, ich auch. Warum auch nicht? Der 1. Mai ist ein politisches und historisches Datum, das weiter Relevanz hat – gerade jetzt in Coronazeiten. Diese Krise schreit doch geradezu nach politischen Antworten. Wir sehen ein Gesundheitssystem, das nicht funktioniert, weil es auf Profite für wenige angelegt ist, und nicht auf das Wohl aller. Es gibt Menschen, die für Schutz am Arbeitsplatz streiken müssen oder durch Kurzarbeit weiter ausgebeutet werden. Und andere, wie bei Amazon, die nicht mal Betriebsversammlungen abhalten dürfen. Dazu tritt der Rassismus weiter offen zutage: an der EU-Außengrenze, in Moria, wo Geflüchtete bekämpft werden. Oder in Hana, wo Menschen deshalb erschossen wurden. Dass es auch anders gehen kann und gehen muss, nämlich mit einer sozialistischen Gesellschaft, dafür braucht es den 1. Mai als Kampftag. Der Kapitalismus ist keine Lösung.

Was wir nur länger diskutiert haben, war, wie der 1. Mai in diesem Jahr aussehen kann. Natürlich nehmen wir das Virus ernst und wollen nicht, dass sich Menschen anstecken. Dass es das Virus nicht gibt oder dass es bewusst in die Welt gesetzt wurde, um Repression durchzudrücken, ist nicht unsere Position. Aber klar ist, dass die Herrschenden diese Pandemie gerade ausnutzen, um demokratische Rechte auszusetzen.

Deshalb brauchen wir am 1. Mai ein kollektives Zeichen, nicht nur am Laptop. Wir werden uns dabei schützen, mit Gesichtsschutz und Abstandhalten. Und wir probieren etwas Neues: Wir rufen auf, ab 18 Uhr nach Kreuzberg 36 zu kommen, egal wohin. Über Twitter werden wir dann Orte bekanntgeben, zu denen sich die Leute auf verschiedenen Wegen begeben sollen und dort ihren Protest ausdrücken können. Alle so, wie sie es mögen, mit Bannern, Flyern, Farbbeuteln oder Pyros, zu Fuß, auf'm Fahrrad oder auf Hausdächern. Unsere Gruppe wird auf jeden Fall Transparente und rote Fahnen dabei haben, damit klar ist, dass es hier um den 1. Mai geht. Wir fluten Kreuzberg mit Inhalten, auch das ist dann eine Manifestation!

Dass der Berliner Senat und die Polizei das nicht wollen, haben wir mitbekommen. In Berlin dürfen jetzt 20 Leute demonstrieren. Aber wenn Schutzmaßnahmen eingehalten werden, was soll das? Wo ist der Unterschied zu Supermärkten oder Büros, in denen sich Menschen begegnen? In Tel Aviv demonstrierten gerade Tausende gegen Netanjahu, mit Masken und Abstand. Warum soll das nicht auch hier gehen? Weil es vielleicht auch dem Berliner Senat darum geht, Grundrechte einzuschränken? Das wäre der Weg in den autoritären Staat und den machen wir nicht mit. Wir rufen auf, sich am 1. Mai nicht von den Bullen provozieren zu lassen – auch wenn es am besten wäre, sie kämen erst gar nicht nach Kreuzberg. Wir jedenfalls werden auf der Straße sein und unsere Botschaften setzen.“

Protokoll: Konrad Litschko

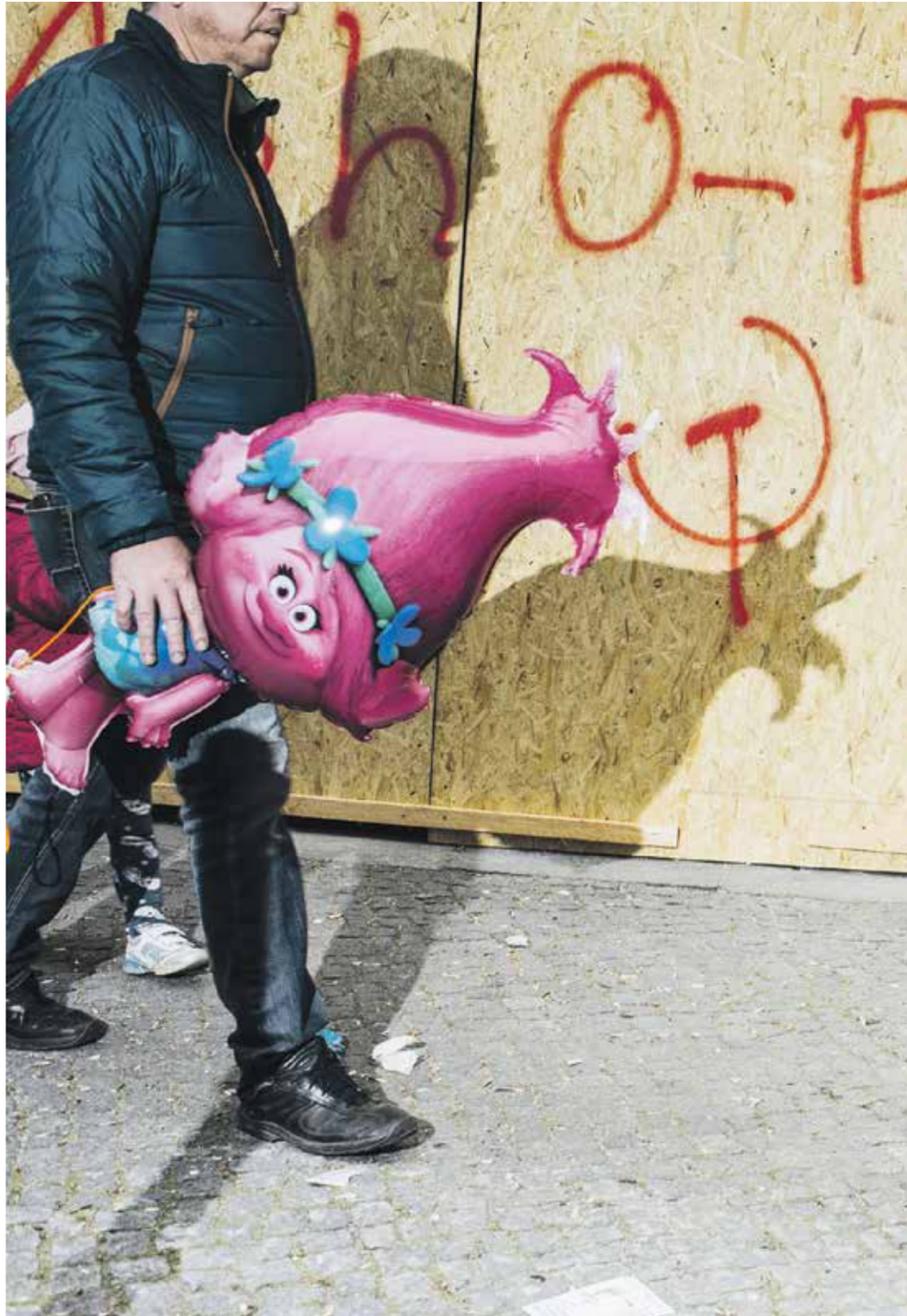
## „Analog ist verbindlicher“

Manuel Bunge, 27, SPD-Mitglied aus Lüdenscheid. Kaufmann bei einem Autozulieferer, derzeit Betriebsrat

Am letzten 1. Mai war ich in Lüdenscheid auf der Bühne der DGB-Demo mit der IG-Metall-Jugend. Wir haben über Ausbildung gesprochen. Ich habe mich als Superheld verkleidet. Kinder bespaßt, weil der digitale Wandel Transformier braucht. Die Kinder fanden das super. Ich war in den letzten sechs, sieben Jahren immer bei den Demos. Dieses Jahr geht das nicht. Das fehlt mir.

Klar werde ich mir die Veranstaltungen von DGB oder SPD im Netz anschauen und Social Media machen. Aber da bleibt man ja doch oft in seiner eigenen Blase. Ich werde eine SPD-Fahne über meinen Balkon hängen. Das klingt altmodisch, aber analog ist verbindlicher. Ich wohne an einer Hauptstraße, von da aus wird man die Fahne gut sehen können. Am besten wäre, wenn jemand bei mir klingelt. Damit rechne ich aber nicht. Ich erwarte auch nicht, dass mir jemand die Scheiben einwirft. Wenn Leute sich daran erinnern, dass der 1. Mai nicht bloß irgendein freier Tag ist, habe ich mein Ziel erreicht.

Protokoll: Stefan Reinecke



Antipoden eines historischen Kampftages: 1. Mai 2017 in Berlin-Kreuzberg Foto: Nikita Teryoshin

# 1. Mai: heraus oder zu Haus?

Diesmal ist alles anders: Der DGB verlegt seine Veranstaltungen ins Internet. Und die Autonomen wollen nicht nur einen Mundschutz tragen, sondern auch die Abstandsregeln einhalten

Von Konrad Litschko und Pascal Becker

Der diesjährige 1. Mai wird ein historischer. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik verzichtet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) auf seine traditionellen Demos und Kundgebungen. Dank Corona wird der altgediente Kampftag der Arbeiterbewegung – in Deutschland das erste Mal 1890 begangen – zu einer weitgehend virtuellen Veranstaltung. Und selbst bei den Autonomen, die seit den 1980er Jahren in Hamburg oder Berlin den 1. Mai auf ihre eigene Weise mit größeren oder kleineren Krawallen begehen, ist in diesem Jahr alles anders.

Die Coronapandemie hat auch zu einer drastischen Einschränkung des Demonstrationsrechts geführt. Bis heute sind bundesweit alle größeren öffentlichen Versammlungen untersagt. Inzwischen sind in einigen Bundesländern zumindest kleinere Zusammenkünfte wieder erlaubt. So dürfen sich in Thüringen bis zu 50 Menschen unter freiem Himmel versammeln. In Berlin liegt es im Benehmen der Versammlungsbehörde, bis zu 20 Teilnehmende zuzulassen. In anderen Län-

dern sind Ausnahmen nach einer individuellen Verhältnismäßigkeitsprüfung möglich – was auch das Bundesverfassungsgericht verlangt, das ein generelles Verbot in einem Beschluss vom 15. April für unzulässig erklärt hat.

Im vergangenen Jahr beteiligten sich immerhin noch bundesweit 381.500 Menschen an den insgesamt 481 Veranstaltungen des DGB. In diesem Jahr hat der Gewerkschaftsdachverband seine Aktivitäten vollständig ins Netz verlegt. Ab 11 Uhr soll es einen dreistündigen Livestream geben mit Beiträgen aller DGB-Gewerkschaften und DGB-Bezirke sowie einer Reihe von Künstler:innen – von Dota über Ute Lemper und Jocelyn B. Smith bis Konstantin Wecker. „Solidarität heißt in diesem Jahr: Abstand halten!“, so DGB-Chef Reiner Hoffmann. Einige linke Gewerkschafter:innen wollen aber trotzdem demonstrieren. „Im Rahmen des Infektionsschutzes“, wie die Initiator:innen betonen. Nach eigenen Angaben meldeten sie Kleinkundgebungen in mehr als 30 Städten an.

Auch die Autonomen stehen wegen des Coronavirus vor einer Zäsur. Demonstrieren wollen sie dennoch, mehr oder we-

niger: In Berlin rufen sie dazu auf, ab 18 Uhr sich im Stadtteil Kreuzberg zu versammeln und sich von dort zu einzelnen Orten zu bewegen, die über Social Media bekanntgegeben würden. Mundschutz und Abstandhalten sollen dabei eingehalten werden. Gestritten wurde noch mit der Versammlungsbehörde, ob am Nachmittag auch ein linksradikaler Autokorso im vornehmen Stadtteil Grunewald zugelassen wird. Auch in Hamburg wollen Autonome um 20 Uhr auf der Reeperbahn auf die Straße gehen. „Krank ist das System!“, lautet ihr Aufruf. Auch dort will man Abstandsregeln einhalten – und sich zum Schutz vermmunnen.

In Köln ruft das Aktionsbündnis #UnenteilbarSolidarisch zu Protesten auf, „um auf die Notlagen der Menschen jetzt und über die Coronakrise hinaus aufmerksam zu machen“. Mit dabei sind unter anderem die Fridays for Future, die Interventionistische Linke und die Initiative Kein Mensch ist illegal. An vielen Orten sind Kundgebungen und Aktionen angemeldet. Um 16 Uhr ist eine gemeinsame Abschlussaktion geplant – alles unter strenger Wahrung der Corona-Sicherheitsvorkehrungen.

## „Nicht Faschisten überlassen“

Katharina Schwabedissen, 47 Jahre, Verdi-Gewerkschaftssekretärin in Essen, ist online und vor Ort dabei

„Am 1. Mai demonstriere ich für die Verbesserungen unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wie jedes Jahr, nur diesmal etwas anders: online ab 11 Uhr mit dem DGB und mittags mit einer kleinen, genehmigten Kundgebung in der Bochumer Innenstadt.“

Ich finde beide Aktionen wichtig: Online können Hunderttausende dabei sein und erleben, dass wir nicht allein sind – auch und gerade in Zeiten des Social Distancing. Mittags geht es unter freiem Himmel darum, Grund- und Freiheitsrechte zu verteidigen und unsere Straßen und Plätze nicht Faschisten zu überlassen. Wenn Shoppen in großen Einkaufszentren möglich ist und Krankenhäuser ihre Wahleingriffe hochfahren, sind auch Kundgebungen unter Einhaltung des Infektionsschutzes durchführbar.

Momentan herrscht vermeintlich Einigkeit, dass im Mittelpunkt der Maßnahmen das Leben stehen muss. Ein Blick in verarmte Länder und in die Flüchtlingslager zeigt, dass das schon jetzt nicht für alle gilt. Wer zahlt für die Krise?

Die Aktionen auf der Straße sind auch Symbol dafür, dass der Widerstand schon da ist, wenn wieder die Mehrheit für die Krise zahlt, während Reiche und Superreiche daran verdienen. Also heißt es auch in diesem Jahr: Heraus zum 1. Mai – aber bitte mit Abstand und Gesichtsmaske.“

## „Equal Pay statt Niedriglohn“

Witich Roßmann, 68, promovierter Politikwissenschaftler und IG-Metaller, Vorsitzender des DGB Köln

„Wo bin ich am 1. Mai? Definitiv nicht vor 8.000 Gewerkschafter\*innen auf dem Kölner Heumarkt – wie 2019. Aber ich werde auch nicht zu Hause bleiben.“

Erst mal bin ich virtuell ab 10 Uhr mit vielen Kolleg\*innen im Livestream. Und um 14 Uhr werde ich an einer öffentlichen Pressekonferenz auf dem Hans-Böckler-Platz am DGB-Haus teilnehmen. Gemeinsam mit Lokführern, Krankenschwestern, Verkäuferinnen, Metall- und Milcharbeitern, die auch in der coronalen Krise unter deutlich erschwerten Bedingungen arbeiten: mit erheblich intensiviertem Hygieneschutz, zum Beispiel in der Produktion der Lebensmittelbranche, der Elektroindustrie und der Chemieindustrie.

Fünfundsiebzig Prozent aller Arbeitnehmer\*innen arbeiten unter Corona weiter, vielfach mobil: in Banken, Anwaltskanzleien, Verwaltungen, Bundesagenturen und Krankenkassen, elektronischen wie Printmedien. Und bei Stromversorgern und IT-Unternehmen, die die digitalen Netze am Laufen halten für die engrenzte Arbeit im Homeoffice, das Profitarbeit mit Kinderbildung und Familiensorge unter einen Hut zwingt. Sie alle sind ‚systemüberlebensrelevant‘.

Deshalb: Equal Pay statt Niedriglohnsektoren, zukunftssichere Gestaltung der Arbeitsverhältnisse von Soloselbstständigen – und nach der Krise: sozialer Lastenausgleich statt Steuerenkungen à la Söder. Auch unter den gegenwärtig erschwerten Bedingungen ist es wichtig, darauf öffentlich sichtbar aufmerksam zu machen.

Und mit dem Fahrrad werde ich all die Initiativen besuchen, die in Köln ebenfalls in kleinen Versammlungen an vielen Orten für Flüchtlinge, für Frieden, für bezahlbaren Wohnraum, Klimaschutz und die Energiewende, für emissionsarme Mobilität demonstrieren. Mit denen arbeite ich das ganze Jahr zusammen, da finden wir uns auch am 1. Corona-Mai, denn ‚solidarisch ist mensch nicht alleine‘.“

taz blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen Sie auf den Blogs der taz: [taz.de/blogs](https://taz.de/blogs)

## „Ein Fanal gegen die staatliche Ordnung“

Anklage im Mordfall Lübcke erhoben. Den Rechtsextremisten Stephan Ernst habe Hass getrieben

Von Konrad Litschko

Die Tat sorgte für Entsetzen. In der Nacht zum 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke mit einem Kopfschuss ermordet – mutmaßlich von dem Rechtsextremisten Stephan Ernst. Es war der erste rechts-extreme Mord an einem Politiker in der Bundesrepublik. Nun erhebt die Bundesanwaltschaft Anklage.

Sie wirft Ernst Mord vor. Er habe seinen „Fremdenhass“ auf den CDU-Politiker „projiziert“, der für eine Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland plädiert hatte. Die Ermittler hatten Ernst wegen einer DNA-Spur am Tatort festgenommen. Der 47-Jährige hatte den Mord zunächst gestanden: Er habe Lübcke erschossen, weil dieser Flüchtlingsgegner auf einer Bürgerversammlung im Oktober 2015 in Kassel-Lohfelden kritisiert hatte. Dann aber widerrief Ernst sein Geständnis – und benannte seinen Freun, den Mitbeschuldigten Markus H., als wahren Mörder. Gemeinsam sei man zu Lübcke gefahren, um ihn einzuschüchtern. Dabei habe Markus H. den CDU-Politiker „versehentlich“ in den Kopf geschossen.

Die Ermittler glauben diese Version jedoch nicht. Ernst habe sich vielmehr seit der Bürgerversammlung in einen Hass auf den CDU-Politiker gesteigert. Spätestens nach der Silvesternacht in Köln 2016, als es zu Übergriffen von Migranten auf Frauen kam, habe er den Entschluss gefasst, Lübcke zu töten – als „öffentlich beachtetes Fanal gegen die von ihm abgelehnte gegenwärtige staatliche Ordnung“.

Wiederholt habe Ernst das Wohnhaus von Lübcke ausgespäht. Den Tag habe er bewusst gewählt, weil dort in Lübckes Wohnort ein Dorf-fest stattfand. In der Dunkelheit habe er sich an Lübcke herangeschlichen und ihn aus kurzer Entfernung in den Kopf geschossen.

Markus H. wird dennoch mitangeklagt – wegen Beihilfe zum Mord. Er soll Ernst in seinem Mordplan bestärkt haben. Beide hatten auch rechte Demonstrationen besucht. H. habe Ernst damit „Zuspruch und Sicherheit“ für dessen Tat vermittelt. In einem geordneten Verfahren wird weiter gegen den Trödelhändler Elmar J. ermittelt, der Ernst 2016 die Tatwaffe für 1.100 Euro verkauft haben soll.

Stephan Ernst wirft die Anklage zudem noch einen versuchten Mord vor: Bereits im Januar 2016 soll er in Kassel-Lohfelden einen irakischen Asylsuchenden angegriffen haben – vor der Erstaufnahmestelle, über die Lübcke damals informiert hatte. Mit einem Rad sei er an den 22-Jährigen herangefahren und habe eine Parole gerufen. Der Iraker habe den Zuruf nicht verstanden und wollte Ernst vorbeilassen. Darauf habe ihm dieser von hinten mit einem Messer in den Rücken gestochen. Nach taz-Informationen soll eine DNA-Spur an einem Messer von Ernst ihn überführt haben. Auch mit dieser Tat wollte Ernst „seinen rechtsextremistischen Hass auf Flüchtlinge ausleben“, so die Anklage.

## Noch schweigt der Angeklagte

Anwar R. kam mit einem Sonderprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge nach Berlin. Eine angekündigte Erklärung lässt auf sich warten



Der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagte Anwar R. im Koblenzer Gericht  
Foto: Thomas Lohnes/reuters

Aus Koblenz Sabine am Orde

Da hat Rechtsanwalt Michael Böcker zu viel versprochen. Bei Prozessbeginn hatte der Verteidiger erklärt, es werde vielleicht am dritten Prozesstag schon eine schriftliche Erklärung seines Mandanten geben. Dieser werde sich auch zur Anklage äußern. Und die hat es in sich.

Böcker vertritt den Syrer Anwar R., dem die Bundesanwaltschaft Verbrechen gegen die Menschlichkeit, 58fachen Mord, Folter im mindestens 4.000 Fällen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung vorwirft. R. soll die Ermittlungsabteilung samt einem Foltergefängnis des Allgemeinen Syrischen Geheimdienstes geleitet haben, beides Teil der berüchtigten Abteilung 251. Seit letzter Woche steht er in Koblenz vor dem Oberlandesgericht. Weltweit zum ersten Mal muss sich ein mutmaßlicher Folterknecht des Assad-Regimes vor Gericht verantworten. R.s Erklärung aber lässt auf sich

warten. Das Gericht hat unterdessen die ersten Zeuginnen gehört – am Mittwoch Beamtinnen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und des Auswärtigen Amts. Sie machten klar, dass R. im Juli 2014 nach Deutschland einreiste – als Teil eines Aufnahmeprogramms für

### Erstmals muss sich ein mutmaßlicher Folterknecht Assads vor Gericht verantworten

5.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge, das das Bundesinnenministerium 2013 aufgelegt hatte. R., so hieß es, sei „aus politischen Gründen“ nach Deutschland geholt worden. Der Grund: eine Empfehlung von Riad Seif, einem langjährigen syrischen Oppositionellen.

Das Auswärtige Amt bestätigte R. „im Grundsatz“ eine

„aktive Rolle“ in der syrischen Opposition. So habe R. Anfang 2014 an den Friedensgesprächen Genf II teilgenommen. Als R. ein knappes Jahr nach seiner Einreise in Deutschland für sich und seine Familie einen Asylantrag stellte, wurde ihm ohne Anhörung Asyl gewährt. Als R. sich Ende 2012 nach Jordanien absetzte, scheint er also eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen zu haben.

Die Ermittlungen gegen R. in Deutschland wurden von ihm selbst ausgelöst, hatte zuvor der zuständige Ermittlungsleiter des Bundeskriminalamts ausgesagt. Einmal wurde R. als Zeuge in anderen Ermittlungen befragt, einmal ging er in Berlin, wo er als Flüchtling bis zu seiner Verhaftung lebte, selbst zur Polizei. R. fühlte sich vom syrischen Geheimdienst verfolgt – und suchte Hilfe. Als er dort den Beamten vorsichtig von seiner Tätigkeit in Damaskus berichtete, sendeten dieses einen Hinweis an das BKA.

Dort begann man Informationen über R. zusammenzutragen. Im BKA hatte sich bereits viel Wissen über Syrien angehäuft, seit September 2011 läuft ein sogenanntes Strukturverfahren. Der Ermittlungsleiter fragte beim Bundesnachrichtendienst nach und bei einer NGO namens CIJA, die Dokumente, die Aktivisten aus Syrien herausgeschmuggelt haben, auswertet und archiviert. Er überprüfte die Bilder des ehemaligen syrischen Militärfotografen mit dem Decknamen „Caesar“, der Tausende Fotos von zu Tode gefolterten Gefangenen gemacht hat. Und er suchte nach Zeugen. Eine Aussage zur Abteilung 251, in der der Name R. fiel, lag dem BKA schon vor. Hinweise auf Opferzeugen kamen auch aus Schweden, Norwegen und Frankreich. Insgesamt habe man 70 Zeugen befragt.

Der BKA-Mann berichtete auch von Foltermethoden, die er nach Auswertung zahlreicher Opferausagen für „Standard“ hält. Das sogenannte „Falaka“ gehört dazu, Schläge auf die besonders empfindlichen Fußsohlen. „Dulab“, wobei Gefangene in einen Reifen gesteckt und geschlagen werden. Elektroschocks. Das Aufhängen an der Decke, sodass die Fußspitzen gerade den Boden berühren. Inhaftierte, berichtete der BKA-Beamte, wurden so stunden-, manchmal tagelang hängen gelassen- und dabei geschlagen oder auch mit Zigaretten verbrannt.

Ähnliches sagte auch Laura Thurmann, eine Ethnologin, die kurz beim Phänomenbereich Syrien des BKA gearbeitet hat und im Auftrag der Bundesanwaltschaft ein Gutachten über die Situation in Syrien 2011/2012 erstellt hat. Im März 2011 begannen die Proteste gegen das Regime von Baschar al-Assad und dessen brutale Versuche, diese zu unterdrücken. Kurz vor Weihnachten 2012 setzte R. sich aus Syrien ab.

Der Prozess wird am 18. Mai fortgesetzt. Dann wird Verteidiger Böcker wahrscheinlich auch die Erklärung R.s verlesen.

## Mit dem Rechtsstaat gegen IslamistInnen

In gleich drei Prozessen wurden am Mittwoch IslamistInnen verurteilt. Zwei Frauen waren zum IS ausgereist, ein Mann hatte solche Ausreisen unterstützt

Von Konrad Litschko

Der Rechtsstaat zeigt Härte. Gleich mehrere Gerichte fällten am Mittwoch Urteile gegen IslamistInnen. In Düsseldorf und München wurden zwei Frauen verurteilt, die zum IS nach Syrien ausgereist waren. In Celle war es ein Mann, der solche Ausreisen mitbefördert haben soll.

Die in Düsseldorf verurteilte Carla S. hatte gestanden, im Oktober 2015 mit ihren drei Kindern von Oberhausen nach Syrien zum „Islamischen Staat“ (IS) ausgereist zu sein. Ihren Mann hatte sie überrumpelt und zurückgelassen. In Syrien soll die 33-Jährige Mitglied einer weiblichen Kampfgruppe gewe-

sen sein, der „Katiba Nusaiba“, und andere Frauen zu Schießtrainings gefahren haben. Sie selbst besaß eine Handgranate. Ihren damals sechsjährigen Sohn soll sie in ein Ausbildungscamp für IS-Kindersoldaten gegeben haben. Alle ihre Kinder mussten sich auch eine öffentliche Hinrichtung ansehen. Der Sohn starb später bei einem Raketenangriff.

Das Gericht verurteilte Carla S. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, schwerer Kindesentziehung mit Todesfolge und anderer Delikte zu fünf Jahren und drei Monaten Haft. Die Bundesanwaltschaft hatte sieben Jahre gefordert, die Verteidigung drei-

einhalb. Carla S. gab sich im Prozess reumütig: Sie habe nicht gewusst, was genau der IS in Syrien tue. Im April 2019 war sie nach Deutschland zurückgekehrt, als eine der ersten IS-Gefangenen mithilfe der Bundesregierung. Ihre Kinder befinden sich wieder beim Vater, auch eine Tochter, die Carla S. in Syrien mit einem IS-Kämpfer bekam.

Ebenfalls verurteilt wurde am Mittwoch in München die Islamistin Sibel H. Die 33-Jährige war ebenfalls zum IS nach Syrien ausgereist, dies aber bereits 2013. Zuvor hatte sie sich unter anderem auf Veranstaltungen des Salafistenpredigers Pierre Vogel radikalisiert. Nach einer Rückkehr brach Sibel H. 2016

erneut von Bayern nach Syrien auf. Im August 2017 geriet sie in kurdische Gefangenschaft und brachte dort ein Kind zur Welt.

### Neuer Vorwurf

Die Bundesanwaltschaft hatte Sibel H. mit einem neuen Vorwurf angeklagt, um auch IS-Frauen verfolgen zu können: Sie warf ihr Aneignung vor, weil sie in Syrien mit ihrem Ehemann in einer Wohnung und zwei Häusern von Vertriebenen durch den IS gelebt habe. Gewertet wurde das als Kriegsverbrechen gegen das Eigentum. Zudem habe H. mit der Haushaltsführung und dem Kümmern um das erste Baby dafür gesorgt, dass ihr Mann uneingeschränkt dem IS zur Verfügung stand. Sie selbst habe Zugriff auf zwei Kalaschnikows gehabt.

Das Oberlandesgericht München folgte dem. Es verurteilte Sibel H. zu drei Jahren Haft wegen Mitgliedschaft in der Terrormiliz und Kriegsverbrechen gegen das Eigentum – nur ein halbes Jahr weniger als von der

Anklage gefordert. Die Verteidigung hatte auf zweieinhalb Jahre plädiert: Frauen hätten im IS-Gebiet fast nichts selbst entscheiden können, auch nicht über die Wohnorte. Auch Sibel H. will sich vom Islamismus abgewendet haben und befindet sich in einem Aussteigerprogramm. Seit April 2018 ist sie mit ihren beiden Kindern wieder in Deutschland.

Das Oberlandesgericht Celle schließlich verurteilte den 30-jährigen Ahmed F. zu drei Jahren und drei Monaten Haft. Er war Mitangeklagter im seit 2017 laufenden Großprozess gegen den mutmaßlichen Deutschlandchef des IS, Ahmad A. alias Abu Walaa. Ahmed F. hatte zuletzt überraschend und ohne Absprache mit seinen Anwälten gestanden, dass seine Gruppe tatsächlich den IS unterstützte und er zwei Männern, die dorthin ausreisen wollten, Telefonnummern von Kontaktpersonen gegeben habe. Auch Abu Walaa belastete er schwer. Ahmed F. wurde darauf freigelas-

sen, sein Fall vom Prozess abgegliedert.

Das Gericht wertete sein Geständnis nun strafmildernd. Die Bundesanwaltschaft hatte drei Jahre Haft und neun Monate gefordert, die Verteidiger nur eine Bewährungsstrafe oder Verfahrenseinstellung. Ins Gefängnis muss Ahmed F. nicht mehr: Er hatte bereits mehr als drei Jahre in U-Haft gesessen – 19 Tage mehr als jetzt verurteilt. Weil dies wegen des späten Geständnisses aber selbst verschuldet sei, erteilte das Gericht keine Haftentschädigung. Auch Ahmed F. will sich inzwischen vom Islamismus abgewendet haben.

Abu Walaa und die nun noch drei Mitangeklagten müssen sich dagegen weiter vor Gericht verantworten. Die Männer sollen junge Muslime radikalisiert und in IS-Kampfgebiete geschickt haben. Auch Anis Amri, der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, hatte Kontakt zu Abu Walaa. Ein Prozessende ist hier noch nicht absehbar.

## Ein Schlachthof, über 300 Corona-Infektionen

Enges Wohnen und prekäres Arbeiten begünstigt Ansteckungen bei Wanderarbeitern

Von **Jost Maurin**

Mehr als 200 rumänische Arbeiter eines Schlachthofs in Baden-Württemberg haben sich nach Angaben der Regierung in Bukarest mit dem Coronavirus infiziert. Bei ihnen handle es sich nicht um Saisonarbeiter, sondern um Beschäftigte von Subunternehmen des Fleischbetriebs Müller Fleisch in Birkenfeld, teilte das Außenministerium mit. Insgesamt seien dort 500 Rumänen beschäftigt.

Neben den Rumänen seien noch rund 100 weitere Arbeiter positiv auf das Coronavirus getestet worden, ergänzte das Ministerium unter Berufung auf deutsche Behörden. Alle Infizierten befänden sich in Quarantäne. Die meisten hätten keine oder nur leichte Symptome. Das Landratsamt des Enzkreises bestätigte der taz, dass inzwischen rund 300 Beschäftigte positiv getestet worden seien.

Wie die deutsche Landwirtschaft beschäftigt auch die Fleischindustrie zahlreiche Wanderarbeiter aus Osteuropa. Vor allem Rumänen und Bulgaren schlachten und zerlegen in Deutschland Tiere und verarbeiten sie zu Fleischprodukten weiter. In den großen Schlachthöfen stellen sie Gewerkschaftern zufolge bis zu 80 Prozent der Beschäftigten. Sie arbeiten in der Regel einige Monate in der Bundesrepublik und kehren dann in ihre Heimat zurück. Sie werden meist von Subunternehmen angestellt, die von den deutschen Schlachthöfen über Werkverträge beauftragt werden. Zwar gilt auch für solche Beschäftigte der deutsche Mindestlohn, aber der wird Experten zufolge häufig durch zu hohe oder ungerechtfertigte Abzüge etwa für die Unterkunft oder angebliche Fehler bei der Arbeit umgangen.

## Gewerkschafter werfen der deutschen Fleischindustrie Ausbeutung vor

Gewerkschafter werfen der deutschen Fleischindustrie deshalb Ausbeutung vor. Neben der Unterbringung monieren sie auch zu lange Arbeitszeiten und Verstöße gegen den Arbeitsschutz. „Wie die Menschen im Fall Müller Fleisch untergebracht sind, ist skandalös“, sagte Freddy Adjan der taz, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Viele Wohnungen seien zu klein. Oft könnten die Bewohner nur unter schwierigen Bedingungen Essen kochen.

Häufig begünstigen die Enge, zu wenig Sanitärräume, mangelnde Hygiene und die körperliche Belastung der Arbeiter in der Fleischindustrie Krankheiten, bei denen die körpereigene Abwehr entscheidend sei. „Wir kennen ausufernde Viruserkrankungen bei den ausländischen Beschäftigten der Fleischunternehmen seit langer Zeit. Im vergangenen Jahr war es eine Hepatitis-Infektion im Emsland“, so Adjan.

In der Fleischwirtschaft stünden die Beschäftigten oft dicht aneinander am Band. „Die nach den Hygienestandards festgelegten Masken dienen vor allem als Spuckschutz“, sagte der Gewerkschafter. Es sei nicht ausreichend geprüft, ob sie genügend vor Viren schützen würden. Dennoch habe das Gesundheitsamt Müller Fleisch erlaubt weiterzuarbeiten.

Das Unternehmen erklärte, seine Infektionsschutzmaßnahmen seien strenger als in der Branche üblich. „Zudem sind wir in engem Austausch mit unseren externen Dienstleistern, um die Wohnsituation der Werkvertragsbeschäftigten im Sinne des Infektionsschutzes noch weiter zu verbessern und in dieser Situation nach Möglichkeit unsererseits weitere Unterkünfte zur Verfügung zu stellen“, heißt es in einer Pressemitteilung. (mit afp)



## Zahl des Tages

**11.000 Punkte**

Der DAX stieg gestern wieder über **11.000 Punkte**. Wer mit dem Finanzparkett nicht so vertraut ist, mag sich wundern, wie das sein kann: Warnen nicht Virologen vor einer zweiten Coronawelle? Steht nicht das schlimme zweite Quartal bei vielen Unternehmen noch aus? Kann man ernsthaft schon jetzt wieder optimistisch in die Zukunft schauen? Nun, die Sache ist simpler: Wohin soll die ganz Kohle? Wenn Staaten eben versprochen haben, sich auf den Märkten sehr viel Geld zu leihen, um die Wirtschaft zu stützen, um ebendiese Märkte zu retten, bei denen er sich Geld geliehen hat, dann zieht sich der Kutscher am eigenen Schopf aus dem Sumpf. Das hat bekanntlich schon immer funktioniert. Seien Sie unbesorgt.

## Rendite für alle

Grüne Start-ups sind weiblicher, partizipativer und wollen Gewinn für sich und die Gesellschaft. Ihr Lobbyverband kritisiert, die Politik verspiele ihr Potenzial

Von **Mareike Andert**

Jedes fünfte deutsche Start-up ist grün. Zu dem Ergebnis kommt der am Mittwoch veröffentlichte Green Start-up Monitor. Grün sind dabei Start-ups, die „mit ihren Produkten und Dienstleistungen einen konkreten Beitrag zu Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz“ leisten, sagt Yasmin Olteanu vom Borderstep Institut, das den Monitor gemeinsam mit dem Bundesverband Deutsche Start-ups erstellt hat.

Im Vergleich zur letzten Untersuchung 2018 gibt es zwar weniger grüne Gründer\*innen, doch das liege daran, dass die neue Studie strengere Kriterien angelegt hätte, erklärt der Direktor des Borderstep Institut, Klaus Fichter. Vom Trend her geben es aber einen Anstieg.

Grüne Start-ups sind in allen Branchen von Mobilität über Finanzen bis hin zu Bildung vertreten, am stärksten im Bereich nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft. Sie orientierten sich genauso an Wachstum und Gewinn, schafften aber zusätzlich einen gesellschaftlichen und ökologischen Mehrwert und seien so „wichtiger Treiber zur Green Economy“, sagt Olteanu. Fichter spricht von einer „doppelten Dividende“. Mit ihrem Ansatz würden grüne Start-ups das „Immunsystem der Ökonomie“ stärken, besonders mit Blick auf die Coronakrise. Sie würden an Lösungen für die großen Herausforderungen arbeiten, insbesondere dem Klimawandel.

Auch bei Partizipation und Diversität haben grüne Start-ups die Nase vorn. Die Quote

der Gründerinnen ist deutlich höher als bei herkömmlichen Start-ups. Wichtiger ist ihnen auch eine nachhaltige Unternehmenspolitik. Sie beteiligen, motivieren und fördern ihre Beschäftigten öfter.

Geld zu beschaffen ist für grüne Start-ups dagegen schwerer als für herkömmliche. Gerade große Geldgeber hielten sich bei grünen Technologien zurück, sagt Fichter. Ihnen fehle die Expertise, außerdem seien die Entwicklungszeiten oft länger. „Der Staat verschläft das wirtschaftliche Potenzial grüner Start-ups“, kritisiert er. Christian Miele, Präsident des Bundesverbandes Deutsche Start-ups ergänzt: Um Kindern und Enkeln etwas „Gutes“ zu hinterlassen, brauchen sich die Start-up-Szene und die Politik gegenseitig: „Das ist eine Symbiose.“



Greifen Sie zu! Drei Golfs zum Preis für zwei plus 'nen Elektrorasenmäher für umme  
Foto: Peter Steffen/dpa

## Autobranche will Aktionäre nicht belasten

Dividenden ausschütten und gleichzeitig Hilfe vom Staat fordern, darin sieht die Branche keinen Widerspruch. Sie verlangt eine Kaufprämie auch für Benzin- und Dieselfahrzeuge

Von **Anja Krüger**

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) verteidigt, dass die Autohersteller in der Coronakrise Dividenden an Aktionäre zahlen und gleichzeitig Hilfen vom Staat verlangen. Ausschüttungen seien wichtig, um die Aktionäre an Bord zu halten und Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland zu schützen, sagte VDA-Präsidentin Hildgard Müller im Deutschlandfunk. Einen Widerspruch zu den vom Staat geforderten Hilfen für die Autobauer sieht die ehemalige Staatsministerin im Bundeskanzleramt nicht.

Die Autohersteller leiden unter der Coronakrise, weil sie die Produktion gestoppt hatten und der Absatz eingebrochen ist. Trotzdem hat Daimler für das erste Quartal 2020 einen Gewinn von mehr als 600 Millionen Euro gemeldet, Volkswagen von 400 Millionen Euro. BMW legt am Mittwoch Zahlen vor. Weil die Branche mit einem harten zweiten Quartal rechnet,

werden die Rufe nach Kaufanreizen für Autos aus Politik, Unternehmen und Gewerkschaften lauter. Bereits nach der Finanzkrise 2009 hatte der Staat der Branche mit einer Abwrackprämie geholfen.

Nach Angaben des VW-Cheflobbyisten Thomas Steg, der von 2002 bis 2009 stellvertretender Sprecher der Bundesregierung war, fordert die Autobranche einen Kaufbonus für alle Fahrzeuge, also auch Autos mit Benzin- und Dieselmotor. „Der VDA schlägt eine Prämie vor, über alle Modelle und Segmente hinweg“, sagte Steg bei einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion der Grünen. Zusätzlich zu einer Basisprämie könne es spezielle Zuschläge geben, etwa nach Umweltaspekten. Vordringlich sei auch: „Wer jetzt einen modernen Verbrenner kauft, bekommt in zwei Jahren das Angebot, das Fahrzeug gegen ein Elektrofahrzeug zu tauschen“, sagte er. Eine Prämie nur für E-Autos hält Steg nicht für sinnvoll. Die Produktion von Elektro-

fahrzeugen sei nicht einfach zu verdreifachen. „90 Prozent der Beschäftigten in der Autoindustrie sind mit dem Verbrenner beschäftigt, 10 Prozent mit Elektromobilität“, sagte er.

Allerdings gibt es auch starke Stimmen gegen eine Wiederaufnahme von Kaufanreizen für konventionelle Autos. Nicht nur Umweltverbände lehnen sie ab. Für

## Volkswirte der Deutschen Bank halten eine weitere Kaufprämie für keine gute Idee

E-Autos gibt es schon Prämien. Auch die Volkswirte der Deutschen Bank halten eine weitere Kaufprämie für keine gute Idee. „Anders als andere Sektoren wie die Gastronomie war und ist die Automobilproduktion in Deutschland nicht vom staatlichen Lockdown betroffen“, heißt es in einer Analyse von Deut-

sche Bank Research. Die Schließung der Fabriken sei nicht staatlich verordnet worden, das seien unternehmerische Entscheidungen gewesen. Die Prämie führe zu Vorzieh- und Mitnahmeeffekten, von denen vor allem Besserverdienende profitieren würden. 2019 sei für die Branche ein gutes Jahr gewesen, das beste seit 2009. „Wenn also in diesem Jahr die Neuzulassungen durch eine Prämie zusätzlich angeheizt würden, wäre der Einbruch 2021 umso gravierender“, heißt es.

Am 5. Mai wird im Kanzleramt auf dem „Autogipfel“ über Hilfen für die Branche beraten. Die Organisation LobbyControl kritisiert die Zusammensetzung des Treffens, an dem Vertreter von Unternehmen und Gewerkschaften teilnehmen, aber keine von Umwelt- oder Verbraucherverbänden. „Exklusive Runden wie der Autogipfel sind der falsche Rahmen, um die Verteilung von Corona-Hilfen zu verhandeln“, sagte LobbyControl-Sprecherin Christina Deckwirth.

## Verheerender Anschlag im syrischen Afrin

Mindestens 46 Tote bei Explosion von Tankklaster. Syrische Kurden geben der Türkei Mitschuld

Nach einem verheerenden Anschlag in der nordsyrischen Stadt Afrin mit Dutzenden Opfern haben die Kurden der Region die Türkei mitverantwortlich gemacht. Ankara kontrolliert seit Jahren ein großes Gebiet in der an die Türkei grenzenden syrischen Provinz Aleppo. Die türkische Besatzung verlässt sich dabei auf bewaffnete Gruppen mit Terrorgedankengut, erklärte der politische Arm der kurdisch dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) am Mittwoch. So habe sie „die Tür für Terrorkräfte weit geöffnet“, die unter türkischem Schutz agierten.

Bei der Explosion eines Tankklusters waren am Dienstag in Afrin nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte 46 Menschen getötet worden, darunter elf Kinder. Mehr als 50 Menschen seien verletzt worden. Der Laster war demnach mit einem Sprengsatz versehen. Das türkische Verteidigungsministerium machte die syrische Kurdenmiliz YPG und die verbotene Arbeiterpartei PKK verantwortlich.

Das Gouverneursamt der türkischen Grenzprovinz Hatay teilte am Dienstag mit, ein Verdächtiger, der den Laster zum Anschlagort gebracht haben soll, sei festgenommen worden. Weitere Angaben zu der Person machten die türkischen Behörden zunächst nicht.

Die SDF werden von der YPG angeführt und kontrollieren im Norden und Osten des Bürgerkriegslandes ein großes Gebiet. Die Türkei sieht in der YPG den syrischen Ableger der PKK. Die von Kurden geprägte Region um Afrin liegt direkt an der Grenze zur Türkei. Türkische Truppen und verbündete syrische Rebellen hatten dort im Frühjahr 2018 eine Offensive begonnen und das Gebiet von der YPG eingenommen. Ein wissenschaftliches Gutachten des Bundestages kam zu dem Schluss, dass die dortige türkische Präsenz völkerrechtlich die Kriterien einer Militärbesatzung erfülle. (dpa)

## Urteil chaotisiert Wahlen in der Elfenbeinküste

Aussichtsreicher Jungkandidat Guillaume Soro kann nach Verurteilung vorerst nicht antreten

Von Dominic Johnson

Die mit Spannung erwartete Präsidentschaftswahl in der Elfenbeinküste dieses Jahr ist noch spannender geworden. Ein Gericht in Abidjan verurteilte am Dienstag Guillaume Soro, aussichtsreicher Anwärter auf die Nachfolge des Amtsinhabers Alassane Ouattara, wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu 20 Jahren Haft, Geldstrafen und fünf Jahren Aberkennung seiner bürgerlichen Rechte. Da Soro im französischen Exil weilt, steht eine Vollstreckung der Strafen nicht an – wohl aber vereitelt das Urteil seine Präsidentschaftskandidatur.

Soro war der politische Chef der Rebellen gewesen, die die Nordhälfte der Elfenbeinküste zwischen 2002 und 2011 kontrollierten und gegen den damaligen Präsidenten Laurent Gbagbo kämpften. Im Rahmen eines Friedensprozesses war er 2007 Premierminister geworden. Aber als Gbagbo 2011 trotz Wahl Niederlage Präsident bleiben wollte, vereitelte Soro die Wahl. Das Wahlsieger Ouattara kam ins Amt und regiert bis heute.

Dieses Jahr endet Ouattaras zweite und letzte legale Amtszeit. Der 47-jährige Soro möchte den 78-jährigen Ouattara beerben und hat eine eigene Partei aufgebaut. Ouattaras Parteigänger wollen selbst an der Macht bleiben. Vergangenes Jahr wurde gegen Soro in der Heimat Haftbefehl erlassen – er habe 2007, als er Premierminister wurde, mit Staatsgeldern eine Villa in Abidjan gekauft. Soro sagt dazu, das Geld habe ihm Gbagbo damals im Rahmen des Friedensprozesses zur Verfügung gestellt.

Soros Anwälte schäumen über die Verurteilung. Erst am 22. April hatte der Menschenrechtsgerichtshof der Afrikanischen Union in einer einstweiligen Verfügung die Aufhebung des Haftbefehls gegen Soro angeordnet. Das Urteil jetzt hebt den alten Haftbefehl tatsächlich auf, ersetzt ihn aber einfach mit einem neuen.

## Brennende Banken, fallendes Pfund

Der Kurs von Libanons Landeswährung fällt auf ein Rekordtief, Lebensmittel werden teurer. Der Tod eines Demonstranten steigert die Wut. Das hochverschuldete Land ist in Aufruhr

Aus Beirut Julia Neumann

Die Anweisung der libanesischen Regierung war klar: Nach 20 Uhr darf niemand mehr das Haus verlassen; es gilt eine strikte Ausgangssperre, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Dennoch setzen sich seit dem Wochenende im ganzen Land Menschen darüber hinweg, um auf den Straßen zu protestieren.

Wie Videos von Aktivist\*innen in den sozialen Medien zeigen, warfen Protestierende in den Nächten auf Dienstag und Mittwoch Molotowcocktails in Bankfilialen in der Hauptstadt Beirut, im nördlichen Tripoli und im südlichen Sidon. Außerdem blockierten die Protestierenden die Hauptverkehrsader des Landes mit brennenden Reifen.

In Tripoli, der zweitgrößten Stadt des Landes, kam es am Montag zu Auseinandersetzungen zwischen Aufständischen

und dem Militär; bei denen ein 26-jähriger Mann von einer Sicherheitskraft erschossen wurde. Nach Angaben der Nachrichtenagentur AP kamen Hunderte zu der Beerdigung am Dienstagmorgen. Einige griffen während der Trauerprozession nahe gelegene Bankfilialen an.

„Wir sehen die Preise steigen, als wäre das ein Monopoly-Spiel“

Jana Abu Schakra, Aktivistin

Der Libanon befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Bürgerkriegs vor dreißig Jahren. Die Staatsschulden betragen rund 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die lokale Währung verliert rasant an Wert. Am Wochenende sackte das Pfund ge-

genüber dem US-Dollar auf ein Rekordtief ab.

Das Land ist auf Importe von Lebensmitteln und Medikamenten angewiesen, welche von Importeuren in US-Dollar bezahlt werden müssen. Daher steigen Preise für Reis, Zucker und Mehl an, während die knapp sechs Millionen Libanes:innen mehr als die Hälfte des Werts ihrer Ersparnisse verloren haben. Viele Menschen hatten aufgrund der Wirtschaftslage ihre Jobs bereits vor der Coronakrise verloren.

„Die Notwendigkeit für Protest ist das Ergebnis der gegenwärtigen sozioökonomischen Situation, in der wir uns befinden“, erklärt die 16-jährige Aktivistin Jana Abu Schakra am Telefon gegenüber der taz. „Der Protest ist ein Hilferuf an die Regierung.“

Die Aufstände können als Fortsetzung der im Oktober begonnenen Massenproteste im Libanon gesehen werden. Da-

mals protestierten Tausende Libanes:innen gegen das korrupte Verhalten der Politiker und deren Misswirtschaft, die das Land in den Staatsbankrott geführt hat. Sie forderten den „Niedergang des Regimes“, woraufhin Ministerpräsident Saad Hariri zurücktrat. Zu Beginn des Jahres übernahm Hassan Diab mit seiner Hisbollah-nahen Regierung die Amtsgeschäfte.

„Die Regierung leistet keine humanitäre Nothilfe“, kritisiert Abu Schakra. Sie engagiert sich freiwillig in ihrem Heimatort in der Bergregion Schuf, koordiniert Essen- oder Medizin-spenden. „Wir sehen die Preise um 200 Prozent steigen, als wäre das ein Monopoly-Spiel, und die Regierung reguliert es überhaupt nicht.“

Weil es im Libanon kein staatliches Sozialnetz gibt, haben sich unter der Kampagne „Solidarität der Menschen“ viele Initiativen zusammengetan, um Spenden zu sammeln und Spendenausgaben zu koordinieren.

„In Schuf haben wir zum Beispiel zusammen mit der Gemeinde einen Fragebogen erstellt, um herauszufinden, was die Leute benötigen“, sagt Abu Schakra. „Auf dem Land kennen sich die Leute gut, und wir können erfahren, wer Hilfe benötigt. Aber in den Städten geht das nicht so einfach.“ Es fehle an einer verlässlichen Datenerhebung, bei wem Bedarf bestehe. „Das ist die Aufgabe der Regierung, das können wir als Gruppe nicht leisten.“

Dabei gab es bereits einen Plan, mit Einmalzahlungen Hilfe zu leisten. Der Gesetzentwurf sah vor, an arme Familien 400.000 Pfund auszuzahlen. Die bedürftigen Familien hätten nach offiziellem Währungskurs umgerechnet knapp 240 Euro bekommen, was aber einem tatsächlichen Gegenwert von 100 Euro entspricht. Bevor das Parlament jedoch in seiner Sitzung in der vergangenen Woche darüber abstimmen konnte, schloss man die Sitzung und ging nach Hause.

Vor allem im Nordlibanon ist die Lage angespannt: eine Demonstrantin am Dienstag in Tripoli  
Foto: Mohamed Azakir/reuters



## Beugt sich Brüssel Chinas Druck?

EU-Diplomaten sollen sich bei Aussagen zur Pandemie dem Willen Pekings gebeugt haben, berichten Medien. EU-Außenbeauftragter Borrell äußert sich am Donnerstag zum Vorwurf

Aus Brüssel Eric Bonse

Der Auswärtige Dienst der EU steht für Diplomatie und Diskretion. Aus dem unscheinbaren Gebäude im Brüsseler Europaviertel dringt selten etwas nach außen. Doch nun ist der Dienst in die Schlagzeilen geraten. Laut der *New York Times* sollen sich die EU-Diplomaten in einem Bericht bei Aussagen zur Coronapandemie chinesischem Druck gebeugt haben. Das Europaparlament ist alarmiert.

Der niederländische Europaabgeordnete Bart Groothuis will den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zur Rede stellen. Nötig sei eine „förmliche und vollständige Erklärung“, fordert der liberal-konservative Verteidigungsexperte. „China wird stärker und mächtiger“, warnt er düster.

Am Donnerstag will Borrell tatsächlich antworten. „Ich

freue mich auf einen interessanten Austausch“, sagt der CDU-Europaabgeordnete David McAllister. In Wahrheit dürfte es eher ein Kreuzverhör werden. Denn Liberale und Konservative warten nur darauf, China aufs Korn zu nehmen – und die EU gegen Peking in Stellung zu bringen.

Der Anlass wirkt auf den ersten Blick banal. Es geht um einen Routinebericht des Auswärtigen Dienstes zum Thema Fake News und Desinformation. Schon seit Jahren sammeln EU-Experten russische Presseartikel, Online-News und Tweets, um Falschmeldungen und Propaganda kenntlich zu machen. Diesmal haben sie sich auch China vorgenommen.

Doch überzeugende Beweise für Desinformation sucht man in dem „Special Report“ vom 22. April vergebens. Der EU-Dienst spricht zwar von „verdeckten Operationen“ mit dem

Ziel, den Ursprung der Pandemie in Wuhan zu verschleiern. Als Beleg wird aber nur ein Bericht des britischen *Daily Telegraph* genannt – eine wenig vertrauenswürdige Quelle.

Der Streit dreht sich denn auch nicht darum, was in dem EU-Bericht steht – sondern darum, was nicht darin steht. Laut *New York Times* habe Peking interveniert, um missliebige Aussagen streichen zu lassen. Offenbar mit Erfolg: Aussagen zu Frankreich seien ebenso getilgt worden wie der Satz, dass China „eine globale Desinformationskampagne“ führe.

Doch die EU-Diplomaten weisen das zurück. „Ich bestreite, dass wir uns Druck von außen gebeugt haben“, sagt der Sprecher von Borrell. Rückendeckung bekommt er von einem prominenten Grünen. China-Experte Reinhard Bütikofer verteidigt den Fake-News-Report.

Der Bericht sei inhaltlich kaum verändert worden, nur die externe Kommunikation sei nicht sachgerecht gewesen.

Das ist noch milde ausgedrückt. Die EU wies nicht nur den Bericht der *New York Times* zurück, sondern legte sich auch noch mit dem Insiderdienst *Politico* an. Der verbreitete Falschmeldung, hieß es, auf Twitter kam es danach sogar zu wenig diplomatischen Scharmützeln. Der eigentliche Anlass – China – geriet dabei fast in Vergessenheit.

Das dürfte sich mit der Anhörung ändern. Mehr als 50 Abgeordnete unterstützen Groothuis' Ruf nach Aufklärung. Viele fordern einen härteren Kurs gegen China. Gegen Russland hat sich das EU-Parlament bereits hart positioniert. Nur gegen Desinformation aus den USA geht die EU nicht vor. Dabei kommt die sogar aus dem Weißen Haus.



## debatte

## Sumpfwurzeln gegen Angst

Vor 100 Jahren fielen der Spanischen Grippe viele Millionen Menschen zum Opfer. Was wir heute von der „Mutter aller Pandemien“ lernen können

**A**ls ich Anfang März von einer zweiwöchigen Reise aus Südamerika zurückkehrte, war die Welt verändert und die Ereignisse überschlugen sich. Auch das Coronavirus war im Flugzeug unterwegs gewesen und hatte sich innerhalb weniger Wochen in nahezu allen Ländern verbreitet. Die WHO rief eine Pandemie aus. Angst und Sorge verspürte ich nicht. Die folgenden Diskussionen waren mir merkwürdig vertraut. Häufig ahnte ich bereits, welches Thema als nächstes die öffentliche Debatte bestimmen würde und woran sich die Gemüter erhitzten. Das lag nicht etwa an prophetischen Fähigkeiten, sondern an meiner Forschung zu einer lange zurückliegenden Seuche.

### In New Orleans fanden Amulette, Federn weißer Hühner und Karo-Asse für den linken Schuh großen Absatz

Im Zusammenhang mit der Coronapandemie gerät ein Ereignis in den Fokus, dem vor rund 100 Jahren bis zu 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen: die Spanische Grippe. Von der „Mutter aller Pandemien“, wie sie nun genannt wird, soll in Bezug auf Corona gelernt werden; insbesondere über Ausbreitung, Wellen, Immunität, Schutzmaßnahmen. Andere Aspekte finden bislang kaum Beachtung: die sozialen, zwischenmenschlichen, psychologischen und seelischen.

Obwohl jede Pandemie ein spezifisches Einzelereignis ist, finden sich wiederkehrende Muster. Diese Kenntnis kann helfen, sich einer Zäsur weniger angstbesetzt zu nähern. Vor allem zu Beginn der Spanischen Grippe im Jahr 1918 herrschte Unsicherheit, um was für eine Erkrankung es sich handelte. Experten stritten über Diagnose, Todesursache und Immunität. Man suchte verzweifelt nach Impfstoffen und Behandlungsmöglichkeiten. Kriegsführende Staaten verleugneten die Seuche zunächst; Kirchenvertreter sahen sie als Zorn Gottes. Verschwörungstheorien hatten Konjunktur und windige Geschäftsleute priesen vermeintliche Heilmittel an: Dr. Kilmers Sumpfwurzel sollte grippegeschädigte Nieren heilen. Formamint-Tabletten, eine Mischung aus Formaldehyd und Milchzucker, waren begehrt und zeitweilig ausverkauft. Die AEG bewarb ihre elektrischen Geräte als hilfreich gegen Grippe. In New Orleans fanden Amulette, Federn weißer Hühner und Karo-Asse für den linken Schuh großen Absatz.

Angst war ein dominantes Thema, Ärzte besprachen es in Fachzeitschriften. Durch den Krieg herrschte Ärztemangel, Freiwillige, Ärzte im Ruhestand, Medizinstudenten und Schwesternschülerinnen halfen aus. Es gab Krisengewinnler auf der einen, viele Arbeitslose und soziale Ungleichheit auf der anderen Seite. Es starben deutlich mehr Arme, aber auch einige Prominente.

Anders als vor 100 Jahren sind uns Viren heute bekannt. Trotzdem wissen wir noch nicht genau, wie das neuartige Coronavirus auf den Körper einwirkt und was es anrichtet. Wie früher wider-

sprechen sich Erkenntnisse oder gelten alsbald als überholt. Zügige Studienergebnisse werden versprochen, Hoffnungen geweckt und wieder eingekassiert; Präparate als Heilmittel in Erwägung gezogen und fallen gelassen. Das war damals nicht anders, Fachzeitschriften waren voll von „vorläufigen Mitteilungen“. Während der Spanischen Grippe versuchte man, die Ausbreitung der Krankheit über Hygiene- und Quarantänemaßnahmen einzudämmen, ein klarer Fortschritt gegenüber vorherigen Seuchen. Es stellte sich heraus, dass eine Infektion während der ersten Welle nicht zwangsläufig vor Erkrankung während der zweiten schützte. Diese zweite Welle folgte, als man das Schlimmste überstanden glaubte und verlief ungleich schwerer und tödlicher. Heute ist bekannt, dass Viren mutieren und dadurch neue Virustypen entstehen.

Neu ist die aktuelle Strategie, die Ausbreitung der Pandemie in die Länge zu ziehen und das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Die zeitliche Verzögerung soll der Entwicklung eines Impfstoffes dienen. Wie sicher ist, dass er wirkt – und wenn ja, wogegen? Besteht die Gefahr, dass längst Sars-CoV-3 grassiert, wenn endlich ein Impfstoff für Sars-CoV-2 verfügbar ist? Kommt die Zwangsimpfung? Über medizinische Tabus wird aktuell berichtet und über absichtliche Ansteckung diskutiert. Doch schon damals experimentierte man mit „Schutzstoffen“ aus dem Blut Überlebender. Gefängnisinsassen ließen sich zur Erforschung von Medikamenten mit mutmaßlichen Grippeerregern infizieren – mehr oder weniger freiwillig. In einer existenziellen Notlage sind Entscheidungen nicht frei. Auch das Benutzen einer Corona-App wird begleitet werden von moralischem Druck.

Mit der Digitalisierung wächst die Gefahr von Überwachung und Beeinflussung. Damals existierten nur Printmedien. Heute ermöglichen soziale Medien ein Wirrwarr aus Informationen und Meinungen. Man fühlt sich gut informiert und als Experte. Hybris oder Unwissenheit können schon mal in lebensgefährlichen Vorschlägen gipfeln, wenn etwa zur Einnahme von Desinfektionsmittel geraten wird.

Aufklärung und Transparenz sind in diesen Zeiten wichtiger denn je. Die unmittelbare mediale Zurschaustellung erinnert allerdings zunehmend an Gladiatorenkämpfe: Meinungsverschiedenheiten zwischen Virologen und Politikern werden als Duelle inszeniert. Selbst Virologen-Fanartikel gibt es. Unterhaltungswert und Adrenalinausstoß sind garantiert – ein Ersatz für die ausfallenden Fußballspiele.

Jede Zeit hat ihre Themen. Die Grundprobleme, mit der Gesellschaften und Individuen konfrontiert werden, bleiben – im jeweiligen Kontext – ähnlich. Für uns alle lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit. Er gestattet es, Vertrautes und Vergleichbares zu erkennen und dadurch eine erschütternde Erfahrung im Heute zu relativieren, ihr die Vehemenz zu nehmen. Aber es geht nicht nur um die eigene Angst. Aus der Geschichte lernen heißt auch, dass wir nicht jedes Drama selbst erlebt haben müssen, um Antrieb und Kraft zu finden, zukünftige Katastrophen zu vermeiden. Was systemrelevant ist, liegt in unser aller Hand.



**Stefanie Liv Jahn** ist Ärztin in Berlin und Hamburg und hat 2014 zur Spanischen Grippe promoviert.

Bernd Pickert über das Problem Joe Biden

## Besser, er ginge

**E**s hat eine Weile gedauert, bis der Verdacht früherer sexueller Übergriffe gegen den designierten demokratischen Kandidaten für die US-Präsidentschaft, Joe Biden, ins Bewusstsein der US-Öffentlichkeit gelangt ist. Biden konnte es sich bislang erlauben, persönlich überhaupt nicht zu reagieren, sondern lediglich sein Wahlkampfteam alle Vorwürfe der heute 56-jährigen Tara Reade für frei erfunden erklären zu lassen. Doch das ist nach neuen Indizien vorbei: Reades Erzählung davon, wie der damalige Senator Biden sie 1993 als 29-jährige Mitarbeiterin sexuell bedrängt und zwischen die Beine gefasst habe, ist inzwischen mindestens so glaubwürdig wie jene, die Christine Blasey Ford vor nicht einmal zwei Jahren über den damaligen Kandidaten für den Obersten Gerichtshof, Brett Kavanaugh, zu berichten hatte.

Damals präsentierten sich die Demokrat\*innen als die Partei des #MeToo, als jene, die wissen, dass Opfer sexueller Gewalt oft viele Jahre brauchen, um über ihre Erlebnisse sprechen zu können. Unter Hashtags wie #Believe-the-women warben sie darum, Frauen

Glauben zu schenken und mächtigen Männern ihre sexistischen Übergriffe nicht mehr durchgehen zu lassen. Der Vorwurf, im Vergleich der Fälle Biden und Kavanaugh mit zweierlei Maß zu messen, ist offensichtlich.

Und so mehren sich jetzt die Stimmen jener aus dem demokratischen Lager, die Biden sehr ultimativ auffordern, sich endlich selbst zu verhalten. Von manchen aus dem – noch in Teilen bestehenden – Wahlkampfteam von Bidens Konkurrenten Bernie Sanders heißt es schon, Biden sollte die Kandidatur aufgeben.

Das Problem für die Demokrat\*innen ist dabei nicht, dass sich Wähler\*innen von Biden ab- und Amtsinhaber Donald „Grab ‘em by the pussy“ Trump zuwenden könnten. Dessen Wiederwahl zu verhindern, dürfte vielmehr das Hauptmotiv vieler sein, überhaupt im November zur Wahl zu gehen. Aber wenn Biden nicht irgendeinen überzeugenden Weg findet, mit den Vorwürfen umzugehen, würde es für viele Demokrat\*innen zu einer Zumutung, ihm ihre Stimme zu geben. Dann wäre es besser, er ginge. Und zwar gleich.

Benno Stieber über den Tübinger Oberbürgermeister Palmer

## Entschuldigung kommt zu spät

**E**rstaunlich, wie Corona die Selbstdemontage von einzelnen Politikern befördert. Am Sonntag konnte man Armin Laschet bei Anne Will dabei zuschauen und jetzt hat sich auch Boris Palmer endgültig für höhere Positionen, etwa als Nachfolger Winfried Kretschmanns, aus dem Rennen geschossen.

Palmer hatte früh Zweifel am Corona-Lockdown geäußert. Auch im Interview mit der taz hatte er zu bedenken gegeben, dass auch der wirtschaftliche Niedergang Tausende Armutsopfer fordere. Er schlug vor, Risikogruppen in Quarantäne zu schicken und das öffentliche Leben wieder zu öffnen. Eine vielleicht allzu kühle Sichtweise, die man aber diskutieren kann.

Palmer genügt es aber nicht, einen Beitrag zur Debatte zu leisten. Es geht ihm um die größtmögliche Provokation. Im Privatfernsehen spielte er am Montag Junge gegen Alte aus, als er sagte: „Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einen halben Jahr sowieso tot wären.“

In seinem Zwang zur Provokation erliegt Palmer einmal mehr der Versu-

chung, vermeintliche Fakten ins Absurde zu überzeichnen und so in Populismus zu verkehren. Das tat er schon oft, etwa in der Flüchtlingskrise, als er öffentlich über die Herkunft von pöbelnden Radfahrern spekulierte. In seinen Beiträgen zur Coronakrise geht er jetzt, anders als der klug abwägende Wolfgang Schäuble, schnodderig über die Sorgen der Menschen und den vorhandenen Konflikt zwischen den beiden Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit und die Würde der Menschen hinweg.

Sensationell genug, zum ersten Mal erkennt Palmer, dass er mit dieser Provokation zu weit gegangen ist. Er entschuldigt sich sogar. Es wird ihm allerdings nicht viel nützen.

Denn diesmal haben sich auch die letzten politischen Weggefährten von ihm abgewandt. Vielleicht kann Palmer besser rechnen und Statistiken interpretieren als andere Politiker. Aber dafür mangelt es bei ihm an zwei anderen Eigenschaften, die Politiker in Krisenzeiten haben oder wenigstens behaupten sollten: Verantwortungsbewusstsein und Empathie.

Anna Lehmann zur von den Kultusministern geplanten Schulöffnung

## Systemrelevanz verkannt

**D**ie Kultusministerkonferenz hat wie versprochen ein Konzept zur Öffnung der Schulen vorgelegt. Es ist kein detailliert ausgearbeiteter Fahrplan, kann es auch nicht sein, da die Öffnung der Schulen wie auch die Lockerungen in der Gesellschaft unter Vorbehalt der weiteren Entwicklung der Pandemie stehen. Es steht aber wohl fest, dass die Schulen auf unbestimmte Zeit nicht zum regulären Betrieb zurückkehren werden. Löblich ist, dass die KultusministerInnen sich der größer werdenden Kluft zwischen SchülerInnen aus privilegierten und benachteiligten Haushalten bewusst sind und empfehlen, dass Letztere „gezielt pädagogische Präsenzangebote an den Schulen erhalten“.

Dass die KultusministerInnen vorsichtig agieren, hängt aber nicht nur mit dem unklaren Infektionsgeschehen zusammen. Es ist auch ein Eingeständnis, dass viele Schulen überhaupt nicht darauf vorbereitet sind, Unterricht unter den gebotenen Hygienevorschriften für eine größere Zahl von Schülern anzubieten. Es mangelt an Personal, an Räumen und an Aus-

stattung. Die Pandemie legt die politischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte schonungslos offen.

Jahrelang haben LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen auf zu große Klassen und den Mangel an Personal hingewiesen. Noch vor wenigen Monaten wurden all diese Probleme mit „Geht doch irgendwie“ ausgeblendet, nun offenbaren sie sich als pandemische „Geht so gar nicht“-Herausforderungen. Es rächt sich, dass Investitionen in Schulen immer zögernd, immer halbherzig und immer erst nach langem Leiden getätigt werden. Dazu kommt, dass jede zweite Lehrkraft über 50 Jahre alt ist – nicht die Generation, für die digitale Lernplattformen das Parkett sind, auf dem sie sich trittfest bewegt. Genau darauf aber setzt die KMK.

Vielleicht birgt diese Krise aber eine Chance: So wie derzeit über eine bessere Bezahlung systemrelevanter Berufe und ein krisenfesteres Gesundheitssystem debattiert wird, wäre es auch an der Zeit, substanzielle Investitionen in die systemrelevantesten Institutionen der Gesellschaft zu fordern: die Kitas und die Schulen.

ARD

- 12.00 Tagesschau
12.15 ARD-Buffer
13.00 ZDF-Mittagsmagazin
14.00 Tagesschau
14.10 Rote Rosen
15.00 Tagesschau
15.10 Sturm der Liebe
16.00 Tagesschau
16.10 Sehnsucht Segeln
17.00 Tagesschau
17.15 Brisant
18.00 Wer weiß denn sowas?
18.50 In aller Freundschaft
20.00 Tagesschau
20.15 Der Zürich-Krimi: Borchert und der fatale Irrtum. D 2020
21.45 Monitor
22.15 Tagesthemen
22.45 Nuhri im Ersten
23.30 Die Florian Schroeder Satireshow
0.15 Nachtmagazin
0.35 Der Zürich-Krimi: Borchert und der fatale Irrtum. D 2020

ZDF

- 12.00 heute
12.10 drehscheibe
13.00 ZDF-Mittagsmagazin
14.00 heute - in Deutschland
14.15 Die Küchenschlacht
15.05 Bares für Rares
16.00 heute - in Europa
16.10 Die Rosenheim-Cops: Mit Schwung in den Tod. D 2009
17.00 heute
17.10 hallo deutschland
17.45 Leute heute
18.00 SOKO Stuttgart: Beste Freunde. D 2017
19.00 heute
19.25 Notruf Hafenkante
20.15 Ausgerechnet Syllt
21.45 heute-journal
22.15 maybrit illner
23.15 Markus Lanz
0.30 heute+

RTL

- 12.00 Punkt 12
14.00 Die Superhändler - 4 Räume, 1 Deal
15.00 Kitsch oder Kasse
16.00 Marco Schrey!
17.00 Hensslers Countdown - Kochen am Limit
17.30 Unter uns
18.00 Explosiv - Das Magazin
18.30 Exklusiv - Das Star-Magazin
18.45 RTL aktuell
19.05 Alles was zählt
19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
20.15 Der Lehrer
22.15 Schmitz & Family
23.10 Magda macht das schon!
0.00 RTL Nachtjournal
0.30 Der Lehrer

SAT.1

- 12.00 Anwältin im Einsatz
14.00 Auf Streife
15.00 Auf Streife - Die Spezialisten
16.00 Klinik am Südring
17.00 Die Familienhelfer
17.30 Auf Streife - Die Spezialisten
18.00 Richter und Sinder - Ein Team für harte Fälle
18.30 Grünberg und Kuhnt
19.00 Big Brother
19.55 Sat.1 Nachrichten
20.15 Criminal Minds: Das letzte Date. USA 2020
1.00 Criminal Minds: Das letzte Date. USA 2020

Pro 7

- 12.15 2 Broke Girls
12.40 Mom
13.30 Two and a Half Men
14.50 The Middle
15.45 The Big Bang Theory
17.05 taff
18.00 Newstime
18.10 Die Simpsons

tagestipp donnerstag

Eine Verfolgungsjagd auf Skiern, ein spektakulärer Fallschirmsprung und ein Kampf im Zug: Der dritte James Bond von Roger Moore von 1977 liefert ab.

„James Bond 007 - Der Spion, der mich liebte“, 22 Uhr, Vox



Foto: Vox

- 18.40 Die Simpsons
19.10 Galileo
20.15 Germany's next Topmodel - by Heidi Klum
22.35 red.
23.40 Big Stories
0.30 Kiss Bang Love
1.25 Kiss Bang Love

- 10.00 Der kleine Rabe Socke 2. Animationsfilm, D 2015
11.10 Logo! Die Welt und ich
11.20 Hexe Lilli: Der Drache und das magische Buch. Fantasyfilm, D/USA 2009. Regie: Stefan Ruzowitzky
12.40 The Garfield Show
13.15 Ein Fall für TKKG
13.40 Tiere bis unters Dach
14.10 Schloss Einstein
15.00 H2O - Plötzlich Meerjungfrau
15.50 Horseland, die Pferderanch
16.35 Sherlock Yack - Der Zoodetektiv
16.50 Geronimo Stilton

KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
8.10 Zoés Zauberschrank
8.35 Wolkenkinder
8.55 Tilda Apfelkern
9.15 Ene Mene Bu - und dran bist du
9.25 Super Wings

ARD

- 13.05 Erlebnis Erde
13.55 Schwarzbrot in Thailand
15.25 Billy Kuckuck - Margot muss bleiben!
17.00 Dennstein & Schwarz
18.30 Hannelore Kohl - Die erste Frau
20.00 Tagesschau
20.15 Werkstatthelden mit Herz
21.45 Tagesthemen
22.15 Tator: Treibjagd. D 2018
23.45 Ein Fall für Annika Bengtson: Studio 6. S 2012
1.20 Werkstatthelden mit Herz

ZDF

- 12.00 Rosamunde Pilcher: Zauber der Liebe
14.20 Bares für Rares - Lieblingsstücke
16.15 Die Rosenheim-Cops: Der Tod zeigt Muskeln. D 2009
17.00 heute
17.15 hallo deutschland
18.15 SOKO Kitzbühel: Mülltaucher. A/D 2015
19.00 heute
19.15 Programm nach Ansage
19.30 Bettys Diagnose
20.15 Der Alte: Funkstille. D 2020
21.15 Letzte Spur Berlin: Taufpatin. D 2020
22.00 heute-journal
22.15 heute-show
22.45 Das Literarische Quartett
23.35 Dead End: C'est la vie. D 2019
0.20 heute-show
0.50 Better Call Saul: Schäferbub. USA 2015
1.35 Better Call Saul: Bullen. USA 2015
2.15 Letzte Spur Berlin: Taufpatin. D 2020
3.00 Die Brücke - Transit in den Tod

RTL

- 12.50 Dickste Freunde. Tragikomödie, USA 2011
14.50 Voll abgezockt. Kriminalkomödie, USA 2013
16.50 Aushilfsgangster. Kriminalkomödie, USA 2011
18.45 RTL aktuell
19.05 Comeback oder weg?
20.15 Luke! Die Schule und ich - VIPs gegen Kids
22.45 Die Faisal-Kawusi-Show
23.40 Knallerfrauen
0.35 Switch Reloaded

SAT.1

- 12.45 Verrückt nach dir. Liebeskomödie, USA 2010
14.40 In den Schuhen meiner Schwester. Tragikomödie, USA/D/GB 2005
17.15 Bad Teacher. Komödie, USA 2011
19.00 Big Brother
19.55 Sat.1 Nachrichten
20.15 Luke! Die Schule und ich - VIPs gegen Kids
22.45 Die Faisal-Kawusi-Show
23.40 Knallerfrauen
0.35 Switch Reloaded

Pro 7

- 13.40 Two and a Half Men
15.00 The Middle
15.55 The Big Bang Theory
18.00 Newstime
18.10 Die Simpsons
19.10 Galileo
20.15 ES. Horrorfilm, USA/CDN 2017. Regie: Andy Muschietti. Mit Jaeden Lieberher, Bill Skarsgård
22.50 Carrie. Horrorfilm, USA 2013. Regie: Kimberly Peirce. Mit Chloë Grace Moretz, Julianne Moore
0.40 Shining. Horrorthriller, USA/GB 1980. Regie: Stanley Kubrick. Mit Jack Nicholson, Shelley Duvall
2.55 Carrie. Horrorfilm, USA 2013

tagestipp 1.mai

„Shining“, „Es“ und „Carrie“: ein ganzer Abend Stephen King. In der Adaption von Kimberly Peirce gibt Julianne Moore die fanatische christliche Mutter und Chloë Grace Moretz (Foto, r.) ihre Tochter.

„Carrie“, 22.50 Uhr, Pro7



Foto: Pro7

KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
8.10 Zoés Zauberschrank
8.35 Wolkenkinder
9.05 Tilda Apfelkern
9.25 Der Kater mit Hut geht campen
10.20 Der kleine Drache Kokosnuss - Auf in den Dschungel!
11.35 Der kleine Drache Kokosnuss - Feuerfeste Freunde
12.50 The Garfield Show
13.15 Ein Fall für TKKG

- 13.40 Tiere bis unters Dach
14.10 Schloss Einstein
15.00 Amelie rennt. Familienfilm, D/USA 2017. Regie: Tobias Wismann. Mit Mia Kasalo, Samuel Girardi
16.35 Horseland, die Pferderanch
17.35 Die Abenteuer des jungen Marco Polo - Reise nach Madagaskar
18.00 Sir Mouse
18.15 Der kleine Drache Kokosnuss
18.35 Mama Fuchs und Papa Dachs

- 17.35 Die Abenteuer des jungen Marco Polo - Reise nach Madagaskar
18.00 Wir Kinder aus dem Mönchweg
18.15 Der kleine Drache Kokosnuss
18.35 Mama Fuchs und Papa Dachs
18.50 Unser Sandmännchen
19.00 Nils Holgersson
19.25 Die beste Klasse Deutschlands
19.50 logo! Die Welt und ich
20.00 KiKA Live
20.10 Find me in Paris - Tanz durch die Zeit

ARTE

- 8.00 Die Feuertänzer aus dem Strandscha-Gebirge
8.45 Stadt Land Kunst
9.50 Anders essen - Das Experiment
11.25 Linsen: Das Rezept gegen den Welthunger
12.15 Re:
12.50 Mit offenen Karten
13.00 Stadt Land Kunst
13.45 Licht. Historiendrama, A/D 2017
16.00 Thailand - Enten auf der Schulbank
16.55 X:enius
17.20 Tiere im Fokus
17.50 Südamerika - So weit das Auge reicht
19.20 Arte Journal
19.40 Re:
20.15 Die DC-3 Story
21.10 Dérapages - Kontrollverlust (4-6/6)
23.50 Liebe Halal. Komödie, D/LBN 2015
1.20 Metropolen von unten

3SAT

- 18.30 nano
19.00 heute
19.20 Kulturzeit
19.50 Sebastian Puffpaff: Noch nicht Schicht!

- 20.00 Tagesschau
20.15 Wissen aktuell
22.00 ZIB 2
22.25 auslandsjournal extra
22.55 Sklavinnen des IS
0.20 Zapp
0.50 10vor10

BAYERN

- 18.00 Abendschau
18.30 Rundschau
19.00 mehr/wert
19.30 Dahoam is Dahoam
20.00 Tagesschau
20.15 quer
21.00 Mama Bavaria
21.45 Rundschau Magazin
22.00 Ringlsetter
22.45 Das Institut - Oase des Scheiterns
23.15 Wildboyz on the Road
0.15 Startrampe
1.45 PULS Open Air 2019

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
18.15 Die Rezeptsucherin zu Hause
18.45 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
20.00 Tagesschau
20.15 Zur Sache Rheinland-Pfalz!
21.00 Mein schönes Heim - Bauen. Wohnen. Staunen.
21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
22.00 Jung in den 80ern
23.30 Die größten Schläger-Kulthits der 80er

HESSEN

- 18.00 Maintower
18.25 Brisant
18.45 Die Ratgeber
19.15 alle wetter
19.30 hessenschau
20.00 Tagesschau

- 20.15 Alles Wissen
21.00 Berwalds Hausbesuch
21.45 Das hr Comedy Festival
22.30 hessenschau kompakt
22.45 Hauptsache Kultur
23.15 1929 - Das Jahr Babylon
0.00 Arbeit war das halbe Leben
1.00 Die großen und die kleinen Wünsche - David gegen Goliath

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
18.15 Wenn Keiner Geld ausgibt - Existenzkampf in Zeiten von Corona
18.45 Aktuelle Stunde
19.30 Lokalzeit
20.00 Tagesschau
20.15 Tator: Zahltag. D 2016
21.45 WDR aktuell
22.15 Immer lustig! Unsere Komiker und Kabarettisten
23.45 Sketch-Highlights XL
1.15 So lacht NRW Extra

NDR

- 18.00 Ländermagazine
18.15 Typisch!
18.45 DAS!
19.30 Ländermagazine
20.00 Tagesschau
20.15 Bhutan - Glücksland im Wandel
21.00 Länder - Menschen - Abenteuer
21.45 NDR Info
22.00 Morden im Norden: Am Limit. D 2016
22.45 Morden im Norden: Eiskind. D 2016
23.35 After Corona Club
23.50 Die verlorene Zeit. Kriegsdrاما. D 2011. Regie: Anna Justice. Mit Alice Dwyer, Dagmar Manzel
1.35 Coronavirus-Update
2.05 Kulturjournal
2.35 Mein Norden
2.45 Hallo Niedersachsen

RBB

- 18.00 rbb UM6 - Das Ländermagazin
18.27 zibb
19.30 Abendschau
20.00 Tagesschau
20.15 rbb spezial
20.30 Auf der anderen Seite ist das Gras viel grüner. Romantikkomödie, D 2017
22.05 rbb24
22.35 Polizeiruf 110: Die Maß ist voll. D 2004
0.05 Talk aus Berlin
0.35 Der Wert des Menschen. Sozialdrama, F 2015

MDR

- 18.10 Brisant
19.00 MDR Regional
19.30 MDR aktuell
19.50 Das Dorf - Landleben in der Altmark
20.15 So schön ist Görliitz
21.45 MDR aktuell
22.05 Florentiner 73
23.35 Agnes Kraus - Volksschauspielerin

PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
12.45 phoenix plus
14.00 phoenix vor ort
14.45 Faszination Bienen
15.30 phoenix plus
16.00 Kreuzfahrt und Corona
16.45 Dokumentation
17.30 phoenix der tag
18.00 Die Nordreportage
18.30 Das Ende des Erhabenen Staates
20.00 Tagesschau
20.15 Grüne Mythen - Die großen Irrtümer der Nachhaltigkeit
21.00 Tiertransporte grenzenlos
21.45 heute-journal
22.15 phoenix runde
23.00 phoenix der tag

HESSEN

- 18.00 Erlebnis Hessen
18.45 Tobis Städtetrip
19.30 hessenschau
20.00 Tagesschau
20.15 Erlebnisreise auf dem Ederhöhenweg
21.45 Hessen von oben
22.00 NDR Talk Show
0.00 Heinz Schenk - ganz persönlich!
0.45 Spion zwischen zwei Fronten. Agententhriller, D/GB/F 1966. Regie: Terence Young. Mit Christopher Plummer, Romy Schneider
3.00 sport extra

WDR

- 18.00 Lokalzeit live - Zoos und Tierparks vor dem Neustart
18.45 Aktuelle Stunde
19.30 Lokalzeit-Geschichten
20.00 Tagesschau
20.15 70 Jahre NRW - Eine bewegende Geschichte
21.45 Kölner Treff
23.15 Der Regenmacher. Justizthriller, USA/D 1997. Regie: Francis Ford Coppola. Mit Matt Damon, Danny DeVito
1.20 Kölner Treff
2.50 Tator: Zahltag. D 2016

NDR

- 18.20 Neues aus Büttenwarder
18.45 DAS!
19.30 Ländermagazine
20.00 Tagesschau
20.15 die nordstory spezial
21.45 NDR Info
22.00 NDR Talk Show
0.00 Käpt'n's Dinner
0.30 After Corona Club
0.45 Max Raabe Unplugged
1.45 NDR Talk Show
3.45 Schleswig-Holstein Magazin

RBB

- 18.00 rbb24
18.10 Gartenzeit
18.40 Wildes Deutschland
19.30 Abendschau
20.00 Tagesschau
20.15 rbb spezial
20.30 Eine Rückentour durch Berlin
22.00 rbb24
22.30 Die Legende von Paul und Paula. Liebesdrama, DDR 1973
0.10 Die 30 größten Kulthits des Ostens - Die 70er

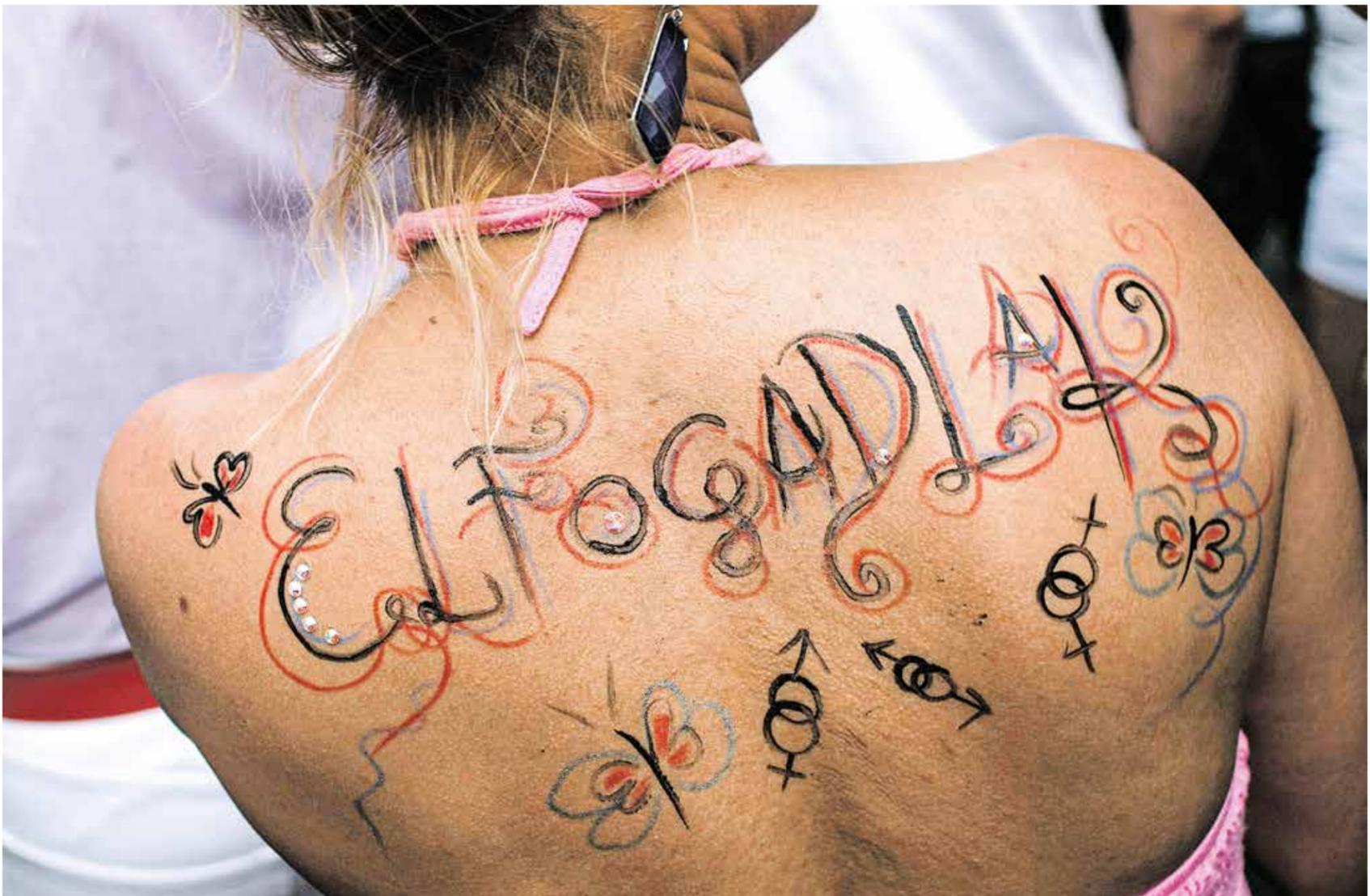
MDR

- 19.00 MDR Regional
19.30 MDR aktuell
19.50 Elefant, Tiger & Co.
20.15 Die Schläger des Monats
21.45 MDR aktuell
22.00 Riverboat
22.05 Riverboat extra
2.05 Willkommen bei den Sch'tis. Komödie, F 2008

PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
13.00 Venedig, bedrohte Schönheit
13.15 Dreckige Brise - Traumschiffe als Luftverschmutzer?
14.00 Mit dem Postschiff auf dem Jenissej
15.30 ZDFReportage
16.00 Das Wattenmeer: Spiegel des Himmels
16.15 Frauen und Ozeane
20.00 Tagesschau
20.15 Zur See - Als der Osten das „Traumschiff“ erfand
21.45 DDR Ahoi!
22.30 Golfstrom
23.15 Golfstrom
0.00 Frauen und Ozeane
3.45 Volle Kraft voraus - Die Hamburger Hafenschlepper

Advertisement for 'Le Monde diplomatique' featuring a large headline 'FÜR 25 EURO um die Welt', a sub-headline 'Die Internationale', and a promotional offer 'Seit 25 Jahren bietet Le Monde diplomatique Analysen, Alternativen und Geschichten...'. It includes an image of the magazine cover and a yellow circular badge '25 Jahre deutsche Ausgabe'.



„Ich akzeptiere dich.“ Klare Stellungnahme auf der Budapest Pride im Jahr 2014  
Foto: Martin Fejer/Est&Ost

# Die transfeindliche Autokratie

Im Windschatten repressiver Corona-Sondervollmachten treibt Ungarns Präsident Viktor Orbán auch ein Lieblingsprojekt der Neuen Rechten voran: die Demütigung und Verfolgung sexueller Minderheiten

Von Steven Meyer

Krisztina Orbán, 43, lebt in einer kleinen Stadt mitten in Ungarn und arbeitet für die NGO Transvanilla, die sich für trans Menschen einsetzt. Schon seit Jahren versucht Krisztina auf deren Situation in Ungarn aufmerksam zu machen. Krisztina ist selbst trans und identifiziert sich als nicht-binär, also weder als Mann noch als Frau. Den Geschlechtseintrag auf offiziellen Papieren konnte Krisztina nie ändern, weil diese Möglichkeit für nicht-binäre Menschen bisher nicht bestand. Und in diesen Tagen ist die Situation noch einmal verschärft worden.

„Als ich von dem neuen Gesetzentwurf gehört habe, habe ich minutenlang still in meinem Auto gesessen“, erzählt Máté, 41, aus Budapest beim Videocall-Interview. Er ist trans und heißt eigentlich anders, möchte aber lieber anonym bleiben. Der Gesetzentwurf, von dem er spricht, wurde von der ungarischen Regierung am 31. März vorgestellt. Er sieht vor, dass beim Standesamt und auf amtlichen Dokumenten nur noch das „Geschlecht bei Geburt“ vermerkt werden darf. Das würde ein Ende der rechtlichen Anerkennung von trans Personen bedeuten, denn so wäre es ihnen unmöglich, Namen oder Geschlecht zu ändern. Máté konnte sich minutenlang nicht bewegen, als er davon hörte. Er war schockiert. „Ich dachte nur: Das können sie nicht machen, so kann ich nicht weiterleben.“

Máté hat sich 2018, mit 39 Jahren, als trans geoutet und lebt seither offen als Mann. Vor seinem Outing war er nicht glücklich. Er habe getrunken, Drogen genommen und hatte Suizidgedanken. „Ich konnte lange nicht beschreiben, was mit mir los ist, und wusste nichts

von Transidentität“, sagt er. In offiziellen Dokumenten konnte er seinen Geschlechtseintrag noch nicht ändern, obwohl er bereits im Oktober 2018 einen Antrag stellte. Seit etwa zwei Jahren ist es in Ungarn aber de facto nicht mehr möglich, den Geschlechtseintrag zu ändern, die Behörden setzen das Verfahren nämlich aus.

Dass Mátés Geschlechtsidentität nicht anerkannt wird, führt immer wieder zu Problemen, sobald er sich irgendwo ausweisen muss. Bei Terminen bei der Bank wird er misstrauisch angeschaut, seine Identität in Frage gestellt und erst kürzlich wollte ihm eine Anwältin bei einem Termin nicht glauben, dass er die Person auf seinem Ausweis ist. Kein Wunder, sagt er, denn darin stehe, dass er eine Frau sei, obwohl er dem Augenschein nach ein Mann ist. „Ich kann so nicht mehr weitermachen.“

Das mediale Echo auf den Gesetzentwurf fiel nicht besonders groß aus – auch, weil es im Schatten des neuen Corona-Notstandsgesetzes eingereicht wurde. Dieses neue Gesetz stattet Orbán mit sehr viel mehr Macht als vorher aus. Während der Pandemie regiert er nun per Dekret, und zwar ohne zeitliches Limit – auch wenn das Parlament auf unbestimmte Zeit in Zwangspause geschickt werden würde. Volksabstimmungen und Wahlen sind damit ebenfalls auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Im Gesetz sind außerdem hohe Haftstrafen für die Verbreitung von Falschmeldungen und Verstöße gegen die Quarantäneauflagen vorgesehen.

Die Opposition versuchte zwar noch einen Fristablauf im Gesetz zu verankern und war dafür sogar bereit, einen Notstand von 90 oder 120 Tagen zuzulassen – allerdings ohne Erfolg. Eine

Zweidrittelmehrheit fand Orbán mit den Regierungsparteien auch ohne Opposition, der er nun mangelnden Patriotismus vorwirft. Das Parlament, das Orbán zu großen Teilen den Rücken stärkt, entscheidet auch darüber, wann die Gefahrenlage wieder vorbei ist. Niemand könne schließlich aktuell sagen, wie lange die Krise anhalte, sagt Orbáns Staatssekretär Csaba Dömötör.

Kritikerinnen und Kritiker werfen der Regierung vor, die weltweite Aufmerksamkeit für die Coronakrise auszunutzen, und der Ombudsmann des Parlaments, Jenő Kaltenbach, bestätigte, dass die ersten Erlasse nach Orbáns Ermächtigung nicht alle mit der Krise zu tun hatten. Die unabhängige Abgeordnete Bernadett Szél beschreibt den transfeindlichen Gesetzentwurf als Rückschritt. Sie versuchte im Justizausschluss im Parlament einen Brief von trans Menschen über die befürchteten Probleme des Gesetzes zu verlesen, wurde aber vom Vorsitzenden daran gehindert – der Brief sei nicht relevant. Szél versteht nicht, wieso sich die Regierung während einer Pandemie nicht um das Gesundheitssystem und um die finanzielle Unterstützung der Menschen kümmere. „Das, was in Ungarn passiert, ist ein Skandal“, sagte sie.

Das sehen auch 36 Abgeordnete des EU-Parlaments so, die sich am 15. April in einem Brief an die ungarische Regierung wandten. Darin wiesen sie auf eine Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs hin, nach dem trans Menschen ein Recht auf die Anerkennung ihres Geschlechts haben. In dem Brief wurde auch eine Entscheidung des ungarischen Verfassungsgerichts vom Juni 2018 erwähnt, das die Namensänderung als Grundrecht für trans Menschen sieht.

Máté macht sich derzeit große Sorgen, dass der Gesetzentwurf Wirklichkeit wird. Er befürchtet, dass er mit dem neuen Gesetz Probleme bekommen könnte, seine Hormone verschreiben zu bekommen. Welche Auswirkungen das Gesetz haben könnte, sei nämlich noch nicht bekannt. Deshalb denke er darüber nach, auszuwandern, auch wenn er sich nicht sicher ist, ob sich all die Probleme in einem fremden Land lösen würden. Schließlich habe er ungarische Dokumente und Papiere mit dem falschem Geschlechtseintrag. „Noch habe ich aber die Hoffnung, dass ich in Ungarn bleiben kann.“

## In Ungarn ist es de facto nicht mehr möglich, den Geschlechtseintrag zu ändern

Der aktuelle Gesetzentwurf zum Geschlechtseintrag ist nicht der erste Versuch, queeres Leben in Ungarn unsichtbar zu machen. Nachdem Orbáns Regierung 2013 Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz in der Verfassung einschränkte, ließ sie in die Verfassung eintragen, dass kinderlose, unverheiratete oder gleichgeschlechtliche Paare rechtlich nicht mehr als Familien anerkannt werden. Zwei Jahre später, 2015, verhandelten Ungarn und Polen eine EU-Vereinbarung, die bürokratische Hürden für im Ausland lebende verheiratete und verpartnerte Paare abbauen sollte. Der Grund für die Ablehnung: Das Gesetz sollte auch für

homosexuelle Paare gelten. 2018 ließ die Regierung das Fach Gender Studies von der Liste zugelassener Studiengänge in Ungarn streichen. Das Studienfach wurde schon häufig von Regierungsvertretern angegriffen, weil es das Fundament der christlichen Familie untergraben wolle und Geschlecht nun mal biologisch determiniert sei. Im Februar 2020 beklagte Orbán in einem Brief an die Europäischen Volkspartei (EVP), dass sie der Genderideologie zum Opfer gefallen sei und das heterosexuelle Familienmodell aufgegeben habe.

Nachdem nun der transfeindliche Gesetzentwurf eingereicht wurde, reagierte Krisztina Orbán von Transvanilla zunächst mit einer Onlinepetition gegen das Gesetz, für die bereits mehr als 20.000 Unterschriften gesammelt wurden. Dass die Europäische Union nichts gegen die ungarische Regierung macht, kann Krisztina nicht verstehen, immerhin verletze das Land seit Jahren EU-Recht: „Es scheint fast so, als könne ein Land machen, was es möchte, sobald es einmal aufgenommen wurde.“

Krisztina fühlt oft nichts mehr, die Situation sei zu aussichtslos. „Ständig versuche ich mich der neuen Situation in Ungarn anzupassen, obwohl ich oft einfach nur wegrennen möchte“, sagt sie. Die Regierung könne schließlich machen, was sie wolle, niemand schreite ein. Trotzdem versuchen Krisztina und die NGO weiterhin Akteur\*innen auf EU- und UN-Ebene auf die Situation in Ungarn aufmerksam zu machen. Mit den aktuellen Plänen der Regierung, so befürchtet Krisztina, werde die Gewalt gegen queere Menschen zunehmen. „Ich weiß nicht mehr, wie ich als Aktivist\*in weiterarbeiten oder wie die Situation noch beeinflusst werden kann.“



Arbeitete gegen das Schweigen: Jürgen Baldiga  
Foto: Salzgeber

## Eisbecher mit Blowjob

Der Fotograf Jürgen Baldiga hat das schwule Berlin zum Höhepunkt der Aidskrise festgehalten. Jasco Viefhues' Dokumentarfilm „Rettet das Feuer“ begibt sich auf die Spuren dieses antikonventionellen Künstlers

Von **Stefan Hochgesand**

Wie gehen diese Hi-NRG-Beats, die da auf der Tonspur voranpreschen, bloß zusammen mit den Bildern zu Beginn in „Rettet das Feuer“? Wir sehen doch bloß einen schnöden Museumskeller mit grauen Metallregalen voller Ordner und Kisten, die erst mal das Gegenteil von Abenteuer verheißen.

Doch auch wer vorher noch nie vom Fotografen Jürgen Baldiga (1969–1993) gehört hat, wird im Dokumentarfilm „Rettet das Feuer“ von Jasco Viefhues schnell fühlen, dass auch Baldigas Bilder und Worte einen Drive haben, der dem Hi-NRG-Puls in nichts nachsteht.

Baldiga war als Künstler, so könnte man sagen, der große Chronist der HIV-Krise in Berlin, zu deren Hoch- oder besser gesagt Tiefpunkt Mitte der neunziger Jahre jeden Tag zwei Beerdigungen in Berlin auf das Konto von Aids gingen. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit: Ja, es stimmt, dass er sich bis zu seinem Freitod 1993 fotografiert hat und von dem befreundeten Fotografen Aron Neubert noch nach der siebten Lungenentzündung

und sogar tot hat fotografieren lassen.

Überhaupt hat Baldiga, der so gar nicht akademische Autodidakt, die Fotografie erst 1985 für sich entdeckt, ein Jahr nachdem er positiv auf HIV diagnostiziert worden war. Baldigas eigentlicher Coup ist aber wohl, dass er verstanden hat, dass das Tabu um das Sterben, um die Toten, eigentlich ein Tabu schon um das Leben, das Lieben, die Lust der Queers zuvor war: Männer, die Sex mit Männern haben.

Deshalb hat Baldiga diesem feigen Schweigenwollen der heteronormierten Mehrheitsgesellschaft seine Bilderwelten, meist in Schwarz-Weiß, mit harten Kontrasten, entgegengestellt: voller Menschen, die sich selbstbewusst als Tunten verstanden und inszenierten, mit Perücken und Modeschmuck aus der Altkleidersammlung und einem Lidschatten und Selbstbewusstsein zum Niederknien.

Baldiga hat somit ein Stück Westberliner Geschichte und Gegenöffentlichkeit eingefroren, das ansonsten dem Vergessen anheimgefallen wäre. Auch den Aktivismus von Act Up, die das Versagen der Regierung in Sachen Aids-Aufklärung geißelten. Gewissermaßen war

Baldiga das Berliner Pendant zu angelsächsischen Künstlern wie dem „Blue“-Filmemacher Derek Jarman (den Baldiga übrigens fotografierte) oder David Wojnarowicz, der sich aus Protest gegen das Schweigen über Aids die Lippen zunähte.

Ein Vierteljahrhundert nach Jürgen Baldigas Tod nun also besucht der Regisseur Jasco Viefhues, Jahrgang 1980, in seinem sehr sehenswerten Langfilmdebüt Menschen, Überlebende, die mit Baldiga damals rumhingen – nicht bloß weil Baldiga eine coole Socke war, wie man schnell spürt, sondern weil sie ihn liebten, das wird deutlich. Viefhues bemüht sich ganz offensichtlich nicht darum, den Lebensweg Wikipedia-chronologisch nachzuzeichnen oder auch nur die *talking heads* aus der Szene mit Inserts beim Namen zu nennen.

Viefhues vertraut vielmehr auf die Sprengkraft auch nie zuvor gezeigter Baldiga-Performance-Mitschnitte – und darauf, dass der standesgemäße Tratsch bei Kuchen und Sekt die wahrhaftigeren Anekdoten zutage fördert: dass Baldiga einer war, der sich in seinen letzten Lebensmonaten gern auch mal mehr Morphium als nötig rein-

gepiffen hat und sich derweil auch Joint, Blowjob und seine geliebten Eisbecher gleichzeitig hat gefallen lassen; dass er eine ganz außergewöhnliche Gabe hatte, die Kamera nicht als hemmendes Hindernis zwischen ihm und den Menschen aufzubauen.

Auf seiner Beerdigung, so wollte er es, wurde das Parfüm

**Auf seiner Beerdigung, so wollte er es, wurde das Parfüm von Liz Taylor versprüht**

von Liz Taylor versprüht. Er hatte einen Witz, dieser Baldiga, und manchmal weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll, etwa wenn man im Film das Kaposi-Sarkom sieht, einen für Aids typischen Tumor, der ihm entfernt wurde – und den er dann in Harz gegossen und in einen Schrein gestellt hat. Oder dieses späte Foto, eines der wenigen in Farbe, das ihn mit aufgesteckter roter Clownsnase zeigt, die so gut passt zu den durch die Folgen von Aids rot unterlaufenen Augäpfeln.

„Niemand konnte sagen, was aus unseren Geschichten wird“, hören wir aus dem Off, wie so viele hängen bleibende Sätze aus Baldigas Tagebuch-Klad-den. „Mit jeder Zigarette, die wir rauchten, wurden wir einer weniger.“ Und: „Wo sollen die hin, die nicht wissen, wer ihre Verwandten sind?“

Jasco Viefhues gelingt es mit diesem wichtigen, unterhaltsamen, nachdenklichen Film, die Bedeutung der Archive, wie hier im Schwulen Museum in Berlin, für Queers zu betonen – als Ort, wo die Vermächtnisse seelenverwandter Menschen lagern, die deren Blutsverwandten wiederum sehr peinlich waren.

Es sind nicht nur Namen. Das Schwule Museum in Berlin hat da Originalquellen im Keller, die in ihrer Bedeutung vergleichbar sind mit den Aids-Aktivismus-Videoabändern, die in der städtischen Bücherei von New York archiviert sind.

Baldiga pafft uns verschmizt an in der letzten Szene. Der Film erzählt von mutigen Menschen, die glücklich waren, soweit es ging.

„Rettet das Feuer“. Regie: Jasco Viefhues. Deutschland 2019, 82 Min. Ab 30. 4. vier Wochen auf Salzgeber.de/club

### unterm strich

## Strukturfonds für die Kulturszene in der Coronakrise

Kulturstaatsministerin Monika Grütters will nun ebenfalls einen Strukturfonds zur Rettung der Kulturszene in der Coronakrise. An einem solchen Rettungsschirm arbeite sie intensiv mit dem Finanzministerium, sagte die CDU-Politikerin gestern dem rbb. Wie einzelne Elemente einer solchen zusätzlichen Kulturhilfe aussehen könnten, müsse beraten werden. „Ich bin gerne bereit, in diese Gespräche jetzt auch Länderminister mit einzubeziehen“, sagte Grütters. Sie hoffe sehr, dass „angesichts der dringenden Not“ auch rasche Abstimmungen mit dem Bundestag möglich seien. Die Länder hatten zuletzt mehr Einsatz vom Bund gefordert und eine gemeinsame Arbeitsgruppe angeregt. „Es bedarf weiterer gemeinsamer Anstrengungen, um eine drohende Verarmung der Kunst- und Kulturlandschaft nach der Coronakrise zu verhindern“, hieß es in einem Schreiben an Grütters sowie die Minister für Finanzen und Wirtschaft, Olaf Scholz (SPD) und Peter Altmaier (CDU). Auch die Länder verweisen auf Forderungen etwa des Kulturrats nach einem Infrastrukturfonds. Nach dessen Schätzung müsste ein solcher Fonds etwa 500 Millionen Euro umfassen.

Auch Hamburgs Kultursenator Carsten Brosda sieht Bedarf für ein Milliardenprogramm von Bund und Ländern. Damit soll direkt auch die Produktion von Kultur angekurbelt werden. „Wir sollten gemeinsam überlegen, wie wir rauskommen aus einer Logik, derzufolge wir nur die Ausfälle kompensieren“, sagte Brosda, der auch für die SPD-geführten Länder verhandelt. Die aktuellen Hilfen haben aus Sicht des Kultursenators eine viel zu defensive Perspektive. Kulturproduktion müsse wieder gefördert werden. Brosda sieht dafür ein immenses finanzielles Potenzial: „Wenn wir alles zusammenzählen, was Länder, Bund und Kommunen machen, dann kommen wir sicher in einen Bereich von bis zu 2 Milliarden Euro, die man bewegen muss.“ Es könne dabei sehr schnell vorgegangen werden.

### berichtigung

Wir, wir, wir, das Personalpronomen wird derzeit häufiger benutzt als noch vor der Coronakrise. Wir ist viel besser als ich, ich, ich. Im Text über den italienischen Elektronikmusiker Lorenzo Stenni wurde es jedoch einmal zu viel benutzt, das wir: Statt „wie Cembalos“ hieß es dort an einer Stelle nämlich „wir Cembalos“.

## Was ersetzt die große Leinwand?

Gut 20 internationale Filmfestivals, darunter Cannes, Venedig und die Berlinale, starten Ende Mai ein Streaming-Festival auf Youtube

Von **Tim Caspar Boehme**

Die Berlinale hat Glück gehabt. Am letzten Tag des Filmfestivals, am 1. März, wurde in Berlin die erste Coronaviruseinfektion bestätigt. Zwei Wochen später mussten die Kinos in Deutschland aus Sicherheitsgründen schließen. Bis auf Weiteres.

Anderen Filmfestivals ist es schlechter ergangen. In Cannes sahen sich die Filmfestspiele zunächst gezwungen, den für Mitte Mai geplanten Start zu verschieben. Inzwischen ist auch der Ausweichtermin Ende Juni nicht mehr möglich. Abgesagt ist das Filmfestival offiziell noch nicht, doch hat der Bewegungsspielraum in der zweiten Jahreshälfte natürliche Grenzen: Anfang September beginnen die Filmfestspiele von Venedig. Bisher jedenfalls hält man dort an diesem Termin fest.

Einige renommierte Festivals wie die Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen behelfen sich mit Onlineversionen, in denen die Filme gestreamt werden.

Eine Notlösung, bei der vieles von dem, was den Reiz eines Festivals ausmacht – Filme auf großer Leinwand, die Stimmung im Kinosaal, Begegnungen im nichtdigitalen Raum – wegfällt. Sowohl Cannes als auch Venedig haben Onlinevarianten als Alternative ausgeschlossen. Beide Festivals sollen in Verhandlungen stehen, um gegebenenfalls einige Termine zu „teilen“.

Dennoch gibt es einen Teil ihres Programms, wenn auch einen kleinen, ab dem 29. Mai im Internet zu sehen, auf Youtube sogar. Mehr als 20 internationale Filmfestspiele, darunter auch die Berlinale, haben sich zu einem zehntägigen virtuellen Festival zusammengeschlossen, das frei im Netz verfügbar sein wird. „We Are One“ heißt die Initiative des Videoportals Youtube und des Medienunternehmens Tribeca Enterprises, des Veranstalters des Tribeca Film Festivals. Dessen diesjährige Ausgabe, die von Mitte bis Ende April hätte laufen sollen, musste ebenfalls verschoben werden. Ei-

niges davon wird dafür im Rahmen von „We Are One“ gezeigt.

Anderer Festivals haben angekündigt, Filme und Inhalte aus vergangenen Ausgaben, aber auch Aktuelles beizusteuern. Nicht alle diese Beiträge werden Spielfilme sein. Cannes etwa zeigt lediglich einige seiner „Masterclasses“ vom Vorjahr, Podiumsgespräche mit berühmten Regisseuren. Wettbewerbsfilme hingegen sind online nicht zu erwarten.

Mit der Coronapandemie ist in der Filmbranche einiges ins Wanken geraten. Angefangen mit den Kinos, von denen viele in ihrer Existenz bedroht sind, über die Verleihe bis zu den Produktionsfirmen, die mit dem monatelangen Ausfall von Kinostarts und entsprechenden Einnahmeverlusten zurechtkommen müssen. Jüngst hat die Oscar-Akademie angekündigt, im nächsten Jahr zum ersten Mal auch Filme zu berücksichtigen, die nicht im Kino gelaufen sind.

Das Kino in seiner bisherigen Form ist durch die Corona-Pandemie verstärkt

bedroht. Wie vieles von der Filmbranche in mittlerer Zukunft noch bestehen wird, ist derzeit nicht abzusehen. Doch schon jetzt scheint klar, dass die allein mit Streaming zu erzielenden Vergütungen für viele Produktionen nicht rentabel sind. Was den Streamingdiensten irgendwann selbst Schwierigkeiten beim Einkauf von neuen Produktionen bereiten beziehungsweise den Druck verstärken könnte, noch mehr Eigenproduktionen zu bieten – bei gleichzeitig steigender Zahl von Konkurrenten. Disney hat es mit seiner vor Kurzem auch in Deutschland gestarteten eigenen Plattform Disney+ vorgemacht.

Wie sehr Filmfreunde bereit sein werden, ihre Bedürfnisse zu dem Preis einer steigenden Zahl von Streaming-Abonnements zu befriedigen, muss sich zeigen. Wie kleinere Verleihe sich in diesem rein digitalen Geschäft schlagen werden, ebenfalls. Sicher ist allein: Filmfestivals und Kinos können diese neuen Formen nicht ersetzen. Höchstens ablösen.

**BACKEN, BRATEN, BRÜHEN, DÄMPFEN,  
DÜNSTEN, GAREN, GRILLEN, KOCHEN,  
MIXEN, RASPELN, RÖSTEN, RÜHREN,  
SCHLÜRFEN, SCHNEIDEN, SCHÜTTEN, SIEDEN,  
STAMPFEN, TAUEN, TRINKEN, ZAPFEN...**

**WAS IMMER SIE IN DER KÜCHE TUN,  
TUN SIE ES MIT UNSEREN PRODUKTEN!**

**BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ERNÄHRUNGSINDUSTRIE**

**600.000 MITARBEITER – 6.000 UNTERNEHMEN – 170.000 PRODUKTE  
VERLÄSSLICH – SICHER – QUALITÄTSMÄSSIG**



**#NACHSCHUBFÜRSREGAL**



# Virenpause

Von Patric Hemgesberg

**Ich kann nicht mehr, ich will es nicht**

**Ich schreibe heute kein Gedicht**

**Mehr über dich, Corona**

**Dein abgeficktes Konterfei**

**Geht mir medial am Arsch vorbei**

**Von Kiel bis Barcelona**

**Auch wenn du morgen wiederkehrst**

**Und mich als Pest das Fürchten lehrst**

**Heut hab ich frei, Corona**

**Sei einfach fünf Sekunden still**

**Weil ich der Welt was sagen will**

**Als Wagenburgbewohner**

**Mein letzter Satz gehört dir nicht**

**Er ist von Wert und lautet schlicht**

**Ich lieb nur dich, Ramona**



Foto: AP



das wetter

Im Zeittunnel

Das Licht am Ende des Zeittunnels flackerte. War es ein falsches? Ein „wrong exit“? Hatte er sich im Tunnel veran und lief in die Falle wie eine Maus? Die Wände zogen sich zusammen. Arthur begann, rückwärts zu fühlen und ein Kribbeln zu spüren, das er von früher kannte. Hoffentlich ein gutes Zeichen. Die Lichter wurden mehr. Die Wände dehnten, streckten, rälkelten sich. Das Momentum war ganz auf seiner Seite. Da öffnete sich ein Zugang und Arthur Esch erblickte im zarten Alter von 40 Jahren endlich die Welt.

gurke des tages

Keine Schweine, nein, nur Calli im Weltall! Das Fußballschwergewicht Reiner Calmund hält sich laut dpa mit einem Gerät fit, dessen Technologie von der Nasa für Astronauten entwickelt wurde. „Das haben mir ein paar Bundesligisten empfohlen“, sagte der 71-jährige einem Fernsehsender. Mit dem Laufband mache man sich 80 Prozent leichter – und die Technik habe sich positiv auf seinen Stoffwechsel ausgewirkt, so Calli. Wir starten den Countdown!

## Gute Nacht, Covid Marie

Mit gutem Namen durch die Gesundheitskrise

Faustdick behauptet Goethe in seinem Schwank „Faust“: „Gefühl ist alles; Name ist Schall und Rauch.“ Einspruch! Nobody fucks wit da Jesus! Dass Namen Bedeutung tragen, können uns nicht nur die Ke-vins und Smillas dieser Tage erzählen. Oder warum sonst nennen manche Südamerikaner ihre schnuckligen Babys gern Hitler oder Stalin? Zwar heißt eine goldene Regel: Keine Witze über Namen. Niemand könne etwas für die Auswahl der Eltern. Oder doch? In Krisenzeiten scheint alles außer Kraft gesetzt zu sein. „Covid-19 hat auf der ganzen Welt großes Leid verursacht“, erklärte jetzt der 23-jährige Philippino John Tupas der Standes-

amtsagentur AFP. Tupas muss es wissen: Er hat seine Tochter „Covid Marie“ genannt. Ob es ein Schreikind wird? Das gern spuckt und rumhustet? Wird Covid Marie als renitentes Teenie Kette rauchen? „Sie könnte gemobbt werden, aber ich werde meiner Tochter einfach beibringen, ein guter Mensch zu sein“, sagte John Tupas, dessen Nachname keinesfalls „Tapas“ oder „Tupper“ ausgesprochen werden sollte. Sonst wird er wütend. In Indien kamen derweil „Corona Kumar“ und „Corona Kumari“ zur Welt. Die beiden Punkbands Husten und Pestpocken schickten erste Glückwunschtelegramme. Auf „Peter Pan Demie“ wartet man noch.



Anke Richter

## Neues aus Neuseeland: Vivat, Santa Jacinda

In diesen apokalyptischen Zeiten, da die Gesetze des Dschungels herrschen und es ums nackte Überleben geht, will ich endlich einmal ganz vorne sein. Sollte eines Tages jemand meinen Nachruf schreiben, dann möge damit geprahlt werden. Denn an dieser Stelle wird Jacinda Ardern endgültig heiliggesprochen. Move over, Vatikan! Spring zur Seite! Vor einem Jahr habe ich es prophezeit, als die coole Ex-DJ und nun gewählte Premierministerin stillend zu UN-Kongressen jettete, über Nacht Waffengesetze änderte und Terroroper umarmte. Arderns Antlitz im Kopftuch wurde nach dem Attentat auf die Moschee in Christchurch überdimensional auf einen Turm in Dubai gebeamt. Ihr Bild radierte als Symbol nicht nur Mutter Teresa im Nonnensari aus. Nein, es übertraf die Gottesmutter Maria. Ein neues Zeitalter brach an. Jacindamania erfasste die Welt. Die Vogue fotografierte sie an einem einsamen Strand. Das internationale Lovebombing begann, nur die alten weißen

Männer rasteten aus. Seit unsere Landesmutter mit drastischen Maßnahmen und mitfühlenden Worten in den letzten Wochen auch die Coronafälle in den grünen Bereich drückte und ihr Land damit zu den sicheren Inseln der Glückseligen machte, ist es um alle geschehen. Die Financial Times titelte: „Erhebe dich, Santa Jacinda“, das Magazin The Atlantic legte nach: „Die effektivste Führerin der Welt“. Virologe Christian Drost in Berlin schlug Ardern eine polyamore Fernbeziehung vor. Ikonenmalerinnen gingen sofort ans Werk. In den Hintergrund ihrer Bilder platzierten sie dezent Angela Merkel und Greta Thunberg, die unsere GröHaz (Größte Heilige aller Zeiten) verstärken. Nur Arderns Gebiss wurde etwas überarbeitet. Auch Kiwis sind eitel. Neuseelands Nationalmuseum Te Papa in Wellington wollte die gesamte Walfisch- und Vogelabteilung für die Heiligenbilder freimachen. Doch dann bekam Donald Trump davon Wind, fragte seinen Kumpel Kim Jong Un um Rat und ließ alle

Jacinda-Bilder vom Kunstmarkt verschwinden. Verschwörungstheoretiker behaupten, sie wurden zusätzlich mit Chlorbleiche verätzt. Wer mir nicht glaubt: Ich habe Youtube-Videos gesehen, in denen Experten dies belegen. Unser Aotearoa lässt sich von den USA mit solchen Machenschaften nicht in die Knie zwingen. Wir setzen daher unserer Anti-Trump bald ein Denkmal, das auch einem Dritten Weltkrieg standhält. Sobald wir aus dem Lockdown kommen, wird neben der Riesenkarotten in Ohakune und dem gigantischen Donut auf einem Acker in Springfield endlich im Hagley Park in Christchurch eine Statue von nordkoreanischem Ausmaß errichtet. Da thront dann die Heilige Jacinda wie die Freiheitsstatue über New York. An einer Brust ihr stillendes Kind, in der erhobenen Faust eine Impfspritze. 5G-Gegner haben bereits Denkmalschändung angedroht. Was immer mir nach diesen Enthüllungen passiert: Die Mainstream-Medien werden es hundertprozentig unterdrücken.

## Ruhig, wilder Vulkan

Kandidat Friedrich Merz in blubbernden Nöten

Kurz vor dem Ausbruch steht er, weithin zu hören ist das Blubbern der brodelnden Lava und es riecht nach fauligem Schwefel, wenn der wilde Sauerländer Friedrich Merz sich zu Wort meldet: „Eine behutsame Lockerung muss jetzt sein“, erklärte der ewige Besserwisser am Mittwoch in einem Interview. Er weiß eben nur zu gut, was geschieht, wenn Bürgern zu viel Lockerheit gewährt wird: Sie beginnen locker durch die Hose zu atmen. Und das will kein vernünftiger Mensch – vor allem nicht Merz, der schwelende Vulkan, der ständig innerlich kocht, weil er nicht loslegen darf und mitmischen mitten im Geschehen. Dort, wo die Kanzlerin, wie gestern geschehen, mit den Ministerpräsidenten der Länder das weitere Vorgehen in der Krise beraten hat. Schier verrückt zu werden vor Wut und Zurückhaltung droht der krampfhaft Kandidat. „Sonst werden die Leute verrückt“, kehrt Merz sein Innerstes nach außen und kann gar nicht mehr an sich halten vor behutsamer Lockerheit. Locker vom Hocker will der Mann rüberkommen und darf doch zugleich die Zunge nicht locker lassen, der doppelte Friedrich. Zwei Merzen, ach, schlagen in seiner Brust.



Vulkanfoto: dpa

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de Chefredaktion: Georg Löwisch, Katrin Gottschalk (stellv.), Barbara Junge (stellv.) Chefredakteur: Peter Unfried

Lokalredaktionen: Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0 Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0 Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Georg Löwisch LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin Regionalteil Nord: Jan Kahlecke | Hamburg Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen Manfred Frenz | Hamburg LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Kleinanzeigen: Überregional und Berlin taz-Kleinanzeigen, Friedrichstraße 21 Tel.: Mo. - Mi. 9-13 Uhr 030 | 25 902 222 Fax: 030 | 2 59 02 444 E-Mail: kleinanz@taz.de taz Shop | Tel.: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21 Tel.: 030 | 25 902 314 E-Mail: anzeigen@taz.de Lokalteil Hamburg | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg. Tel.: 040 | 38 90 17 452 Lokalteil Bremen taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Pieperstraße 7, 28195 Bremen, Tel.: 0421 | 96 02 64 42

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Geschäftsführer: Andreas Marggraf Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur Andreas Bull, Kaufmann Isabel Lott, Fotoredakteurin Andreas Marggraf, Kaufmann Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Stefanie Urbach, Kommunikationsberaterin, Berlin Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 - 16.00 Uhr | Mo. - Fr. Fax: 2 59 02-680 E-Mail: abo@taz.de Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis regulär 35,80 €



Von Gareth Joswig und Erik Peter

11.00 Uhr, taz-Bunker: Willkommen zum vorausseilenden Liveticker an diesem ganz besonderen Tag der Arbeit. Protestpause wegen Corona – nicht mit uns. Unsere Krawallreporter sind in der ganzen Stadt unterwegs und schauen sich schon mal an, was werden wird.

11.23 Uhr, S-Bahnhof Grunewald: Es fährt eine endlose Karawane Wannen vor. Was erwarten die hier? Den ersten verkaufsoffenen Freitag in diesem Jahr? Villenversteigerung für das niedrigste Gebot? Freibier?

11.25 Uhr, Grunewald: Die PolizistInnen steigen aus ihren Mannschaftswagen. Doch aus jedem steigt nur jeweils eine Person. Corona-Abstandsregel. Vorbildlich.

11.57 Uhr, Brandenburger Tor: Der DGB baut seine Minikundgebung auf. Eben hieß es, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes sei erschienen. Aber: Wie sieht der aus? Wie heißt der?

12.52 Uhr, Fontanestraße: Social Distancing? Im Grunewald ist das lange eingeübte Praxis. Vom nächsten Nachbarn ist hinter der drei Meter hohen Hecke nichts zu merken. Auch „Stay at home“ lässt sich auf dem Liegestuhl am Pool ganz gut ertragen. Und Homeoffice machen die Wertanlagen ganz allein. Vor dem Zaun rufen ein paar Verwirrte nach „Enteignung“, Oder ist das Einbildung nach dem dritten Aperol Spritz? Zur Sicherheit werden die Boxen lauter gedreht: „Das Leben ist so schön. Wer braucht ein Leben danach.“

13.12 Uhr, U-Bahnhof Kottbusser Tor: Eine Gruppe angeheiteter ItalienerInnen steigt laut singend aus der Bahn aus. „Eins, zwei, Polizei. Drei, vier, Grenadier.“

13.25 Uhr, S-Bahnhof Grunewald: Das Quarantäne-management Grunewald entscheidet, eine unbeschränkte Ausgehsperrung über den Kiez zu verhängen. Grund: Die Jetsetter aus dem Viertel sind als Superspreader eine zu große Gefahr für den sozialen Frieden. Raus darf nur noch, wer sein Haus aufgibt, seine Aktienpakete verkauft und eine Wohnung in einem anderen Teil der Stadt für nicht mehr als den durch den Mietendeckel festgelegten Betrag anmietet.

13.30 Uhr, Adalbertstraße: Die ItalienerInnen singen nicht mehr und sehen ziemlich geknickt aus. Scusi, wo isse das MyFest?

13.33 Uhr, Bürgerpark Pankow: Entgeistert ist auch ein deutscher Deutscher auf der Suche nach dem Wutbürgerfest der AfD: „Sach ma, wo kann ich hier jejen die Asylanten unterschreiben?“ Danke, Merkel.

14.00 Uhr, SO36: Ein in der Oranienstraße wohnender Resident-DJ legt mit zwei riesigen Boxen am offenen Fenster Minimal-Techno für die AnwohnerInnen auf. Stellt sich dabei wohl vor, wie Touri-Massen mit farbigen Sonnenbrillen und Mischbier in der Hand seine Knopfdrückkünste abfeiern. Allerdings wird er bei jedem Base-drop jäh aus seinem Tagtraum gerissen: Statt frenetischen Applauses schreit nur ein Nachbar



Wird dieses Jahr wohl etwas kleiner ausfallen: die „Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg“-Demo der Hedonistischen Internationale 2018 in Grunewald Foto: Christian Mang

# +++ Alle allein gegen den Faschismus +++

Daheim zum revolutionären 1. Mai: Das MyFest findet nicht statt, Kundgebungen sind klein oder verboten. Der vorausseilende taz-Liveticker hat trotzdem Bock auf Krawall und wirft aus sicherem Abstand Pflastersteine

von unten, dass er die „hedonistische Scheißmücke ausmachen soll – sonst fliegen Steine!“ Von den ItalienerInnen ist auch nichts mehr zu sehen.

15.15 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz: Schlimme Szenen vor der Volksbühne. Nach Jahren, in denen die Deeskalationsarbeit der Polizei und das Betteln der Autonomen um den Friedensnobelpreis den Tag der Arbeit nahezu vollständig befriedet hatten, sorgt ein neuer Akteur für die Rückkehr der Gewalt. Die Verschwörungsideologen und Rechten, die sich hier die sechste Woche in Folge treffen, gehen erstmals zum Angriff über. Hunderte hustende Menschen bedrängen PolizistInnen. Die Speicheltröpfchen der CoronaleugnerInnen überwinden die Schlagstockdistanz spielend. Ein Einsatzleiter mit hochrotem Kopf funkt panisch nach Wasserwerfern. Die erste Hundertschaft rennt davon. Aluhüte werden ihr hinterhergeschmissen. „1. Mai bullenfrei“, schallt es über den Platz. Dazu immer wieder: „Grundgesetz! Grundgesetz!“

15.30 Uhr, Görlitzer Park: Vor lauter Polizeipräsenz plus Un-

terbeschäftigung der stiernackigen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten aus anderen Bundesländern können die DealerInnen im Görlitz nicht mehr in Ruhe Drogen verkaufen. Immer wieder werden vor allem Menschen mit schwarzer Hautfarbe von PolizistInnen drangsalieret und müssen sich ausweisen. Später deutet Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, die Schikanen zum Erfolg um. Er lässt sich in einer eilig verschickten Pressemitteilung mit den selbstgefälligen Worten zitieren: „Dank des beherzten Einsatzes unserer Kollegen am 1. Mai konnten wir das Gefahrengebiet um den Görlitzer Bahnhof befrieden – zumindest an diesem Tag gab es im dem Park, diesem Vortor zur Hölle, keine Drogen zu kaufen oder Menschen, die sich wie sonst in aller Öffentlichkeit Haschisch spritzen.“

16:23 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz: Die Lage hat sich beruhigt seit Ken Jepsen über sein Videportal Ken FM zu Ruhe und Meditation aufgerufen hat. Die eben noch Militanten reckeln sich nun auf dem Rasen. Auf dem Absatz vor der Volks-

bühne gibt der als „Volkslehrer“ bekannte Nikolai Nerling den Vorturner. Der AfD-Abgeordnete Gunnar Lindemann steht enttäuscht am Rand. Er mag lieber Randalie als Besinnung.

16.35 Uhr, Bürgerpark Pankow: Der deutsche Deutsche tritt vor lauter Wut gegen einen Müll-eimer und schüttet sich dabei sein Dosenbier über die Jogger. Stört zum Glück kaum beim Hitlergruß. Danke, Merkel.

16.30 Uhr, Hasenheide: Die Dealer verkaufen ihren Stoff jetzt einen Park weiter. Nach kurzer Zeit ist jedoch auch dort eine Polizeihundertschaft vor Ort. Die allerdings konfisziert nur den Stoff und ergreift keine weiteren Schritte. Später stellt sich heraus, dass es sich bei der Hundertschaft um die Berliner Partybullen von G20 handelt, die sich heute Abend noch zur Einsatznachbesprechung in der Aservatenkammer treffen wollen.

17.30 Uhr, Oranienstraße: Die Mülleimer sind ungewöhnlich leer für diese Jahreszeit. Die BSR meldet für heute Kurzarbeit an.

17.59 Uhr, Görlitzer Bahnhof: Einkaufswütige Menschen stürmen den Bolle (oder heißt der inzwischen Kaiser's?) am Görlitzer Bahnhof, plündern Klopapier, Seife und Desinfektionsmittel. Die Plünderer halten sich zwar nicht an den Mindestabstand, sind aber zumindest vorbildlich verummmt. Die Polizei sieht keinen Grund zum Eingreifen.

18.20 Uhr, Homeoffice: Ein Revolutionär will per Zoom-Konferenz den nächsten klandestinen Protestort bekannt geben. Leider photobomben seine Kinder das Meeting, woraufhin sich die übrigen Autonomen auswählen. Mit Kindern im Home-

office könne man ja wohl keine Revolution anzetteln, schreibt noch jemand in den Gruppenchat. „Die bürgerliche Kleinfamilien ist der Tod für die Bewegung!“, tippt eine andere Person, gefolgt von mehreren Pflasterstein-Emojis.

18.21 Uhr, SO36: Moment mal. ZOOM;!!!111! Dann könnten sie ja gleich Adidas-Schuhe tragen oder Amazon benutzen. Oh wait ...

19.00 Uhr, Naunynstraße: Menschen stellen sich auf ihre Balkone und beklatschen die Arbeit der Pflegekräfte im Gesundheitssystem. Eine zufällig nach einer 12-Stunden-Schicht vorbeikommende Altenpflegerin ruft zurück: „Behaltet euren Applaus und gebt mir 4.000 Euro brutto, ihr Ausbeuter!“

20.30 Uhr, Wiener Straße: Im Vorfeld hatten Autonome angekündigt, den Infektionsschutz ernst zu nehmen, auch um der FDP eins auszuwischen. „Alle allein gegen den Faschismus“ lautet die ausgegebene Parole. In SO36 sieht man nun, was das heißt: Am Mariannenplatz buddelt ein Vermummter einen Stein aus der Erde, ums Eck hämmert ein anderer auf die Glasfassade eines Burgerladens ein. Am Görlitzer Bahnhof steht eine Polizeikette, etwas löchrig wegen der 2-Meter-Abstände. Ihr gegenüber ein einzelner Steinewerfer. Alles safe in Kreuzberg!

20.45 Uhr, taz-Bunker: Wir danken für die Aufmerksamkeit und wünschen allen LeserInnen einen gesunden und kämpferischen 1. Mai!

## Tanz in den Mai

30. April: 17 Uhr: Walpurgisnacht-Kundgebung der Initiative Hände weg vom Wedding. Ort bleibt ungenannt, da die Veranstaltung auf 20 Teilnehmende beschränkt ist.

1. Mai: 11 Uhr: 1.-Mai-Livestream des DGB mit Rede- und Musikbeiträgen, Interviews und Filmen  
13 Uhr: Kundgebung der Berliner Aktion gegen Arbeitsgeberunrecht am Urbanhafen: „Wir wollen nicht für eure Krise zahlen“  
14 Uhr: Kundgebung des MyGruni-Bündnisses im Grunewald und Start des Livestreams  
15.30 Uhr: VerschwörerKundgebung am Rosa-Luxemburg-Platz  
18 Uhr: Beginn des Revolutionären 1. Mai in Kreuzberg. (epe)

Anzeige

Und nun lasst uns für höhere Löhne, mehr Personal und sichere Jobs sorgen! **DIE LINKE.**  
dielinke.berlin/ErsterMai

Kommentar von **Bert Schulz** über die Genehmigung für das BER-Hauptterminal

## Ein kleines Wunder und eine Chance für Rot-Rot-Grün

Für viele ist es ein kleines Wunder: Der BER, die Dauerbaustelle im märkischen Sand, dieser mehr als 6,5 Milliarden Euro teure „Fluchhafen“, wird sehr wahrscheinlich schon sehr bald fertig werden. Zu anderen Zeiten wäre die Nachricht von Dienstagabend, dass die zuständige Baubehörde das pannenbeladene Hauptterminal zur Nutzung freigegeben hat, eine Topmeldung gewesen. In Coronazeiten verhält sie ein bisschen. Schließlich – und das ist das Ironische an diesem Wunder – sind Flughäfen gerade so überflüssig wie kaum etwas anderes. Nicht umsonst will die Flughafen-Gesellschaft Tegel temporär schließen.

Doch zurück zum BER: Dass das Terminal abgenommen wurde, ist eine kaum hoch genug einzuschätzende Leistung vom Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup. Seine Vorgänger, darunter Flachpfeifen mit großen Namen wie Ex-Bahnchef Hartmut Mehdorn, waren trotz vollmundiger Ankündigungen daran gescheitert, die vermurkste Baustelle zu ordnen, Pusch der renommierten Firmen (mit ebenso großen Namen) zu identifizieren, eine Mängelliste zu erstellen und fehlerhafte Dübel zu identifizieren. Doch Lütke Daldrup hat sich durchgebissen und sogar das „Monster“ gezähmt: die fehlkonstruierte Entrauchungsanlage, die 2012 der Hauptgrund für die erste Absage der Eröffnung war.

Der Flughafenchef hat damit Rot-Rot-Grün vom weltweit kolportierten öffentlichen Makel befreit, Berlin könne keinen Flughafen bauen – dass auch der Bund, das Land Brandenburg und deutsche Firmen an der Misere Mitschuld tragen, wird ja gerne ignoriert. So kann R2G unbelastet in den kommenden Wahlkampf 2021 ziehen.

Die rechtzeitige Fertigstellung bietet Rot-Rot-Grün angesichts von Corona noch eine weitere Chance: Jetzt muss darüber diskutiert werden, in welchem Umfang Flugreisen aus Klima- und Lärmschutzgründen überhaupt noch angemessen sind. Wäre ein Verbot innerdeutscher Flugreisen vom BER aus nicht überfällig? Die Senatsverwaltungen etwa wollen innerdeutsche Dienstreisen auch nach der Krise nur noch mit der Bahn machen. Und ist es nachhaltig, den Easyjet-Tourismus mit Billigfliegern wiederbeleben zu wollen?

Mit der Fast-Fertigstellung des BER werden diese Fragen mehr Bedeutung bekommen, ebenso wie der finanzielle Aspekt. Die Flughafengesellschaft braucht Finanzspritzen aus Steuergeldern in Höhe von Hunderten Millionen Euro wegen absehbar geringerer Auslastung. Wie viel ist den BürgerInnen überhaupt ein Flughafen wert – wenn gleichzeitig wegen Corona sozial wichtigen Projekten der Geldhahn zugekehrt wird?



Ein mobiles Handwaschbecken vor einer Essenausgabe für Bedürftige und Obdachlose am Boxhagener Platz

Foto: Britta Petersen/dpa

# Corona hilft gegen Obdachlosigkeit

400 Wohnungslose werden ab Mai rund um die Uhr untergebracht. Auch eine Obdachlosen-Lotsen-Taskforce wird eingerichtet

Von **Plutonia Plarre**

Die Coronakrise sei für alle eine Herausforderung – „aber für Menschen, die auf der Straße leben, ist sie eine Katastrophe“. Auch deshalb, so Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) am Mittwoch, „ist es wunderbar, dass es nun eine Obdachlosen-Taskforce gibt“. Sogenannte Obdachlosen-Lotsen, die selbst mal wohnungslos waren, sollen nun auf ihre Art den Menschen in Not helfen.

Breitenbach stellte das Projekt am Mittwoch zusammen mit Jörg Richert vor, dem Vorstandsvorsitzenden der Sozialgenossenschaft Karuna. Bei dem freien Träger sind die Lotsen angestellt. Das Abgeordnetenhaus hat für die Taskforce 300.000 Euro bereitgestellt. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Modellprojekts Solidarisches Grundeinkommen. Zehn von zwölf Lotsenstellen seien bereits besetzt.

Bei der Pressekonferenz, die aus einem Saal von Karuna als Livestream übertragen wurde, winkten Männer und Frauen der Taskforce – zu erkennen an orangefarbenen Westen – in die Kamera. Ihr Job sei nicht, Sozialarbeiter zu ersetzen, betonte Breitenbach. Es gehe darum, ihr

Know-how zu nutzen: „Die Menschen auf der Straße da abzuholen, wo sie sind.“

Im Januar hatte Berlin eine flächendeckende Zählung von Obdachlosen durchgeführt. Mit rund 2.000 Gezählten war das Ergebnis deutlich niedriger ausgefallen als erwartet. Bis dahin war von bis zu 10.000 Obdachlosen in Berlin die Rede. Aus Scham hätten sich allerdings viele Menschen versteckt, vermuteten Experten. Breitenbach sagte dazu am Mittwoch nur so viel: „Wir können nicht garantieren, alle zu erreichen.“

**Noch kein Infektionsfall**

Richert sprach von 400 „verfestigten“ Kontakten zu Obdachlosen. Weil viele Hilfseinrichtungen wegen Infektionsgefahr schließen mussten, versuche man die Menschen nun anderweitig aufzufangen. Die Lotsen verteilten Essen, Trinkwasser und Atemschutzmasken und wiesen Wege zu Unterkünften. 500 Essen würden zentral am Boxhagener Platz ausgegeben und mit E-Bikes ausgefahren.

Zum Glück, so Breitenbach, gebe es in der Obdachlosenszene noch keinen Infektionsfall. Um das Risiko einzudämmen, stelle Berlin nun weitere Unterkünfte für Obdachlose be-

reit, die rund um die Uhr geöffnet sind. In der bisherigen Notunterkunft der Kältehilfe in der Storkower Straße stehen ab 1. Mai 100 Plätze zur Verfügung. Die Berliner Stadtmision kann in der Lehrter Straße 110 Menschen beherbergen, 35 Plätze davon sind für Frauen und acht für Rollstuhlfahrer. Ferner sind drei Einzelzimmer für Corona-Verdachtsfälle geplant. In einer Jugendherberge in der Kluckstraße in Tiergarten sind bereits 200 Obdachlose untergebracht.

Die Gesamtkosten für alle drei Unterkünfte – Vollverpflegung inklusive – bezifferte Breitenbach auf rund 2 Millionen Euro. Eine Einzelzimmerlösung in Hostels oder Hotel werde man aus Kostengründen leider „nicht hinkriegen“. Hier kritisierte Richert auch das Deutsche Jugendherbergswerk. Statt maßvoller Tagessätze verlange dieses für die Unterbringung von Obdachlosen „schwindelerregende Preise“.

Irgendwann werde Corona ein Ende haben, sagte Breitenbach. Die Menschen zurück in die Obdachlosigkeit zu schicken, werde bitter. Ihre Hoffnung sei aber, dass der eine oder andere durch den Umgang mit dem Virus kapiert hat, dass es Wege gibt, von der Straße zu kommen.

corona in berlin

## Tegel schließt

Während der Flughafen BER wie geplant öffnen soll, wird Tegel wohl nach dem Willen der Betreiber-Gesellschaft vorübergehend vom Netz gehen. Damit will das Unternehmen auf die eingebrochenen Passagierzahlen reagieren. Der Aufsichtsrat stimmte am Mittwoch dafür, für den Flughafen einen Antrag auf temporäre Befreiung von der Betriebspflicht bei der Luftfahrtbehörde zu stellen. Berlins Flugbetrieb würde dann am Flughafen Schönefeld konzentriert. Dafür ist aber auch die Zustimmung der Flughafen-Eigentümer notwendig, das sind der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg. Sie tagen noch nach Redaktionschluss am Mittwochnachmittag in einer Gesellschafterversammlung (*mehr auf taz.de*). (dpa, taz)

## Müller hungrig

Gespräche über Lockerungen für Hotels und Restaurants sollte es nach Überzeugung von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller noch im Mai geben. Hotellerie und Gastronomie seien für Berlin wahnsinnig wichtig, sagte er am Mittwoch dem RBB-Sender 88,8. „Und ich glaube, die brauchen eine Perspektive.“ Die nächste Schaltkonferenz zwischen Bund und Ländern ist für Donnerstag geplant. (dpa)

## Pop gegen Diesel-Prämie

Berlins Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) lehnt eine generelle Prämie für Autokäufer ab. „Es geht um die Zukunft der deutschen Automobilindustrie und nicht um eine Reise in die fossile Vergangenheit“, sagte Pop am Mittwoch. „Eine Abwrackprämie für nicht mehr zukunftsfähige und klimaschädliche Antriebe wäre auch wirtschaftlich ein Wahnsinn.“ Pop fordert, Hilfen für die Autoindustrie an ökologische Kriterien zu knüpfen. Damit nach der Krise ein neues und nachhaltiges Wirtschaftswunder wachsen könne, müsse jetzt in emissionsfreie Antriebe investiert werden, betonte Pop. (dpa)



**Bert Schulz** ist Leiter der Berlin-Redaktion

taz panterstiftung

Die taz Akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.



Illustration: Zeynep Öztatalay

taz Panter Stiftung  
GLS-Bank Bochum  
BIC GENODEM1GLS

IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

[www.taz.de/spenden](http://www.taz.de/spenden)

Ihre Zuwendungen an die gemeinnützige taz Panter Stiftung sind steuerlich absetzbar

Spenden Sie jetzt für unsere geplanten Projekte im Herbst diesen Jahres

Infos unter: [www.taz.de/stiftung](http://www.taz.de/stiftung) | Tel. (030) 25 90 22 13

# Kliniken sollen wieder operieren

Brandenburgs Gesundheitsministerin will ein Viertel der „Beatmungsbetten“ für Coronafälle freihalten

Von **Stefan Alberti**

Landesweit 886 Betten mit Beatmungsgerät, freigehalten für Coronapatienten, aber an diesem Mittwochmorgen nur 142 Infizierte im Krankenhaus und nur 25, die tatsächlich beatmet werden müssten? Für Brandenburgs Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) passt das nicht zusammen, wenn zeitgleich andere auf Behandlung warten: An die Kliniken gehe gerade ein Brief raus, der empfehle, „die zurückgestellten Operationen jetzt wieder hochzufahren“, sagte die Ministerin im Gesundheitsausschuss des Landtags.

Erstmals wieder kam der Ausschuss tatsächlich und nicht nur per Telefon zusammen – es sei „zum Glück nun wieder so, dass wir uns in die Augen schauen können“, so der Ausschussvorsitzende zu Beginn. Noch kühler als sonst wirkt bei derzeit wenigen Menschen im Haus der von innen ganz in Krankenhaus-Weiß gehaltene Landtagsbau – das Parlament ist wie das Berliner Abgeordnetenhaus wegen Corona für die Öffentlichkeit gesperrt.

In Raum 1.050, von wo der Blick auf den Hauptbahnhof mit der gerade erst wieder geöffneten Einkaufspassage geht, berichtet Nonnemacher, die

selbst über Jahrzehnte als Ärztin arbeite, von der Situation in den Krankenhäusern. Dort hatte man in Erwartung vieler schwerer Coronafälle Betten freigeräumt und Operationen verschoben – und schicke nun, da dieser Ansturm ausblie, unterbeschäftigtes Personal nach Hause, um Überstunden abzufeiern. Sogar Anträge auf Kurzarbeit lägen vor – „das ist natürlich eine absurde Situation“.

Die Krankenhäuser sollen künftig ein Viertel der „Beatmungsbetten“ als Reserve für Coronafälle vorhalten, was aber keine starre Vorgabe sein soll. Die Ministerin sieht ein „Präventionsparadoxon“: „Da-

durch, dass wir dabei so gut waren, wird das Problem nicht mehr gesehen.“

Laut Nonnemacher ist Corona in Brandenburg höchst unterschiedlich verbreitet. Während Potsdam mit 329 Infizierten auf 100.000 Einwohner deutlich über dem Landesschnitt von 114 und dem Bundesschnitt von 191 Fällen liegt, gab es anderswo seit Tagen nur wenige oder gar keine Neuinfektionen, etwa in der Uckermark oder in der Prignitz. Nonnemacher wendet sich dennoch gegen regionale Unterschiede bei der Eindämmungsverordnung – sie höre von den Landräten den Wunsch nach einem einheitlichen Vorgehen.

Von **Stefan Alberti**

lacht die Kurve ab? Wird es besser? Oder weniger schlecht? Es ist der Zeitpunkt, über „Berlin danach“ zu reden – aber nicht über das Wann, sondern das Wie dieses Danachs. Sonst droht eine ganz andere Gefahr als die gegenwärtige mit der Angst vor Erkrankung und vielen, vielen Toten. Es ist die Gefahr des Rollbacks, eines Rückfalls in vorsolidarische Zeiten, wenn es „danach“ darum gehen muss, mit der gerade entdeckten Solidarität die viel dauerhaftere Bedrohung unserer Zeit zu bekämpfen: Gegen Corona wird irgendwann eine Impfung schützen – gegen den Klimawandel hilft weiter nichts außer einer solidarischen Verhaltensänderung. Wenn Corona mal überstanden sein wird, wenn also, um Regierungschef Michael Müller zu zitieren, Liebende wieder unbeschwert durch den Park flanieren und andere erstmals nach

langer Pause im Tiergarten Volleyball spielen, dann wird nämlich absehbar ein Ruf laut werden: Jetzt aber mal Schluss mit allen Einschränkungen. Nichts mehr mit Ge- und Verboten, jetzt einfach nur noch genießen. Auf nach Tegel und Schönefeld, und jeden ausgefallenen Flugkilometer doppelt nachholen. Und wieder überall hin mit dem Auto.

Dann könnte sie vorbei sein, jene Solidarität, die irgendwann dazu geführt haben wird, die Coronakrise zu überwinden. Jene Solidarität, von der zumindest zu hoffen ist, dass jenes Mitfühlen mit Älteren und Schwächeren und nicht etwa die Angst vor Erkrankung oder Geldeinbußen uns durch diese Tage der Ausgangsbeschränkungen führt. Jene Solidarität, die uns vor Augen geführt hat, was wichtiger ist: der zeitweilige Verzicht auf den Kinobesuch und das Bier in der Kneipe oder das Leben jener, die Corona ansonsten wie in anderen Ländern in Massen dahinflafft.



Genau diese Solidarität braucht es nun weiter. Wenn es heute zu Recht als unsolidarisch eingestuft wird und keine individuelle Entscheidung ist, die Luft mit Coronaviren zu belasten – wieso soll es dann in Zukunft weiter eine individuelle Entscheidung sein, Autoabgase in die Luft zu blasen? Warum soll sich persönliche Freiheit weiter

im Wochenend-Trip per Easyjet nach Mallorca ausdrücken? Warum soll es bei der verbreiteten Toleranz gegenüber 50-Rasern in Tempo-30-Zonen bleiben?

Radikale Jüngere haben am Anfang der Coronakrise auch in Berlin gefragt, warum sie jetzt jene Älteren schützen sollten, die vorher nicht bereit waren, sich durch verändertes Verhalten mit der Zukunft der Jüngeren zu befassen. Gemäßigte sehen das weniger zynisch, haben die Fridays-for-Future-Aktionen ins Netz verlagert und können aber trotzdem zu Recht darauf verweisen, was in Berlin plötzlich alles möglich ist, was vorher angeblich nicht ging.

Ein dringend nötiger Radstreifen, um erstens mehr Sicherheit zu bieten und zweitens mehr Menschen vom Steuer weg in den Sattel zu bringen? Das galt zuvor als nur schwer machbar, weil Autos zu viel Platz wegnehmen. Im Zeichen der Krise vergingen bei einem neuen Radstreifen am Landwehrkanal zwischen Idee und Ausfüh-

nung nur wenige Tage, was ungefähr dem 500-fachen des normalen Tempos entspreche, wie ein vom sonstigen Geht-nicht-gibt's-nicht genervter Tagesspiegel-Kollege feststellte.

Für mehr Umweltschutz und weniger Autoverkehr sorgende Umbauten sollten in Vergangenheit manches Mal nicht möglich gewesen sein, weil angeblich nicht bezahlbar. Hohe Kosten waren bei Linkspartei und Grünen etwa zentrales Argument, um sich gegen eine U-Bahn-Verlängerung zu sträuben, die Regierungschef Müller und seine SPD fordern. Und aus Kostengründen hieß es auch eine Zeit lang, man könne nicht alle neuen Schulen mit Solardächern ausstatten. Jetzt hat sich gezeigt: Die Millionen und Milliarden für den Umbau lassen sich schon lockermachen, wenn man nur will.

Berlin hat in Solidarität das zentrale Prinzip schon gefunden und muss es bloß aufrechterhalten. Was es dazu braucht, ist vor allem ein Senat, der sich

nicht vom öffentlichen Druck einschüchtern lässt. Der am „Zusammen schaffen wir's“ festhält, das derzeit so sehr in der Coronakrise hilft. Einer, der auch eine künftige Boulevard-Schlagzeile „Schluss mit den Verboten“ genauso aushält wie aktuelle Forderungen, die Einschränkungen zu lockern oder vorzeitig aufzuheben.

Genauso gefragt ist aber eine Opposition, die sich nicht populistisch Wählern anbietet und verspricht, im Falle eines Wahlsiegs würden alle Ge- und Verbote der Vergangenheit angehören – obwohl sie doch selbst aktuell viel gravierendere Einschränkungen zur Gefahrenabwehr mitträgt.

Ausgerechnet AfD-Fraktionschef Georg Pazderski brachte es vor einigen Wochen im Abgeordnetenhaus auf den Punkt: Der Staat habe gezeigt, dass er könne, wenn er nur wolle. Den Umweltschutz meinte Pazderski allerdings nicht – die dortigen großen Gefahren tat er gleich darauf als „Klimawahn“ ab.

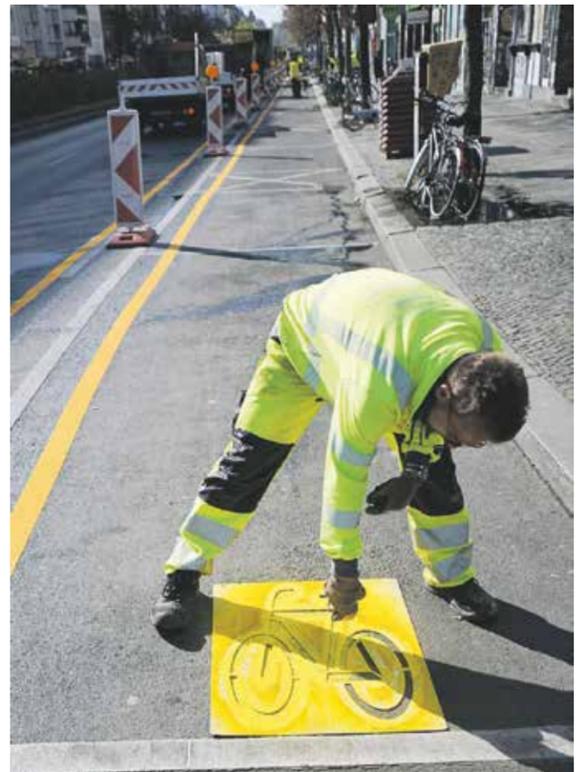
## Na also, es geht doch

Pop-up-Bike-Lanes, weniger Auto- und Flugverkehr, gelebte Solidarität: Corona zeigt, dass ein besseres Leben möglich ist. Das sollten wir beibehalten, findet unser Autor



Leere Straßen, wenig CO<sub>2</sub>-Ausstoß: Eigentlich fehlen nur noch die breiten Pop-up-Bike-Lanes auf dem weitgehend autoleeren Kreisell an der Siegessäule im Tiergarten Foto: Christophe Gateau/dpa

Hätte sonst 500-mal so lange gedauert: neuer Radstreifen Foto: Jörg Carstensen/dpa



Warum soll sich persönliche Freiheit weiter im Wochenend-Trip per Easyjet nach Mallorca ausdrücken?

## Notkrankenhaus an der Messe bald fertig

Das neue Corona-Behandlungszentrum soll nur 500 Betten haben statt wie geplant 1.000. Bei Bedarf könnte der Senat erweitern

Von **Marina Mai**

Der Bau des Corona-Behandlungszentrums in der Messehalle 26 wird noch diesen Monat fertig sein. Das sagte Projektleiter Albrecht Broemme der taz. „Viele haben ja diese kurze Bauzeit nicht für möglich gehalten. Doch dank des Engagements vieler fleißiger Handwerker werden wir das schaffen“, so Broemme.

Anders als ursprünglich angedacht, passen allerdings nicht 1.000, sondern nur 500 Betten in die Messehalle. Die Planer hätten festgestellt, dass für mehr Betten in der Messehalle 26 kein Platz sei. Und: Ob eine weitere Halle mit mehr Betten zum Nothospital für Coronapatienten umfunktioniert werden soll, entscheidet der Senat laut Broemme Ende Mai. Die Rede ist zudem nicht mehr von 500

zusätzlichen Betten bei Bedarf wie noch vor drei Wochen (taz berichtete), sondern nur noch von Platz für 300 Patienten. Denn bisher sei ja nicht einmal sicher, ob das sogenannte Überlaufkrankenhaus überhaupt gebraucht wird – das Notbehandlungszentrum wird nur dann Coronapatienten aufnehmen, wenn alle anderen Kapazitäten der übrigen Berliner Krankenhäuser ausgelastet sind.

Da ist es dann auch kein Problem, dass wichtiges Equipment wie Beatmungsgeräte erst in der zweiten Maihälfte eintreffen werden. Broemme sagt: „Die Experten sind sich einig, dass wir das Krankenhaus im Mai für Berliner Patienten noch nicht brauchen. Wir könnten es aber ab Juli brauchen. Das gibt uns Zeit, das Personal zu schulen.“

Ärzte hätten sich reichlich beworben, allerdings kämen diese

überwiegend aus anderen Fachdisziplinen. Es sind beispielsweise Schönheitschirurgen oder Sportärzte, die gegenwärtig wenig zu tun haben. Die Personalauswahl habe bereits begonnen. Nach Anlaufschwierigkeiten gebe es auch Bewerbungen als temporäre Pflegekräfte, sagt Broemme: „Wir freuen uns über Bewerbungen von Leuten, die einmal in der Pflege gearbeitet haben, aber jetzt etwas an-

deres machen. Vielleicht erfährt der Pflegeberuf ja durch die Coronakrise eine Aufwertung.“

Aber auch Flugbegleiter, die seit Wochen am Boden bleiben müssen, und Rettungssanitäter, die derzeit weniger Krankentransporte fahren, wollen sich vorübergehend in der Pflege probieren. Broemme: „Sie haben ja alle eine Erste-Hilfe-Ausbildung. Darauf kann man aufbauen.“

## berliner szenen

## Wir haben Goldene Hochzeit

Ich habe schon immer mit meinen Pflanzen gesprochen. Soll ja gesund sein. Für die Pflanzen. Inzwischen mache ich mir aber, trotz Entwarnung von Online-Psychologen, manchmal Sorgen, ob das auch in die andere Richtung gilt. Erst recht, wenn ich aus der Wohnung feste und im Treppenhaus feststelle, dass ich noch nicht tschüs gesagt habe. Also zurück. Mich ordentlich verabschieden, vor allem von der Rose auf dem Balkon, die jedes Mal, wenn ich ohne Gruß Milch kaufen gehe, ein Blatt mehr hängen lässt.

Da ich nun, mangels gastronomischer Grundversorgung, ständig einkaufen gehe, käme Grußlosigkeit einem Kahlschlag gleich. Da kann auch der beste Frühling nicht gegen an. Wobei der wirklich gut ist. Nur ein bisschen schnell. Der Flieder war kaum aufgeblüht, da welkte er schon wieder dahin. Auch die Blutbuchen auf dem Spielplatz haben sich von einem Tag auf den anderen derart verausgabt, dass ich fürchtete, sie würden ihren ganzen Behang direkt wieder abwerfen. Beim letzten Einkaufs-event stelle ich jedoch beruhigt fest, dass die Blätter noch dran sind. Drunter sitzt, wie unter einem barocken Theatervorhang, ein Pärchen im Risikogruppen-Alter. Er hat seine Hand zwischen ihren Schenkeln. Sie trägt Mundschutz, er keinen. Die Logik macht mir Kopfzerbrechen. Aber es muss nicht jedes fortgeschrittene Paar im selben Jogginganzug durch die Gegend laufen.

Noch mehr Kopfzerbrechen macht mir die Frage, wie die beiden auf den Spielplatz kamen. Er ist umzäunt. Das Absperrband am Tor unversehrt. Während ich noch überlege, ob ich in letzter Zeit halluzinationsanfällig wurde, meldet sich der Mann zu Wort: „Wir gehen gleich wieder“, sagt er entschuldigend. „Wir haben heute Goldene Hochzeit.“ Ich gratuliere. Dann renne ich nach Hause und erzähle es den Pflanzen. Astrid Kaminski

## taz plan im exil

## Die Liebe zu Brahms

In Françoise Sagans gleichnamigem Roman spielt diese Frage eine entscheidende Rolle: „Lieben Sie Brahms?“. Aber nicht nur Sagans Protagonistin Paule, sondern auch Christoph Eschenbach, Chefdirigent des Konzerthauses, würde sie definitiv mit Ja beantworten. Im Februar, als Eschenbach 80 wurde, interpretierte er gemeinsam mit dem Konzerthausorchester Berlin im Großen Saal die dritte Sinfonie des Komponisten. Nun kann das festliche Konzert vom 28. Februar 2020 ab 21 Uhr im Stream des Konzerthauses noch einmal nachgehört werden. 24 Stunden lang ist der Mitschnitt kostenlos unter [www.konzerthaus.de](http://www.konzerthaus.de) und auf dem hauseigenen Youtube-Kanal verfügbar.



Helga Fanderl mit ihrem Material Foto: Ériver Hijano

## In Bildern dichten

Die Filmemacherin Helga Fanderl ging mit ihren Super-8-Filmen Ereignissen in der Natur und rhythmischen Abläufen nach. Nach langen Pariser Jahren lebt sie heute in Berlin. Ein Porträt

Von Michael Freerix

Helga Fanderl ist eine der profiliertesten Experimentalfilmemacherinnen ihrer Generation. In ihren kurzen, analogen Super-8-Filmen zeigt sie eine Wirklichkeit, die wie verzaubert wirkt. Ihr Werk wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, wie zum Beispiel dem Preis der deutschen Filmkritik (1998) oder dem Hessischen Kulturpreis (2000). Fanderl ist Bildpoetin, die ursprünglich Dichterin werden wollte. Die poetische Kraft des experimentellen Films entdeckte sie erst mit Anfang 30. Zu übermächtig waren bis dahin die Literatur und das geschriebene Wort.

Alles hat 1947 mit ihrer Geburt in Ingolstadt begonnen. Durch Begabtenförderung und mit viel eigenem Willen ausgestattet, gelang es ihr, Anfang der 60er Jahre das Abitur zu machen und für das Studium der Germanistik und Romanistik nach München zu ziehen. Mit ihren permanenten Schreibversuchen war sie nie zufrieden. Zwar ging sie gerne ins Kino, doch Film war etwas Fremdes, Fernes. Nach Etappen in Bologna und Paris ließ sie sich schließlich als Lehrerin in Frankfurt nieder. Aus Neugier nahm sie Anfang der 80er Jahre an einem Film-Workshop teil – und entdeckte den analogen Super-8-Film als Medium für sich.

Die eigenartige Farblichkeit des Filmmaterials in Verbindung mit der beinahe flächigen Räumlichkeit des Bildes regten ihre kreativen Instinkte ungeniebig an. Obendrein konnte man die 3,5 Minuten langen Filmstreifen in leicht handhabbaren Plastikkartuschen kaufen und diese leicht in die dazugehörige vollautomatische Kamera einlegen. Die Kamera war leicht und frei wie ein Pinsel zu bedienen.

Von Anbeginn ihres künstlerischen Weges ist Helga Fanderl von Ereignissen in der Natur, zwischen Menschen oder von rhythmischen Abläufen fasziniert. Sie ist der Meinung, nicht „ich entdeckte das zu Filmende, sondern das zu Filmende entdeckt mich“. Wenn sie im Filmprozess ist, gerät sie in einen

„sinnlichen Zustand“ intensiver Konzentration und Begeisterung, der ganz von ihr Besitz ergreift. Entscheidungen werden aus dem Moment heraus gefällt. Es gibt keinerlei Vorstellung von dem fertigen Film. Jeder ihrer mehr als tausend kurzen Filme entstand aus dem unmittelbaren Schaffensmoment heraus.

Doch trotz der intuitiven Herangehensweise sind ihre Arbeiten von einer einprägsamen Formsprache gekennzeichnet. Sie erklärt, das habe mit dem Rhythmus des durch die Kamera ratternden Films zu tun, während sie diesen belichtet. Dieses Rattern bestimmt, wie lang und wie häufig sie auf den Auslöser der Kamera drückt. Es gibt zu ihren Filmen auch keine künstlich hergestellte Tonebene.

Anzeige



Bei der Vorführung ihrer Programme gehört das Geräusch des durch den Projektoren laufenden Films dazu. Dieses vermischt sich mit den Bildern, mit den Bewegungen im Bild. Fanderl führt ihre jeweils neu zusammengestellten Arbeiten am Projektor eigenhändig vor. Dazu braucht sie spannende Örtlichkeiten. Häufig sind dies Galerien, doch hat sie bereits an vielen unkonventionellen Orten projiziert, einmal sogar im leeren Rumpf einer Frachtkahn.

Intuitiv und aus dem Moment heraus, wie Helga Fanderl ihre Filmemacherei beschreibt, ist diese doch von einer eindeutigen Formsprache gekennzeichnet. Sie erzählt von der gläsernen Kuppel eines Vogelgeheges, das sie faszinierte. Regelmäßig ging sie dorthin, um zu filmen, wie die Vögel ihre Runden unter

der Kuppel zogen. Die Bäume im Käfig und außerhalb, die Vögel in ihren Bewegungen, die Struktur des stählernen Rahmens, in dem das Glas der Kuppel eingesetzt war, als Hintergrund: das alles ergab ein zwingendes filmisches Bild für Fanderl. Über Tage und Wochen ging sie dorthin, bis sich die Vögel so schwingvoll bewegten, dass sie zu filmen sich lohnte. Solche Filmsituationen stellt sie aber auch willentlich her.

Nach der Jahrtausendwende lebte sie für einige Jahre in Paris. In Berlin wohnt sie noch keine fünf Jahre. Immer träumte sie davon, einmal auf einem Binnenschiff mitzufahren, um das Treiben an Bord, auf dem Wasser und das Vorbeiziehen der Landschaft in eine filmische Arbeit umwandeln zu können. Nach Monaten gelang es ihr schließlich, eine Schifferfamilie zu finden, die sie, „auf eigene Gefahr“, wie der Schiffsführer sagte, mitnahm. Diese Reise dauerte nur zwei Tage und wurde trotzdem zu einem einschneidenden Erlebnis in ihrem Leben. Und aus der Schifferfamilie wurden später Freunde.

Der analoge Umkehrfilm, der in der Kamera belichtet, im Kopierwerk entwickelt und anschließend vom Projektor auf eine Leinwand projiziert wird, ist in den vergangenen Jahren beinahe gänzlich vom Markt verschwunden. Auf weitaus billigere digitale Techniken umzusteigen kam für Fanderl nie infrage. Dies würde bedeuten, eine klar bestimmbare, künstliche Ästhetik durch die Anwendung von technischem Wissen herzustellen. Das wäre das Gegenteil ihres Ansatzes.

Und überhaupt: ihre analogen Filme sind Unikate, die bei jeder Vorführung ein paar Schrammen mehr bekommen. Die Zeit schreibt sich ihnen ein. Sorgfältig aufbewahrt, können diese noch in 100 Jahren betrachtet werden. Was wird dann von der digitalen Bilderflut unserer Gegenwart noch sichtbar sein?

Helga Fanderl auf DVD: „Fragil(e)“ (Lowave) auf vimeo: [www.vimeo.com/52141386](http://www.vimeo.com/52141386)

## berlin viral

## Welt united und Corona-Vermögensteuer bitte

Die Show-Off-Menschen am anderen Spreeufer, deren auf die Stadt herabblitzender Wohnturm uns seit Wochen per LED-Band zur Disziplin ermahnte – #Stay at Home –, sind durch mit Corona. Sie lassen wieder wie eh und je die Worte „Living Levels“ rund um die Krone ihrer strahlend weißen Exklusivimmobilie laufen, den ganzen Abend, die ganze Nacht.

Der Projektentwickler, der seinen „Erwerberrn“ auf der Website noch ein „gesundes, friedliches und ertragreiches Jahr“ wünscht, sieht nun offenbar doch die Bilanz gefährdet. Dauerhaftes Homestaying nimmt sogar den reichsten Rich People einen Schlag Sahne vom Kuchen.

Der Regierende Müller übrigens nutzte die sagenhafte Kulissee, um von den Living Levels herunter seinen TV-Silvestergruß zu sprechen. Ich finde das unmoralisch, ist das Hochhaus doch ein Schlag ins Gesicht der im gültigen Bürgerentscheid „Spreuefer für alle“ im Jahr 2008 formulierten Minimalforderungen: Mindestabstand für Neubauten zum Ufer von 50 Metern, keine Hochhäuser über eine Traufhöhe von 22 Metern. Ich würde diese tausend Plateaus der gelebten Nichtebebenheit nur betreten, um die LED-Botschaft da oben zu hacken: Grundeinkommen jetzt! Corona-Vermögensteuer bitte! Veggie-Week in allen Schulkantinen! Parkplätze zu Urban Gardening! Europa together! Welt united! Ach, mir fiele noch mehr ein.

Auch uns reicht es mit der wochenlangen häuslichen Zermürbung. Wir wollen ein paar Tage am Stück im noch kurz vor Ende 2019 ergatterten Bungalow am Oberuckersee verbringen. Die Hütte ist noch nicht eingerichtet, wir wühlen uns durch Ebay-Kleinanzeigen. Finden alles, was wir brauchen. Bekommen innerstädtische Ausflugsziele und flüchtige Sozialkontakte frei Haus. Bei manchen Inserenten fürchtet man, dass sie aus purer Not ihre letzte Pfanne für

fünf Euro verticken, viele missten im Homeoffice wohl einfach mal aus.

In Neukölln verkauft ein erst vor Kurzem zusammengezogenes bilinguales Paar die noch fast neue Matratze. Sie sei „zu laut“. Was müssen die jungen Menschen dem Kaltschaum angetan haben! In einem Haus am Kotti stellt mir ein Familienvater, nachdem ich mit einem fürchterlich klapprigen Aufzug weit nach oben gefahren bin, Töpfe auf die Fußmatte, die er in eine, wie die Kinder finden, „sehr schöne“, türkisch beschriftete Plastiktüte gepackt hat.

In der Nicht-Gegend zwischen Anhalter Bahnhof und Potsdamer Platz händigt mir ein Student mit blonden Pudeldocken und angedeutetem Moustache eine Bratpfanne, einen Fön und eine Teekanne aus – man habe Zeit zum Aufräumen, Uni ohne Präsenzpflicht sei schnell gemacht.

Weil ich zu faul bin zum Handeln, kriege ich noch zwei Flaschen Sterni obendrauf, was mich ewig jugendlich von meinen Tagen im AZ Wuppertal faseln lässt. Der Student will lieber wissen, woher ich meinen schicken Fjällräven-Rucksack habe, und ich empfehle Wildhood, den „Concept-Store mit den schönen Dingen fürs Draußen-Sein“, den zwei Kita-Bekannte betreiben.

Draußen in den Kiefern neben dem Hüttchen lärmend brütende Fischreier. Die Nachbarin im Bungalow rechts, eine Norma-Kassiererin aus Prenzlau, schenkt den Kindern verspätete Osterhasen und erzählt ihnen, dass die Reier tellergröße Kotfladen auf Autoscheiben fallen lassen. Die Nachbarin zwei weiter flieht seit sieben Wochen mit Tochter, Schwester und Enkelin die Hellersdorfer Enge und überlässt uns ein Elektroöfchen für die Nacht.

Am Abend zeigt der MDR „Die Legende von Paul und Paula“. Bei der rauschhaften Großgruppen-Hochzeitszene in der Rummelsburger Bucht heule ich wie ein Schloshund.

Kirsten Riesselmann

## lokalprärie

## transporte

zapf umzüge, ☎ 030 61 0 61, [www.zapf.de](http://www.zapf.de), Umzugsberatung, Einlagerungen, Umzugsmaterial, Beiladungen, Materiallieferungen, Akten- und Inventarlagerung

Kleinanzeigen online aufgeben?

[www.taz.de](http://www.taz.de)

## taz shop

## Lochmemo

Im Gegensatz zum normalen Memory sind die Pärchen hier nicht identisch, sondern ergänzen sich. Von der Schweizer Stiftung Weizenkorn. Ab 3 Jahren. Inhalt: 48 Plättchen aus Birkenesperrholz. Maße: L 20 x B 20 x H 6 cm.



€20,00

10% Rabatt für taz-Abonnentinnen &amp; taz-GenossInnen

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (030) 25 90 21 38 | [tazshop@taz.de](mailto:tazshop@taz.de) | [www.taz.de/shop](http://www.taz.de/shop)



Hier ist doch bestimmt ein junger Krawallo dabei  
Foto: Michael Kappeler/dpa

# Projekte gegen linken Nachwuchs

Das niedersächsische Justizministerium möchte unbedingt Präventionsprojekte gegen Linksextremismus fördern. Es beruft sich dabei auf eine Studie aus Schleswig-Holstein, die selbst zu dem Ergebnis kommt, dass das eigentlich überflüssig ist

Von Nadine Conti

Es ist eine seltsam verschwurbelte Ausschreibung, die das niedersächsische Justizministerium und der Landespräventionsrat Niedersachsen da am 25. März vom Stapel gelassen haben.

65.000 Euro stellt das Ministerium zur Verfügung, für „die Entwicklung von wirkungszentrierten Maßnahmen zur universellen oder spezifischen Prävention von Linksextremismus und/oder politisch links motivierter Gewalt“.

Und man hat es offenbar eilig, das Geld loszuwerden: Projektanträge müssen bis zum 15. Mai eingereicht werden, die Projekte selbst sollen dann zwischen dem 1. Juni und dem 31. Dezember durchgeführt werden. Wobei es erst einmal nur um die Konzeptentwicklung geht – die praktische Umsetzung folgt dann frühestens im nächsten Jahr.

Grundlage für den Förderauftrag ist die Studie „Linksex-

tremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein“, die der Landespräventionsrat Kiel in Auftrag gegeben hat.

An dieser Studie gab es damals viel Kritik. 60.000 Euro hatte die Beratungsfirma Ramboll Management Consulting kassiert. Dafür hat sie die Daten des Verfassungsschutzes und des kriminalpolizeilichen Meldedienstes noch einmal ausgewertet, sich die vorhandene Fachliteratur angeguckt, drei Expert:innen befragt und einen Online-Fragebogen aufgesetzt. Den Fragebogen verschickte die Consultingagentur großzügig an alle, von denen sie meinte, sie hätten schon einmal mit Linksextremen zu tun haben können.

Beantwortet wurde der Fragebogen allerdings nur von 73 „Stakeholdern“ wie das Unternehmen sie nennt. Dabei handelte es sich den Autoren der Studie zufolge überwiegend um Mitarbeiter:innen in den Kommunen, aus den Bereichen Bil-

dung, Jugendhilfe und Justizvollzug.

Interessant ist dabei, dass selbst bei den 73 Mitarbeiter:innen aus der Praxis, die überhaupt antworteten, 86 Prozent sagten, Linksextremismus sei in ihrem Arbeitsbereich eigentlich irrelevant. 70 Prozent der Befragten sagten außerdem, sie hätten noch nie Kontakt zum Linksextremismus gehabt. Einen Bedarf an spezieller Prävention sehen die meisten dementsprechend nicht.

Das entspricht wiederum dem, was auch die in der Studie zitierten Expert:innen sagen: „Bezüglich möglicher Präventionsmaßnahmen kommen Vertreter der Wissenschaft zu dem Schluss, dass es keine speziell auf Linksextremismus gerichtete Präventionskonzepte benötigt, sondern phänomenübergreifend oder phänomenunspezifisch gearbeitet werden soll.“ So steht es auf Seite 47 der Studie.

Aber soweit hat man im Justizministerium vielleicht auch

nicht gelesen. Der Ministeriumssprecher Christian Lauenstein lobt die Studie als „die aktuellste Zusammenfassung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Prävention des Linksextremismus, die vorliegt“.

Die Ausschreibung, schreibt Lauenstein auf Anfrage, sei Teil

**70 Prozent der Befragten sagten, sie hätten noch nie Kontakt zum Linksextremismus gehabt**

der längerfristig vorbereiteten Ausweitung der Programme zur Extremismusprävention, die bereits im Oktober 2018 beschlossen worden sei. „Dazu gehörte unter anderem die Einbeziehung der Prävention des Linksextremismus, die in den bisherigen Programmen nicht enthalten war.“ Auch für Pro-

jekte zur Prävention von Rechts-Extremismus und Antisemitismus gab es Förderaufträge.

Das widerspricht nur so ziemlich dem, was die besagte Studie an Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen formuliert. Die plädiert nämlich vor allem dafür, die klassische Schulsozialarbeit und Jugendarbeit zu stärken und in Anti-Mobbing- und Beteiligungsformate zu investieren – statt eine ideologische Diskussion zu eröffnen.

Rätselhaft bleibt, warum die Landesregierung hier überhaupt so dringenden Handlungsbedarf erkennen will. Es gibt keinen dramatischen Anstieg bei linksextremen Straftaten, Niedersachsen hat ein sehr viel größeres Problem mit Rechts-Extremen und Islamist:innen – das wird selbst aus den Polizeistatistiken und dem Verfassungsschutzbericht deutlich, die selten auf dem linken Auge blind sind.

Die Grünen hatten die Ausweitung des Extremismusprogrammes deshalb von Anfang

an kritisiert. Julia Hamburg (Grüne) verweist vor allem darauf, dass die Mittel im Kampf gegen rechts bei Weitem nicht ausreichen: „Die mobile Beratung braucht deutlich mehr Stellen, um den Bedarf abzudecken, und die Beratung von Betroffenen rechter Gewalt steht aktuell auch auf der Kippe.“

Möglicherweise hat die Landesregierung das ja aber auch längst eingesehen und möchte es nur nicht so gern zugeben: Ein Teil der Fördersumme, 25.000 Euro, geht an ein Forschungsprojekt der Uni Osnabrück, das sich mit der Erforschung von Freundschaften unter Teenagern und ihrer identitätsstiftenden Wirkung befasst.

Mit dem Rest können bis zu vier Projekte gefördert werden, die für je 15.000 Euro ein Konzept entwickeln, wie man die „positive, auf demokratisch-freieitlichen Werten basierende Identitätsentwicklung bei Jugendlichen“ fördert. Das hilft dann bestimmt gegen rechts und links und alles andere.

## südwest

### Verschattet

Nicht dass alle nicht schon genug Scherereien hätten in diesen Tagen. Nachtreten ist ja auch gar nicht des *südwesters* Art – ebenso wenig allerdings Schönfärberei, um **irgendwelche Gefühle zu schonen**. Schleswig-Holstein also, das Land mit dem zuletzt **besonders laut knirschenden Kabinett**: Schön und gut, dass sie in Kiel angekündigt haben, kommende Woche könnte das Tauwetter beginnen, also nicht mehr jede\*r, pfui!, zu weit südlich geborene Besucher\*in mit Fackeln und Mistgabeln vom Strand und aus der Zweitimmobilie gejagt werden. Aber vielleicht kommt die Reue schlicht zu spät: Im echten Norden, meldete gestern der Deutsche Wetterdienst, hat die Sonne im April **weniger lange** geschienen als in jedem anderen Bundesland.

# Abtreibung jetzt mit Datenschutz

Niedersachsen reagiert auf Kritik an seinen Regelungen zur Schwangerschaftskonfliktberatung während der Pandemie

Von Eiken Bruhn

Auch in Niedersachsen ist es jetzt möglich, während der Pandemie die Pflichtberatung vor Abtreibungen per Telefon durchzuführen. Ein entsprechender Erlass sei vor zwei Wochen ergangen, sagte nun eine Sprecherin des niedersächsischen Sozialministeriums der taz. Damit hat das rot-schwarz regierte Bundesland seine Regelungen korrigiert, die bis dahin die strengsten in ganz Deutschland waren.

Danach musste das Beratungsgespräch, wenn es aufgrund von Qua-

rantänemaßnahmen nicht persönlich vor Ort stattfinden konnte, mit einem Bildmedium, also per Video, geführt werden. In anderen Ländern, selbst im CSU-regierten Bayern, war es erlaubt, auch zu mailen, zu chatten oder zu telefonieren.

Zudem hatte Niedersachsen die Übersendung des Originalberatungsscheins per Post verlangt – während andere die Übermittlung per Fax oder Mail zuließen. Auch dies hat das Land jetzt geändert.

Damit reagiert Niedersachsens Sozialministerin auf die Kritik von Beratungsstellen und der frauenpo-

litischen Sprecherin der Grünen im niedersächsischen Landtag, Imke Byl. Letztere hatte darauf hingewiesen, dass im schlimmsten Fall ein Partner den Brief öffnet, ohne von dem geplanten Abbruch zu wissen.

Während Niedersachsens Datenschutzbeauftragte keine Einwände gegen das Verfahren hatte, hatte eine Mitarbeiterin des Hamburger Datenschutzbeauftragten in der taz zudem auf die Gefahren der Nutzung von Medien wie Whatsapp und Skype hingewiesen, die Niedersachsen und auch andere Länder exemplarisch vorgeschlagen hatten.

Im niedersächsischen Erlass heißt es dazu jetzt: „Die Beratungsstelle hat geeignete, digitale Übertragungskanäle mit Bild und Ton auf ihrer Homepage bereitzustellen. Die Übertragungskanäle sollen den Anforderungen an die besondere Vertraulichkeit der Beratungssituation genügen.“

Schwangerschaftsabbrüche gelten in Deutschland als Straftat und werden nicht verfolgt, wenn vorher eine Beratung stattgefunden hat, eine Bedenkfrist eingehalten und seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind.



Andreas Speit  
Der rechte Rand

## Wo Rechte nicht mehr an Rechte glauben

Ein einzelnes, weißes Banner, an irgendeiner Brücke in Braunschweig: „Verfassungsschutz = Etabliertenschutz?“ steht darauf. Die „Identitäre Bewegung“ (IB) hat es aufgehängt und natürlich darf bei dieser Form rechter Öffentlichkeitsarbeit auch das Logo der Gruppe, der griechische Buchstabe Lambda, nicht fehlen. Schon die Spartaner im antiken Griechenland sollen den Buchstaben auf ihren Schilden getragen haben. In diese soldatische Tradition möchte sich die IB mit ihren rund 600 Anhängern einreihen.

Seitdem das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die IB als rechtsextrem eingestuft hat, hat die Gruppe einen neuen Feind erkoren – die Inlandsgeheimdienste. Die Anhänger fühlen sich zu Unrecht beobachtet. Doch ginge es nach ihnen, wären auch die Einschätzungen des BfV über den ehemaligen „Flügel“ um den thüringischen AfD-Landtagschef Björn Höcke und das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) um den extrem-rechten Verleger Götz Kubitschek falsch. Die IB ist der Überzeugung, es solle eine Opposition diskreditiert werden.

Auf ihre Transparent-an-Brücke-Aktion wies die IB über den Messengerdienst Telegram hin. Hierhin wick die selbsternannte „Jugend ohne Migrationshintergrund“ aus, nachdem Facebook und Instagram wegen des zivilgesellschaftlichen Druckes ihre Profile und Seiten sperrten. Ihren aktuellen Post ergänzten die Identitären mit einem Statement des neu-rechten Politikwissenschaftlers Benedikt Kaiser: „Opposition, und zwar jede grundsätzlich ausgerichtet, soll behindert und ausgeschaltet, abweichende Meinungen sanktioniert werden.“

Kaiser sagt weiter, dass der Verfassungsschutz „kein neutrales Mittel“ sei, „sondern Machtmittel, keine abwägende Behörde, sondern politischer Akteur“. Die IB verweist dabei auf einen Beitrag von Kaiser auf der Webseite „Sezession im Netz“. Das Portal verantwortet Kubitschek. Einer der Autoren: Martin Sellner, der Posterboy der IB in Österreich und Deutschland.

In den vergangenen Jahren ist die Bedeutung der IB stark gesunken, Projekte scheitern, Kampagnen wurden kaum beachtet. Der gesellschaftliche Druck und kritische Medienberichte ließen das Image als „rechte Hipster“ verpuffen.

Im rechtsextremen Magazin „Neue Ordnung“ räumte Kubitschek selbst diese Auswirkung ein: „Dieser wirklich gute Ansatz einer patriotischen, nicht-extremen und sehr kreativen Jugendbewegung“ sei „nun bis zur Unberührbarkeit kontaminiert.“ Es würde „nichts Großes mehr daraus“, sagte Kubitschek. Die kleine Aktion unterstreicht diese Einschätzung: Mehr als ein Transparent an einer Brücke war nicht.

**Andreas Speit** arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

# Die Bretterbudenrepublik

Vor 40 Jahren besetzten Anti-AKW-Aktivist\*innen im Wendland eine Lichtung und riefen die „Republik Freies Wendland“ aus. Eine Mikronation, die bis heute Bürger hat – und mit den heutigen Fantasiestaaten rechter Couleur nicht gleichzusetzen ist

Von **Jean-Philipp Baeck**

Es muss irgendwann Anfang der Nullerjahre gewesen sein, als ich im Publikum in der voll besetzten Kesselhalle des Bremer Kulturzentrums Schlachthof drei Männern auf dem Podium gelauscht und zum ersten Mal davon gehört habe: von der „Republik Freies Wendland“. Die Aktivist\*innen auf der Bühne erläuterten den Plan, den bevorstehenden Castor-Transport nach Gorleben zu blockieren. Sie waren langhaarig und trugen Schlabberklamotten – zumindest in der Erinnerung, die sich im Nachhinein mit Klischees angereichert haben mag (ganz sicher waren sie nicht adrett gekleidet und noch sicherer trugen sie keine Anzüge).

Von Schienenbesetzungen sprachen sie, zivilem Ungehorsam, von Basisdemokratie und von „den Bullen“. Wenn die Polizisten einen erwischten – was bei Sitzblockaden mit eingepreist war, weil man nicht weglaufen, sondern sich wegzugewaschen sollte – dann müsse man denen nicht viel sagen, erklärte einer der Aktivist\*innen, nur die grobe Berufsbezeichnung, seine Adresse und Staatsangehörigkeit. „Vorzugsweise erklärt ihr dann, ihr seid Bürger der Republik Freies Wendland“.

Am Ende jenes Infoabends ging auch ich mit einem der grünen „Wendpässe“ samt gelbem Wappen besagter Republik nach Hause. Der Pass wurde dort für zehn Mark verkauft. Er funktionierte wie eine Spendenquittung und war doch mehr. Die Irritation haftete ihm an, Dokument

eines alternativen Staates zu sein, den einfach auszurufen sich die Atomkraftgegner im Wendland getraut hatten. Eine Ansage. Und für mich noch vielmehr: eine Absage an die BRD.

Immer noch Referenz, war die Besetzung der Waldlichtung zwischen Gorleben und Trebel doch schon damals Jahrzehnte her, bei der die „Republik Freies Wendland“ gegründet wurde. Am Sonntag jährt sich das nun zum 40. Mal: Am 3. Mai 1980 hatten Atomkraftgegner nach einer Großdemonstration am Ort der „Tiefbohrstelle 1004“ begonnen, ein provisorisches Dorf zu errichten, um weitere Erkundungen zum Bau eines Atommüllendlagers zu verhindern. Den Protest so richtig angeschoben hatte 1979 der große

Treck von Bauern aus Lüchow-Dannenberg nach Hannover. Die Besetzung war in den Anfangsjahren des Protests im Wendland der vorläufige Höhepunkt.

**Ökospinner wurden Trendsetter**

Nach und nach entstanden über 100 Hütten aus Holz und Lehm. Es habe sich eine kurzzeitige Öko-Utopie entwickelt, mit Gemüsebeeten, freilaufenden Hühnern, Windrädern und Sprecherrat samt Konsensprinzip – so erinnert sich Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, der dabei war. „Damals galten wir als Öko-Spinner, heute ist das Common Sense“, sagt er. Die „Republik“ hielt nur ein paar Wochen: Am 4. Juni 1980 rückten Polizei und Bundesgrenzschutz an und räumten.



Mit Pali-Feudel und Ostfriesenern gegen die Räumung. Der Schlagbaum machte klar: Hier hat die BRD nichts zu melden. Fotos: localpics/Imago



## „Gasmaskenfilter und Kabelbinder“

Archäologe Attila Dézsi hat die Reste der Republik Freies Wendland ausgegraben und mit ZeitzeugInnen gesprochen. Im Gespräch mit der taz erzählt er, warum Abfallgruben wichtige Funde sind und warum ein Polizist noch Alpträume hat

Interview **Friederike Gräff**

**taz: Herr Dézsi, wann ist Ihnen die Idee gekommen, die Überreste der Republik Freies Wendland auszugraben?**

**Attila Dézsi:** Das war am Ende meines Master-Studiums. Da fielen zwei Dinge zusammen: Ich habe in Wien zeitgeschichtliche Archäologie studieren können und war mir bewusst geworden, wie sehr sie gesellschaftliche Erinnerungsprozesse unterstützen kann. Als ich mich näher mit dem Protestcamp beschäftigte, dachte ich, dass das eine gute Gelegenheit ist, beides zu verbinden.

**Bei der Ausgrabung waren auch ZeitzeugInnen, also BewohnerInnen von damals, dabei. Wie war das für Sie?**

Ich fand es wichtig und absolut inspirierend. Sie werden mit einer völlig neuen Perspektive konfrontiert, das regt viel zum Nachdenken an. Ich folge einem Ansatz, der im Englischen „community archeology“ heißt, also Involvement von Öffentlichkeit. Für mich ist es eine ethische Frage, es so zu machen. Bei der Archäologie, die sich um ehemalige Konzentrationslager kümmert, hat es absolute Priorität, dass man Glaubensvertreter der Opfer einbezieht,

oder in der US-Archäologie werden Indigene einbezogen.

**Was für neue Perspektiven haben die ZeitzeugInnen bei den Ausgrabungen gefunden?**

Ein Element ist, dass sich die Leute geehrt fühlten, dass ihre Geschichte plötzlich ausgrabungswürdig ist. Innerhalb der Community war eine große Frage: Wollen wir das überhaupt? Sind wir reif für das Museum oder sind wir nicht eher eine aktive Bewegung, die auf gegenwärtige politische Prozesse blicken soll? Es gab dann Gegenstimmen, die sagten: Wir müssen auch auf unsere Erfahrungen gucken, um zu lernen, was geklappt hat und was nicht. Vor Ort ist den Leuten aufgefallen, dass sie den Ort nicht mehr wiederfinden konnten. Es wusste keiner von den Zeitzeugen mehr, wo das Protestcamp eigentlich war.

**Wie haben Sie es dann gefunden?**

Wir haben alle verfügbaren historischen Quellen gesammelt, Luftbilder, Erinnerungskarten und ich habe sie mit heutigen Satellitenbildern abgeglichen.

**Haben Sie auch PolizeibeamtInnen kontaktiert, die an der Räumung beteiligt waren?**

Ich habe erst kürzlich ein Gerät auf historischen Fotografien ent-

deckt, von dem ich nicht wusste, was es ist, und mich dann mit Polizisten in Verbindung gesetzt. Die meinten, es sei ein Nebelwerfer für Gas. Das fand ich ganz erstaunlich, weil es in den Zeitzeugenberichten überhaupt nicht vorkam. Ich habe auch eine Nachricht von einem Polizisten bekommen, der sagte, er habe sich durch meine Grabungen an das erinnert, was er damals erlebt hat. Er war dafür verantwortlich, die Hütten zu räumen und zu überprüfen, dass niemand mehr drin war, wenn die Planierwalzen darüber fuhren. Er meinte, es hätte wieder Alpträume ausgelöst, dass er diese Verantwortung hatte.

**Sind auch PolizistInnen an den Ausgrabungsort gekommen?**

Ja, einer. Der war neugierig. Wir hatten eine Abfallgrube aufgedeckt, die wahrscheinlich der Polizei zuzurechnen ist. Er meinte: „Ja, das sind die typischen Rationen, die wir bekommen haben.“ Er konnte mir den Entstehungszusammenhang dieser Abfallgrube erklären, das war sehr praktisch.

**Gab es Kontakt zwischen ihm und ehemaligen Camp-BewohnerInnen?**

Das hätte ich sehr schön gefunden. Ich hatte die Grabungen so aus-

gelegt, dass viele Leute mitmachen und sich begegnen können, aber das ist nicht so gut angekommen. Es war ein Filmteam da, das aus Zeitzeugen bestand und das den Polizisten interviewte. Er meinte: Ich wäre eigentlich gern auf eurer Seite gewesen, aber ich musste meinen Job machen. Wir mussten diese harten Männer sein und konnten nicht mit den Alternativen sympathisieren.

**Das Camp ist von Bulldozern planiert worden – macht es das archäologisch betrachtet einfacher oder schwieriger, noch etwas zu finden?**

Beides. Was oberflächlich aufлаг, Zelte und Gebäude in Blockbauweise, hat sich nicht überliefert. Die Gebäude, die etwas tiefer eingegraben waren, sind durch die Planierarbeiten verfüllt worden und damit perfekt für uns erhalten. Wir haben ein Grubenhaus ausgegraben.

**Gibt es Funde, die Sie besonders gefreut haben, oder ist da alles gleichwertig?**

Erst einmal sind alle Funde Quellen und spannend für mich, sogar die unscheinbaren werden spannender, wenn man länger darüber nachdenkt. Aber was zum Beispiel überraschend war, waren Gasmaskenfilter und Kabelbinder in einer Abfallgruppe, die ziem-



**Attila Dézsi** 32, promoviert am vor- und frühgeschichtlichen Institut der Uni Hamburg über die Kritische Archäologie und Community-Archäologie der Republik Freies Wendland.

Doch die Idee wirkte nach. Bis heute taucht die grüne Fahne aus dem Wendland bei Umweltpöten auf, zieren Aufkleber mit dem Wappen die Heckklappen von lehrertypischen Volvo-Kombis. Womöglich funktioniert, dass sich die Aktivisten im Wendland vor 40 Jahren nicht mit der schlichten Deklaration ihrer „Republik“ begnügten, sondern sie mit allerlei Staffage dekorierten, die auch bei anderen Staaten als Insignien die Macht manifestieren sollen. Neben Fahne, Wappen, Pass und Stempel gab es am Eingang des Hüttendorfes eine Grenzstation mit Schlagbaum. Sogar so etwas wie einen Gründungsmythos hatte die Republik, wie ihn die Soziologie für viele Nationbuilding-Prozesse ausmacht: Die Besetzung schloss sich an eine Großdemonstration an unter dem Motto „Kampftag der Wenden“, eine alte Bezeichnung für Slawen in Deutschland, von der der Name des Wendlands abgeleitet ist.

Nun kann man sich Fragen, warum die kritischen Aktivisten unbedingt eine Republik ausrufen mussten, wo sie doch auch eine Kommune hätten gründen können. Aber ohnehin macht ja all das noch keinen richtigen Staat. Oder doch? Denn was unterscheidet einen „echten“ von einem Fantasiestaat, wenn man feststellt, dass auch die heutigen Nationen historisch gewachsen sind – real abstrakte Gebilde, die sich im Zweifel durch die Hand der Polizei manifestieren, die die Gesetze durchdrückt?

Ein Staat, so meinte der italienische Philosoph Antonio Gramsci, sei „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“. Der Marxist betont demnach das Gewaltmonopol und die staatliche Befähigung, dieses durchzusetzen. Klar: Das war die Sache der Umweltaktivisten nicht. Der Bremer Historiker Moritz Zeiler, Autor einer Einführung in die materialistische Staatskritik, weist aber darauf hin, dass bei Gramscis Staatsdefinition neben der Repression auch die Legitimation von Herrschaft wichtig sei. „Das meint eine Bejahung und Duldung des Staates sowohl von innen wie auch von außen“, erklärt Zeiler.

Für einen Staat reicht es also nicht, dass sich ein paar Hippies im Wendland Pässe drucken und als potenzielles Staatsvolk die selbst gegebenen Regeln akzeptieren. Aber: Die Akzeptanz nach innen ist durchaus ein Anfang. Gleichwohl fehlte – das wurde spätestens mit der Räumung klar – ein Mindestmaß an äußerer

Akzeptanz für den Wendland-Staat. Diplomatische Beziehungen: Fehlanzeige.

Obwohl nach der Räumung in einigen Städten immerhin „Botschaften“ der Republik entstanden – ein Jahr lang wurde unter diesem Motto eine Besetzung samt Hütte am Bremer Kennedy-Platz geduldet und über den „Bretterbudenstaat“ debattiert, wie ihn der *Weser-Kurier* nannte.

Tatsächlich sollen Aktivisten mit den Wendland-Pässen sogar bis auf die griechischen Inseln gereist sein, so lautet eine der Legenden. 2010 stellte Elke Mundhenk, grüne Bürgermeisterin von Dannenberg, dem Whistleblower Edward Snowden einen Wendenpass aus – medial begleitet vom Norddeutschen Rundfunk, der die Bürgermeisterin ganz selbstverständlich als „Bürgerin der von Atomkraftgegnern ins Leben gerufenen Republik“ vorstellte und über den „Deutschen Pass für Edward Snowden“ gewohnt seriös berichtete.

1980 wäre die Bürgermeisterin damit nicht durchgekommen. Wie die taz berichtete, hielt der damalige niedersächsische CDU-Innenminister Egbert Möcklinghoff die Ausrufung der „Republik Freies Wendland“ für „Hochverrat gegen die Bundesrepublik Deutschland“, weil ein Teil des Territoriums der BRD abgespalten werde.

#### Kinderkram oder Hochverrat?

Aber war es das nicht auch? Heute erklären Verwaltungsjuristen, Hoheitszeichen von Fantasie-Staaten herzustellen sei kein Hochverrat, sondern Kinderkram. Erst, wenn ein Dokument den Anschein erwecke, Hoheitszeichen eines echten Staates zu sein, werde es illegal. Andere Regeln gelten aber beispielsweise in Bezug auf das Überkleben des EU-Wappens auf Nummernschildern, wie es im Wendland mit dem eigenen Republik-Wappen zu beobachten war. Offiziell entspricht das Kraftfahrzeug damit laut Fahrzeug-Zulassungsverordnung nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen und müsste stillgelegt werden. All das war den protestierenden Wendländern natürlich egal.

So differenziert ausformuliert allerdings sind diese Bestimmungen heute, weil die Ausrufung eigener Fantasiestaaten in den letzten Jahren eine Hochkonjunktur erlebte – allerdings von rechts. Behörden haben es mittlerweile regelmäßig mit sogenannten Reichsbürgern zu tun,

meist, wenn die sich weigern, Steuern oder Abgaben an die Bundesrepublik zu zahlen.

Reichsbürger ist ein Sammelbegriff für eine Gruppe, unter denen unterschiedliche rechte Steuerschuldner, Selbstverwalter und Verschwörungsideologen zusammengefasst werden, die alle gemeinsam haben, dass sie die Bundesrepublik nicht akzeptieren. 1.350 von bundesweit 19.000 dieser Spinner zählt das Landesamt für Verfassungsschutz allein für Niedersachsen.

Manche weigern sich, zur angeblichen „BRD-GmbH“ zu gehören – und geben ihre „Personal“-Ausweise zurück. Andere meinen, das Deutsche Reich müsste in seinen Grenzen von anno dazumal fortbestehen. Und wieder andere gründen eben einfach ihre eigenen Staaten, wie das „Fürstentum Germania“, bei dem der Worpweder Braun-Esoteriker Jo Conrad dabei war, oder das „Königreich Deutschland“ des selbsternannten Monarchen Peter Fitzek im sachsen-anhaltinischen Wittenberg. Auch Fitzek hatte ein Gelände mit Schlagbaum, hatte Wappen und eigene Nummernschilder.

Gleichwohl wäre es falsch, die rechten Fantasienationen mit der Öko-Utopie im Wendland gleichzusetzen. Denn die Reichsbürger sind manchmal gewalttätig, oft antisemitische Hetzer und immer auch Verschwörungsideologen. Der wichtigste Unterschied aber ist ihr Realitätsverlust – und ihre Ironiefreiheit. Reichsbürger meinen es ernst.

Im Wendland ging es mit der Republik um das Gegenteil: „Es war natürlich eine Karikatur“, sagt Umweltaktivist Ehmke. „Es war ein großes Theaterstück und ging um fantasievollen Widerstand. Schlagbaum und Pass sollten ein großer Spaß sein.“ Die Polizei habe man ärgern wollen, ansonsten ging es um Öffnung. „Tausende kamen zu Besuch.“

Damals sei allen klar gewesen, dass man mit Strafverfahren habe rechnen müssen. Man habe das bei Gesetzesüberschreitungen bewusst in Kauf genommen. „Es ging uns um eine notwendige Korrektur politischer Fehlentwicklungen durch Aktionen zivilen Ungehorsams“, sagt Ehmke. Dass man, wo man anders nicht weiterkommt, irgendwann entschlossene Aktionen brauche, sehe man heute bei Fridays for Future. Für Ehmke ein Erbe des Protests, der bei Gorleben einen seiner Anfänge nahm.

lich sicher der Polizei zuzurechnen ist. Normalerweise ist es selten in der Archäologie, dass sich Funde eindeutig Einzelpersonen oder Gruppen zuweisen lassen. Und in der Hütte war der letzte Moment vor der Räumung erhalten: das war ein sehr gemütlich eingerichtetes Haus mit Matratzen auf dem Boden, mit Regal und Kerzen und sogar noch Kleidung. Die Leute sind wahrscheinlich im letzten Moment rausgegangen zum Dorfplatz, um sich räumen zu lassen, das so zu sehen, war schon auch bewegend. Und wir haben die Zeitschrift *Titanic* gefunden, sehr fragmentiert, das war ein eher lustiger Moment.

#### Was wird aus den Funden?

Jetzt sind sie im archäologischen Institut in Hamburg, bis ich das Ganze endgültig ausgewertet habe. Dann ist die große Frage, was damit wird: Eigentlich ist es eine archäologische Fundstelle, damit sollten die Objekte als bewegliche Denkmäler gelten und man könnte sich vorstellen, dass sie dauerhaft im Landesmuseum archiviert werden. Dann gibt es aber auch die Gegenmeinung, dass es möglich sei, dass die Besitzenden noch leben und dann müsste man es den Einzelpersonen zurückgeben. Aber ich weiß nicht, wie man Fensterüberreste irgendeiner Person aus dem Dorf zuweisen kann.

**Sie haben auch Interviews mit den ZeitzeugInnen geführt. Was können die Funde da hinzufügen, um den Alltag in der Freien Republik zu rekonstruieren?**

Die Zeitzeugen konnten sich in den Interviews kaum an konkrete Dinge erinnern, die damals passiert sind.

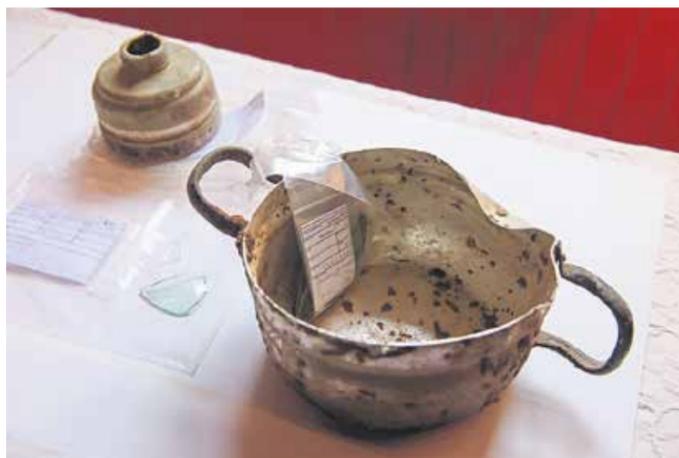
#### Ich hätte gedacht, dass es als Ausnahmezeit eine so prägende Zeit war, dass sie den Leuten in Erinnerung bleibt.

Ich habe mich gefragt, was macht diese Erfahrung konkret aus? Das Camp war nicht nur als Protest, sondern auch als Experimentierfeld für neue Formen von Zusammenleben gedacht. Aber genau das blieb ziemlich schwammig. Vor diesem Hintergrund konnte ich die Funde ganz anders interpretieren.

#### Was blieb den Leuten im Gedächtnis?

Es war eine Erfahrung von poli-

tischer Selbstermächtigung, man kann sich organisieren und gemeinsam etwas erreichen. Die Leute sind ganz schön stolz auf das, was damals passiert ist. Sie sagen, dass der Ort gar nicht so wichtig ist, sondern die Prozesse, die daraus entstanden sind – das macht es für mich schwieriger, herauszufinden, was dort eigentlich passiert ist. Und dass man eine gemeinsame Erfahrung gemacht hat, die über die eigene Randgruppe hinausging, dass man da plötzlich mit Landwirtinnen und Landwirten, mit Pastoren und Anwohnern in direkten Kontakt kommt und merkt, wie man sich gegenseitig hilft, weil man verbunden ist durch die Idee des Protests. Das hat ganz schön Eindruck hinterlassen.



Henkelpott und Gasmaskenfilter: Wie die Ausgrabungen zeigen, waren die „Wenden“ gerüstet  
Foto: Philipp Schulze/dpa



Sozialer Ort braucht Gäste: Die Regisseurin Gisela Tuchtenhagen 2019 im Metropolis-Kino  
Foto: Jonas Fischer

## „Ein Festival braucht Auseinandersetzung“

Kein Ersatz um jeden Preis: Auch die Hamburger Dokumentarfilmwoche wurde gerade Pandemie-Opfer. Die Macher\*innen wollen einen Teil des Programms im Kino zeigen – irgendwann

Von Wilfried Hippen

#### taz: Frau Strohkark, wie haben Sie erfahren, dass Ihr Festival, die Dokumentarfilmwoche Hamburg, in diesem Jahr ausfällt?

**Antje Strohkark:** Ich war gerade dabei, unserer Anzeige zu schalten, bei den Fahrgastnews in den Hamburger U-Bahnen. Da wurde am 16. März bekannt, dass alle Kinos in Hamburg geschlossen würden. Wir hatten schon so etwas befürchtet, aber noch gehofft, zumindest in unserem Festivalzentrum, den Fuxlichtspielen mit 25 Plätzen, ein paar Filme zeigen zu können. Aber auch das war danach unmöglich.

#### Wie viel Arbeit hatten Sie und Ihr Team da schon in die Vorbereitung gesteckt?

Wir sind ein 12-köpfiges überwiegend ehrenamtlich arbeitendes Kollektiv und haben schon im Laufe des letzten Jahres etwa 150 Filme gesichtet. Im späten Herbst begann dann der Kuratierungsprozess. Wir haben uns auf mehreren Treffen auf das Programm mit 43 Veranstaltungen geeinigt. Dann mussten Text und Grafik für das Programmheft erarbeitet werden, ein Trailer wurde produziert, die Website gestaltet, Gäste eingeladen und Tickets gebucht ...

#### Hat die Absage Konsequenzen für den veranstaltenden Verein?

Wir waren in der glücklichen Position, dass wir mit allem schon fertig waren, als die Nachricht kam. Die Förderung der Hamburger Kulturbehörde wurde voll ausbezahlt. Auch bei den Mitteln von der Hamburgischen Kulturstiftung gibt es meines Wissens keine Ausfälle.

#### Eine Alternative wäre gewesen, das Programm online zu stellen was zum Beispiel das Dokumentarfilmfestival „CPH:DOX“ in Kopenhagen gemacht hat. Konnten oder wollten Sie so was nicht?

Technisch wäre das sicher machbar gewesen, doch wir haben uns sehr schnell dagegen entschieden.

#### Warum?

Weil für uns das Festival ein Ort der Auseinandersetzung sein soll, und die kann nur gemeinsam mit den Gästen an dem sozialen Ort Kino stattfinden. Dieses diskursive Format wollten wir nicht aufgeben.

#### Eine schöne Idee war es, eine abgespeckte Version des Festivals stattfinden zu lassen – in einem Autokino.

Anfang April wurden in anderen Städten Vorführungen in Autokinos organisiert. Wir dachten, das wäre auch für uns genau das Richtige: Wir wollten für drei Tage im gleichen Zeitraum wie unser Festival ein Pop-up-Autokino veranstalten. Das zuständige Bezirksamt

Hamburg-Altona hat unsere Anträge dazu auch sehr wohlwollend geprüft. Die technischen Probleme – etwa mit den Frequenzen für die Autoradios – hatten wir schon gelöst.

#### Warum ist daraus trotzdem nichts geworden?

Die Wirtschaftsbehörde hat das Projekt abgelehnt, weil in Hamburg eine strenge Eindämmungsverordnung zur Nichtdurchführung von Veranstaltungen gilt. Und nach deren Meinung gab es ein Problem mit den sanitären Anlagen. Aber wir haben noch nicht aufgegeben.

#### Was heißt das genau?

Sofern es zu Lockerungen kommt, wollen wir im Mai ebenfalls an drei Tagen jeweils einen Film aus unserem Programm zeigen.

#### Planen Sie das Festival selbst nachzuholen, zumindest teilweise?

Da gibt es mehrere Optionen. Eine Möglichkeit besteht darin, im Herbst in einem unserer Partnerkinos – B-Movie, Lichtmeß und Metropolis – einmal im Monat Filme aus unserem Programm zu präsentieren, bei denen die FilmemacherInnen dann auch anwesend sein könnten. Außerdem hat das Filmfest Hamburg uns zu einer Kooperation eingeladen.

#### Wie bereitwillig machen Sie derzeit Pläne?

Das Filmfest beginnt ja erst Ende September und hat bis jetzt noch nicht abgesagt. Wir haben uns sehr über das Angebot gefreut. Aber es ist uns wichtig, dass wir bei solch einer Zusammenarbeit unsere Eigenständigkeit behalten.

#### Zwar wird das Festival in der ursprünglichen Form nie stattfinden. Aber Sie haben das geplante Programm online gestellt.

Unser Newsletter hat mehr als 1.000 AbonnentInnen, was zeigt, dass sich viele Menschen für unser Programm interessieren. Sie sollten die Möglichkeit haben, es sich anzusehen. Außerdem sind wir unseren GeldgeberInnen verpflichtet. Vor allem haben wir es aber aus Respekt getan: vor der Arbeit des Kollektivs, der FilmemacherInnen und der Partnerkinos. Wir gehen ja auch davon aus, dass wir Teile des Programms noch zeigen können.



Antje Strohkark

56, ist ehrenamtliche Sprecherin der Dokumentarfilmwoche Hamburg, macht aber auch hauptberuflich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



Protest mit Mundschutz: Geflüchtete fordern ein Recht auf Isolation  
Foto: Justus Linz

## Warnung nur auf Deutsch

Geflüchtete in Bahrenfeld haben dagegen protestiert, dass sie spät über einen Coronafall im Haus informiert wurden und sich nicht isolieren können. Stadt plant Unterkunft für Kranke

Von Sarah Zaheer

Etwa 15 Geflüchtete haben sich am Dienstag mit Mundschutz und Schildern vor ihrer Unterkunft in Bahrenfeld versammelt. Auf einem Schild ist „Mein Zuhause ist kein sicherer Ort“ zu lesen, auf einem anderen steht „Corona ist hier. Bitte Hilfe!“ Kinder malen mit Kreide Virus-symbole auf den Boden. In der Unterkunft wurde eine Person positiv auf Corona getestet. Die Bewohner\*innen fürchten nun eine Ansteckung, da sie sich Küche und Bad teilen müssen.

Rosa S. lebt mit ihrem Mann und ihrem Sohn seit acht Monaten in der Gemeinschaftsunterkunft des städtischen Betreibers Fördern und Wohnen. Hier ist Platz für 450 Menschen, darunter sind viele Familien. Von der Infizierung einer Bewohnerin habe sie durch einen Zettel auf dem Flur erfahren, den sie abfotografiert hat. Dort steht auf Deutsch: „Coronafall, bitte nicht betreten, wenn Sie hier nicht wohnen!“ Ein durchgestrichenes Virussymbol ist darunter abgebildet. Sie habe sich dann bei Betreuer\*innen erkundigt, doch erst auf wiederholte Nachfrage

habe man alle Bewohner\*innen informiert. „Ich hatte das Gefühl, sie wollen es uns nicht sagen“, sagt sie.

Susanne Schwendtke, Sprecherin von Fördern und Wohnen teilt hingegen mit, dass man Bewohner\*innen desselben Flures bereits am Tag, als die Infizierung bestätigt wurde, informiert habe. Das war am Samstag. Sie erklärt, dass es zwar eine gemeinschaftliche Unterkunft sei, Bewohner\*innen aber „führen ihren eigenen Haushalt“. Vor Ort gebe es zwar ein Team für Beratung, jedoch keine Rundumbetreuung wie etwa in einem Heim.

### Plan für Corona-Unterkunft

Die Stadt Hamburg möchte mit dem Coronavirus infizierte Geflüchtete künftig in einer separaten Unterkunft unterbringen: „Zur Entlastung der Situation in Gemeinschaftsunterkünften und zur noch besseren Versorgung, Betreuung und Begleitung von erkrankten Personen“, sagt Martin Helfrich, der Sprecher der Sozialbehörde. „Dieser dient dazu, dass Menschen hier – wenn nötig – medizinisch versorgt genesen können.“ Patient\*innen mit schweren Verläufen kämen weiter ins Krankenhaus. Helfrich geht davon aus, dass diese Form der Unterbringung im Mai startet.

Im konkreten Fall seien „alle Personen, die sich Sanitäranlagen und Küche teilen“ isoliert worden, sagt Schwendtke. Die Gesundheitsämter würden bei Unterkünften wie denen in Bahrenfeld „analog zu Wohngemeinschaften“ verfahren und alle dort lebenden Personen isolieren.

Rosa S. beschreibt, dass jeweils etwa sechs Familien Küche und Badezimmer gemeinsam nutzen. Das seien oft mehr als 20 Personen. Laut Schwendtke würden die Bewohner\*innen des betroffenen Flures nun durch das Team vor Ort versorgt. Sie seien „ebenso wie andere Menschen dafür verantwortlich, sich an Auflagen der Gesundheitsämter zu halten“, sagt Schwendtke.

Nach Angaben der Geflüchteten wurden die restlichen Bewohner\*innen jedoch erst am Montagabend, zwei Tage später, informiert. Einige fassten daher spontan den Entschluss, sich am Dienstagmittag vor dem Ge-

bäude zu versammeln, um auf die Situation aufmerksam zu machen – angemeldet haben die Geflüchteten die Aktion nicht.

### Bußgeld oder Demo-Ende

Sie stehen am Dienstag mit etwas Abstand zueinander in einer Reihe, als nach etwa einer halben Stunde die Polizei eintrifft, um die Versammlung aufzulösen. Ein junger Mann, der zwischen den Beamt\*innen und der inzwischen gewachsenen Anzahl an Geflüchteten übersetzt, versucht die Lage zu erklären: „Wir sind hier draußen sicherer als drinnen“, meint er. Letztlich geben er und die anderen Geflüchteten der Aufforderung der Polizist\*innen nach. Die Alternative wäre ein Bußgeld gewesen. In den kommenden Tagen wollen sie nun offiziell eine Kundgebung anmelden.

Nachdem die Polizei weggefahren ist, sitzt Rosa S. auf einer Bank vor dem Eingang. „Wir haben Angst“, sagt sie. Ihr Mann gehöre zur Risikogruppe. Sie wollen gerne in eine eigene Wohnung ziehen, doch die Coronlage verlangsamt den Prozess. „Alle sollen sich gerade isolieren. Warum nicht wir?“

### corona in hamburg

## „Nicht gegen die Regeln verstoßen“

Interview Michelle Bauermeister

taz: Frau Zimmer, leidet während der Coronapandemie die Natur in der Stadt?

Stefanie Zimmer: Aktuell verzeichnen wir einen großen Besucherandrang und Nutzungsdruck auf die Natur. Das bringt teilweise massive Probleme mit sich. Das gilt nicht nur für Park- und Grünanlagen. Hamburg hat sehr viele Naturschutzgebiete. Dort merken wir seit der Coronapandemie einen großen Besucheranstieg. Leider gibt es auch viele Verstöße gegen die Schutzgebietsverordnung.

Und dort ist die Natur noch völlig unberührt?

In Hamburger Naturschutzgebieten gibt es Bereiche, die nicht erschlossen sind. Dort kann die Natur vorherrschen, wie sie möchte. Die versuchen wir zu erhalten. Natürlich müssen wir gegebenenfalls eingreifen oder pflegen, damit dort weiterhin schützenswerte Arten leben können. Ein Beispiel ist der Vollhöfner Wald an der Alten Süderelbe.

Wie wirkt sich die Krise nun auf bestimmte Populationen aus?

Wenn Schutzregeln, wie Wegegebot und Anleinpflanzpflicht, nicht eingehalten werden, sind massive Eingriffe in die Natur erkennbar. Derzeit brüten viele Vögel auf der Erde – sogenannte Wiesenbrüter. Die werden stark beeinträchtigt, wenn die Regeln missachtet werden. Teilweise geben die Vögel ihre Brut wegen Störungen auf.

Was können Menschen machen, die in die Natur wollen und diese dabei schützen möchten?

Ganz einfach: Nicht gegen die Regeln verstoßen. Bleiben Sie auf den Wegen und leinen Sie Ihre Hunde an. Es geht nicht darum, dass man nicht herausgehen soll. Gerade in Coronazeiten ist es schön, die Natur zu genießen und ihr jetzt mehr Wertschätzung entgegenzubringen – aber mit Rücksicht auf die Tier- und Pflanzenwelt.

Welche kleinen Naturschutzprojekte kann jede\*r Zuhause umsetzen?

Man kann den eigenen Balkon oder Garten naturnah gestalten. Das geht ganz einfach mit möglichst heimischen Wildpflanzen. Gleichzeitig tut man der Insektenwelt Gutes, indem Bienen und Schmetterlinge angelockt werden. Das eigene Gemüse kann man plastikfrei mit Eierschalen hochziehen. Oder man kann mit der ganzen Familie ein Insektenhotel bauen, gegen den Insektenschwund. Es geht darum, ein kleines Naturparadies auf dem Balkon oder im Garten zu haben. Das hilft auch, die Coronaeinschränkungen attraktiver zu machen.



Foto: Thomas Dreise

Stefanie Zimmer, 36, ist Umweltpädagogin beim Nabu und Leiterin des Naturschutz-zentrums Duvenstedter Brookhus.

## Naziverbot entspannt die Lage

Das Verwaltungsgericht bestätigt das Versammlungsverbot von Rechtsextremen in Harburg am 1. Mai

Von Juliane Preiß

Bei der Versammlungsbehörde dürfte am Mittwochmittag ein Aufatmen zu hören gewesen sein. Denn die Vorbereitungen für den 1. Mai hingen im Wesentlichen von dieser Gerichtsentscheidung ab: Der Bundesverband der Splitterpartei „Die Rechte“ um den Szenekader Christian Worch hatte geklagt, da die Versammlungsbehörde einen Aufmarsch in Harburg unter Hinweis auf den Infektionsschutz verboten hatte.

Am Nachmittag twitterte Innensenator Andy Grote (SPD) dann: „Verwaltungsgericht bestätigt Untersagung der Versammlungsbehörde.“ Für Rechtsextremisten gelte: „Stay at Home.“ Worch selbst hat die Entscheidung hingegen gar nicht abgewartet und fährt lieber zweiglei-

sig. Parallel hat er eine Veranstaltung in Bremen angemeldet. Das bestätigte die Bremer Innenbehörde. Die Anmeldung müsse nun geprüft werden.

Die Hamburger Polizei hatte wegen der Kundgebung der Rechten mit massiven Gegenprotesten gerechnet. „Wir sind auf alles vorbereitet“, sagt Polizeisprecher Holger Vehren. Das Gerichtsurteil dürfte zwar die Lage auf den Straßen am 1. Mai entspannen, die Lage in der Versammlungsbehörde ist aber nach wie vor angespannt. Die kommt mit der Bearbeitung der insgesamt 47 Anmeldungen

Auch die Kundgebung der Anarchist\*innen wurde verboten

kaum hinterher, 33 Prüfungen laufen noch. „Eine Situation in dieser Form hatten wir noch nie“, sagt Vehren. Jede Anmeldung müsse mit der Gesundheitsbehörde geprüft werden.

Aus diesem Grund wurde auch die Kundgebung des anarchistischen Bündnisses „Schwarz-roter erster Mai“ am Herbert-Wehner-Platz in Harburg mit 25 Teilnehmer\*innen wieder untersagt. Grundsätzlich seien Veranstaltungen dieser Größe „infektionsschutzrechtlich vertretbar“, heißt es, die Behörde schreibt aber weiter: „Es erscheint jedoch aus hiesiger Sicht unrealistisch, dass tatsächlich lediglich 25 Personen an Ihrer Versammlung teilnehmen werden.“ Grund dafür sei der Aufruf der Veranstalter\*innen, trotz der Beschränkung auf 25 Personen nach Harburg zu kom-

men. Dies hatte wiederum die taz in einem Artikel zitiert (taz vom 25. April). Das Bündnis hat gegen das Verbot einen Eilantrag beim Gericht eingereicht.

Wolfgang Lettow wartet noch auf eine Entscheidung der Behörde. Der linke Aktivist hatte im Namen des Bündnisses „1. Mai 2020 Hamburg“ eine Demo mit 200 Teilnehmer\*innen durch die Schanze angemeldet, jedoch nach Gesprächen mit der Behörde eingelenkt und daraus eine Kundgebung am U-Bahnhof Feldstraße mit 25 Personen gemacht. „Wir haben kein Interesse an einer Ausbreitung der Pandemie, aber ich habe den Eindruck, dass der Infektionsschutz als Vorwand genommen wird“, sagt Lettow. Es sei wichtig, dass die Beschränkung der Versammlungsfreiheit diskutiert werde.

### nachrichten

#### Bündnis Mobilität gegründet

Ein neu gegründetes „Hamburger Bündnis Mobilität“ hat die SPD und die Grünen aufgefordert, in ihrem Koalitionsvertrag eine Verkehrs-wende festzuschreiben. Das Papier haben 30 Organisationen unterzeichnet – vom ADFC über die Umweltverbände und Budni bis hin zum Zukunfts-rat. Es enthält eine Liste konkreter Forderungen, etwa keine Verkehrstoten mehr, nur noch zehn Prozent Autonutzer bis 2035, CO<sub>2</sub>-Neutralität des Verkehrs bis 2035, keine A26 Ost. „Ziele müssen eine hohe Lebensqualität und Klimagerechtigkeit sein“, heißt es darin. (taz)

#### Corona-Sonderausschuss tagt erstmalig

Der Sonderausschuss der Bürgerschaft zur Bewältigung der Coronakrise tritt am Donnerstag zum ersten Mal zusam-

men. Bei der konstituierenden Sitzung soll es um die aktuelle Entwicklung der Krise, die Versammlungsfreiheit und die Tilgungsvorgaben gehen. Der Sonderausschuss soll die Bewältigung der Coronakrise parlamentarisch begleiten, solange noch nicht alle Fachausschüsse eingesetzt sind. (dpa)

#### Zwei Milliarden für Unternehmen

Seit Beginn der Coronakrise haben die Finanzämter Unternehmen bei den Steuern um rund zwei Milliarden Euro entlastet. Seitdem der sogenannte Corona-Erlass in Kraft getreten sei, seien in 48.000 Fällen Steuervorauszahlungen um 1,55 Milliarden Euro herabgesetzt worden, teilte die Finanzbehörde mit. Zudem seien in 11.500 Fällen 446 Millionen Euro gestundet und in 700 Fällen acht Millionen Euro von der Vollstreckung ausgesetzt worden. (dpa)

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77

Am morgigen Tag der Arbeit gibt es keine große Demo. Aber jede Menge Forderungen – denn arbeitsrechtliche Missstände zeigen sich momentan besonders

## Herein zum 1. Mai!

Von **Alina Götz**

Der Tag der Arbeit muss dieses Jahr auch in Bremen ohne Großdemo auskommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bietet stattdessen einen Livestream. „Unsere Forderungen bleiben aber dieselben“, betont Annette Düring, Vorsitzende des DGB Region Bremen-Elbe-Weser am Mittwoch. Ganz oben auf der Liste stehen Arbeitsplatzhalt und Gesundheitsschutz.

Ersteres könne durch das Instrument der Kurzarbeit geleistet werden, so Düring. Aber viele Menschen geraten in finanzielle Nöte, weil das Kurzarbeitergeld nicht ausreicht. Auf Minijob-Basis Angestellte haben erst gar nicht das Recht darauf.

Über 6.000 Bremer Betriebe haben Kurzarbeit beantragt, erste Kündigungsklagen seien in Vorbereitung. „Wir rechnen mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl.“

Mit der Insolvenzfrage müsse man sich ebenso beschäftigen, ergänzt Ute Buggeln, erste Bevollmächtigte von IG Metall Bremen. „Das wird auf uns zukommen.“ Buggeln entwickelt zurzeit ein Positionspapier zu Konjunkturprogrammen. „Wir werden für die sozial-ökologische Wirtschaftsweise als ein Kernkriterium einstehen.“ Staatliche Hilfen müssten sich an der Zukunftstauglichkeit der Branchen und ihrer Standorte orientieren.

In der Baubranche, die wirtschaftlich bisher von Corona verschont bleibt, sei die Situation prekär, sagt Christian Wechselbaum von der IG BAU Weser-Ems. „Elementare Sachen wie Waschgelegenheiten und Mundschutz haben sich noch nicht festgesetzt.“ Hart treffe es auch die Reinigungskräfte. Manche hätten ihren Job verloren, andere, etwa in Krankenhäusern,

seien schlecht geschult. Vor Schwierigkeiten stehe auch der Einzelhandel, sagt Markus Westermann, Geschäftsführer von ver.di Bremen-Nordniedersachsen. „Es gibt in Bremen keine vernünftigen Regeln, wie der Einzelhandel aufgestellt werden soll.“ Düring sieht den Senat in der Pflicht und fordert ebenso eine bessere Ausstattung der Gewerbeaufsicht, um echte Kontrollen zu ermöglichen. Sie sorgt sich auch um die Bremer Azubis: „Manche Betriebe sagen schon, dass wir das kommende Ausbildungsjahr vergessen können.“

Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD lädt trotz Virus zur Demo auch aus Protest gegen den DGB: Zentralkomitee-Mitglied Gerhard Kupfer befürchtet, dass die Seuche zum Vorwand genommen werde, um Arbeitsrechte außer Kraft zu setzen. „Wir verurteilen das Verhalten unserer Gewerkschaften in aller Schärfe.“

Die zeitgleich in Bremerhaven stattfindende Mahnwache ist laut Organisator:innen dagegen als Ergänzung zu den Internet-Aktivitäten des DGB gedacht.

### So viel Mai muss sein

**Online:** Der DGB veranstaltet einen dreistündigen Livestream, 11 Uhr, auf [www.dgb.de](http://www.dgb.de) mit Musik, Rede und Interviews

**Demo mit Abstand** vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD ab 10.30 Uhr, Weserterrassen, plus Kundgebung, 12 Uhr, Domshof

**Ein linkennahes** Spontanbündnis demonstriert ab 15 Uhr auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke für Solidarität mit Pflegekräften und Klinikpersonal

**In Bremerhaven:** Gewerkschafter:innen rufen zur Mahnwache mit Abstand ab 11 Uhr vor der Großen Kirche auf



Wehmütig blickt der DGB zurück auf Zeiten, in denen es üblich war, am Arbeiterkampftag zu demonstrieren. Foto: Carmen Jaspersen/dpa M: taz

## Vor einem tiefen, tiefen Tal

Von **Klaus Wolschner**

Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), weltweit aktiver Logistik-Konzern, hat gestern ihre Bilanz für 2019 vorgestellt. Vor dem Hintergrund der aktuellen „Zeit voller Unsicherheiten“, so Vorstandschef Frank Dreeke, habe man das Jahr 2019 doch „sehr solide“ abgeschlossen. Insgesamt machte die BLG-Gruppe 2019 mit einem Umsatz von 1,158 Milliarden Euro ein Plus von 1,5 Prozent gegenüber 2018. Das Ergebnis vor Steuern betrug 37,5 Millionen Euro. Davon werden 1,5 Millionen an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet.

Gegenüber dem Kreditbedarf, den das Unternehmen fürs laufende Jahr kalkuliert, ist das ein zu vernachlässigender Betrag. Diese Dividende beziehe sich aufs erfolgreiche vergangene Jahr, erklärte BLG-Sprecher Andreas Hoetzel. Dieses Jahr wird es wohl nichts geben.

Die Bilanz der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) weist fürs vergangene Jahr 1,15 Milliarden Euro Umsatz aus. Jetzt aber befürchtet der Konzern einen „doppelt so großen Einbruch wie in der Finanzkrise 2009“

Wenn es – wie von Wirtschaftsinstituten prognostiziert – im zweiten Quartal einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 9,8 Prozent gebe, „wäre das ein doppelt so großer Einbruch wie in der Weltfinanzkrise 2009“, erklärte Dreeke.

Die Auswirkungen der Coronakrise würden in Bezug auf Volumen, Umsatz und Ergebnis „massiv und gravierend sein“. Entsprechend groß ist die Skepsis gegenüber den politischen Maßnahmen zur Eindämmung

der Coronapandemie. Wo auch immer auf der Welt die Produktion gedrosselt wird oder Verbraucherverhalten sich verändert – Handelsunternehmen wie die BLG spüren es sofort. Mit staatlichen Hilfen rechnet sie dabei bisher nicht. Von Kurzarbeit sind im April und Mai in Bremen und Bremerhaven rund 20 Prozent der Arbeitskräfte betroffen.

Im vergangenen Jahr hatte die BLG ein 200 Millionen Euro teures Logistikzentrum für den Sportartikelhersteller Puma im bayerischen Geiselwind eingerichtet und ein neues Logistikzentrum für den Bekleidungs-händler Engelbert Strauß im hessischen Schlüchtern gebaut. In den USA war die BLG bisher vor allem für Daimler aktiv, im vergangenen Jahr kam ein Betriebsmittellager für BMW in Spartanburg, South Carolina, hinzu. Mit einem Umsatz von 603,7 Millionen Euro und damit einem Plus von rund neun

Prozent ist der Bereich Automobile der größte der BLG. In Gioia Tauro laufen die Geschäfte seit Jahren schlecht.

Die Beteiligung an diesem süditalienischen Autoterminal hat die BLG daher in 2019 für einen symbolischen Preis abgestoßen. Die BLG „bewegt“ insgesamt 6,3 Millionen Fahrzeuge im Jahr, in Bremerhaven davon 1,2 Millionen. Für den Bereich der Container-Verkehre ist die BLG zu 50 Prozent am Unternehmen Eurogate beteiligt. Im vergangenen Jahr ist der Umschlag an den Bremerhavener Terminals um zehn Prozent zurückgegangen. Grund dafür war, dass die Reederei Hapag-Lloyd ihre vier Transatlantik-linien nach Hamburg verlegt hat. Dort sollte das Hamburger Container Terminal Altenwerder (CTA) stärker ausgelastet werden. Beim Eurogate-Geschäft in Hamburg gab es Wachstum, das aber das Minus in Bremerhaven nicht ausgleichen konnte.

### das legendenbildungs-wetter

**Wallés Grüne** treten für Sozialsenatorin Anja Stahmann ein: Die sei nicht rassistisch, egal, wie sie sich im Fall Lindenstraße äußert, weil: sie hätte ja die Gesundheitskarte für Geflüchtete eingeführt. Letzteres ist unwahr. **Regnerisch, 11 Grad**

### corona in bremen

## „Notwendigkeit, aktiv zu werden“

Interview **Alina Götz**

**taz: Herr Zülch, ich bin genervt von der momentanen Flut an Petitionen und Online-Aktionen. Geht Ihnen das auch so?**

**Martin Zülch:** Wir haben auf jeden Fall ein Überangebot an Kampagnen – unsere Aufmerksamkeit für wichtige Anliegen ist aber begrenzt. Zugleich erklärt sich die Vielzahl an Eingaben mit der Menge der Missstände.

**Haben Sie deswegen die Kampagnen-Überblicke erstellt?**

Ja, beide Sammlungen sind als Orientierungshilfen konzipiert. Vielleicht hilft der Pool, unsere Aufmerksamkeitsökonomie zu verbessern und mehr Menschen zu ermöglichen, sich an wichtigen Eingaben zu beteiligen.

**Was ist denn wichtig?**

Diese Entscheidung überlasse ich den Unterstüzern. Ich habe versucht, bei der Zusammenfassung keine Zensur auszuüben und alles, was im politisch progressiven Spektrum angesiedelt ist, aufzunehmen. So ist das Mercosur-Abkommen noch nicht vom Tisch, aber Naturschutz in Osteuropa ist auch wichtig. Daher habe ich nach Politikfeldern sortiert, nicht nach Relevanz.

**Welche Mitmachmöglichkeiten bieten die Kampagnen?**

Die Netzkampagnen gliedern sich unter anderem in Petitionen, darunter auch Sammelpetitionen an den Petitionsausschuss des Bundestags, und E-Mail-Aktionen, bei denen Entscheidungsträger wie Politiker direkt angesprochen werden.

**Online-Demos, wie die von Fridays for Future letzte Woche, sind also nicht Teil davon?**

Nein. Die habe ich mir in Teilen angeschaut und wieder gemerkt, wie sehr eine intermediale Vernetzung fehlt, also der Schulterschluss zwischen Straßenaktivismus – nur zurzeit online – und Netzkampagnen. Es wäre beim virtuellen Klimastreik möglich gewesen, auf Netzkampagnen aufmerksam zu machen, statt nur eine Schwemme von Plakaten zu zeigen.

**Jetzt würden die Aktivist:innen vielleicht sagen, dass sie den Adressat:innen der Petitionen nicht genug zutrauen.**

Die grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber allen Politikern lehne ich ab. Man muss sich in der Politik Verbündete suchen. Einen Sinn für Realpolitik muss man von den Akteuren, um die es hier geht, erwarten.

**Sehen Sie in der Krise auch eine Chance für jeglichen Aktivismus, weil wir bemerken, wie wenig resilient unser Gesellschaftssystem ist – und viele jetzt mehr Zeit haben?**

Ich sehe darin vor allem eine Notwendigkeit, aktiv zu werden, und auch eine Möglichkeit zu schauen, welche neuen Kampagnen es gibt. Aktuell ist zum Beispiel „Corona-Hilfen: Keine Vorfahrt für die Autolobby“ von Lobby Control. So etwas ist wichtig, insbesondere wenn im Windschatten der Coronakrise Autoverbände Lobbyarbeit intensivieren, CO<sub>2</sub>-Grenzwerte ausgesetzt werden oder der Kohleausstieg verschoben wird. Die Deutsche Umwelthilfe äußerte bereits die Sorge, dass ein massiver Angriff auf den Klimaschutz droht.

**Martin Zülch**, 70, ist Politik- und Kunstlehrer a.D. Für die Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen hat er Netzkampagnen aus dem Bereich Klima & Umwelt jetzt auch von Kampagnen in Zeiten der Coronakrise zusammengetragen.



Fotoprivat

### nachrichten

#### Anschlag auf AWO

Eingangstür und Schriftzug zerstört, die Fassade mit rosa und schwarzer Farbe bombardiert: Die Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt ist von Unbekannten angegriffen worden. Schaden laut Polizei über 1.000 Euro. (taz)

#### Mehr Kritik an Stahmann

Das solimed-Netzwerk kritischer Medizin-Fachleute fordert den Rücktritt von Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne). Die Zustände in der Lindenstraße würden das Recht der Insassen auf Schutz vor Corona verletzen. (taz)